Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig j. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig i. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Donnerstag, den 26. November 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 264**

Selbstverwaltung

Was sie nicht ist und was sie werden muß

Von Otto Kilian

Als Krone und Krippe der preußischen Könige durch Napoleon bedroht waren, zwang Stein dem Wilhelm oder Friedrich, der zu seiner Zeit regierte, den Verzicht auf ein Stück seiner absoluten Herrschaft ab. Die Bürger, die bisher nur Untertanen gewesen, für die die Politik in den Kabinetten des Absolutismus gemacht worden war, erhielten das Recht, selber Politik zu machen. Sie waren gern bereit, die Herrschaft in den Kommunen zu übernehmen, hatten sie doch die Absicht, mit dieser Herrschaft ein gutes Geschäft für die eigene Kasse zu machen. Als sich herausstellte, daß die Steinischen Gesetze diesen kapitalistischen Absichten einige Schwierigkeiten bereiteten, wurden sie um 1850 herum abgeändert. **Aus dieser Zeit** der ärgsten politischen Reaktion nach der Niederschlagung der Bürgerrevolution um 1848 **stammen die heute in Preußen noch geltenden Selbstverwaltungsgesetze: Provinzialordnung, Gemeindeordnungen sowie verschiedene andere Gesetze.** Die Sozialdemokratie hat in den Jahren seit der Revolution die Idee einer Auswertung der Selbstverwaltung vollkommen totgeschlagen. Ihre politischen Auffassungen vor allem, ihre Ansichten vom Verhältnis des Bürgers zum Staat und umgekehrt des Staates zum Bürger, sind so reaktionär, daß Herr Severing mit seinen Trabanten in Oberpräsidien, Regierungen, Landratsämtern und Rathäusern ganz gut mit den Gesetzen von 1850 auskommt. Wenn auch die Klasseneinteilung beim Wahlrecht nicht mehr wie vor dem Kriege wieder hergestellt werden kann, so sind **alle proletarischen Organe unterdrückt und das Bestätigungs- und Aufsichtsrecht der Regierung über die Selbstverwaltungsorgane in vollem Umfange aufrechterhalten worden.** Die Selbstverwaltung steht nur auf dem Papier. Leitende Beamte können nur mit Genehmigung der Regierung angestellt werden. Den größten Teil ihrer Aufgaben bekommen die Gemeinden zwangsweise vom Reich und Staat zugewiesen, nach genau festgelegten Richtlinien müssen sie durchgeführt werden. Machen die Gemeinden irgendeinen größeren Schritt, müssen sie dazu erst die obrigkeitliche Genehmigung einholen. Dadurch, daß die leitenden Staatsbeamten in Provinzen und Kreisen durch Gesetze zu Vorsitzenden der kommunalen Selbstverwaltungsverbände mit überragenden Befugnissen gemacht worden sind, **herrscht faktisch in der Verwaltung die Diktatur der Regierungsbureaukratie.** Die Arbeitervertreter, die in Provinzial- und Kreisausschüssen meistens gegen diese selbstherrliche Bureaukratie anzukämpfen hatten, können ein Lied davon singen, wie die kommunale „Selbstverwaltung" in der „freisten Republik" aussieht.

Im **Bezirk Merseburg** ist das Verfahren der Aufsichtsbehörden gegenüber den gewählten Organen der kommunalen Selbstverwaltungskörper ein nicht zu überbietender Skandal. In vielen Gemeinden mit proletarischer Bevölkerung wurden durch die Stärke der kommunistischen Fraktionen Arbeiter zu Stadträten, Gemeindevorstehern, Amtsvorstehern, Kreisdeputierten usw. gewählt. Es handelt sich im Bezirk allein um **Hunderte** von Fällen, wo entweder die Bestätigung versagt oder jahrelang verschleppt worden ist, was faktisch auf die Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts, noch mehr: die **Vernichtung des Wahlrechts der großen Arbeitermassen** hinausläuft. Für diesen Skandal zeichnen heute ausschließlich **Sozialdemokraten** verantwortlich: Severing, Hörsing, Grützner, Dr. Müller (Saalkreis-Landrat) und andere.

Das Ergebnis der Neuwahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen am 29. November muß der Regierung und den von ihr vertretenen bürgerlichen Kreisen zeigen, daß die werktätigen Massen der ewigen obrigkeitlichen Bevormundungen und bureaukratischen Hemmungen auf dem Gebiet der kommunalen Verwaltung überdrüssig, daß sie willens sind, die Voraussetzungen für eine Politik zugunsten der erwerbstätigen Schichten in wirklich freier Selbstverwaltung zu schaffen.

Der erste Schritt dazu ist die **Schaffung eines möglichst starken proletarischen Einflusses in den Selbstverwaltungsparlamenten.** Durch energische Vertretung der Interessen der werktätigen Massen gegenüber den arbeiterfeindlichen, reaktionären Einflüssen von Bürgertum und Bureaukratie, im täglichen Kampf um die sozialen, politischen und kulturellen Forderungen der breiten Massen, müssen die proletarischen Vertreter der Selbstverwaltung sich Ellenbogenfreiheit verschaffen. Man soll nicht warten auf die „Reform der Selbstverwaltungsgesetze", die Herr Severing beim Herannahen einer neuen Ministerkrise in Preußen im letzten Sommer angezeigte. Diese Reform wird entweder nie fertig, oder wenn sie fertig ist, wird sie Reaktion sein. Freiheiten außern sich erst dann in Gesetzen, wenn diese **Freiheiten erkämpft** sind.

Die Durchführung einer wirklichen Selbstverwaltung mit dem Ziele, die Organe der Selbstverwaltung zu **Organen der proletarischen Selbsthilfe und des Kampfes gegen die kapitalistische Reaktion** zu machen, muß sofort in Angriff genommen werden.

Durch die Tätigkeit der Arbeitervertreter in steter Verbindung mit den Massen ihrer Wähler, mit den Betrieben muß die kommunale Selbstverwaltung zur **proletarischen Selbstverwaltung** auf der Grundlage der **Räteverfassung** umgestellt werden.

Das arbeitende Volk wählt deshalb in die Selbstverwaltungsparlamente am 29. November

nur Kommunisten!

Blankovollmacht der SPD. für Luther

Die Rolle der sozialdemokratischen Lückenbüßer für die Schwarzweißroten

Die Sozialdemokratie bewilligt den Not-Etat bis zum 31. Januar

Berlin, 25. November.

Vor einigen Tagen bereits hat die SPD. der Luther-Regierung **den Not-Etat bis zum 31. Dezember verlängert.** In der heutigen Sitzung wird ein Zentrumsantrag eingebracht, der verlangt, die Verlängerung **bis zum 31. Januar auszudehnen,** da man bis zum 31. Dezember mit der Durchberatung des Haushaltplanes nicht fertig werden könne.

Genosse Stoecker

zeigt in scharfen Worten den Zweck des Antrags, der den bürgerlichen Parteien ermöglichen soll, **den Kuhhandel über die Regierungsneubildung bis zum Januar zu verschleppen.** Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach hat gestern im Aeltestenrat erklärt, daß es sehr unwahrscheinlich sei, daß die neue Regierung bis Weihnachten gebildet werden könne. Die Kommunisten werden sich entschieden gegen diese Absichten, **durch eine Blankovollmacht, die noch über zwei Monate laufen soll, den Regierungsschiebungen Tür und Tor zu öffnen.** Bezeichnenderweise fühlt sich durch diese Worte die Sozialdemokratie besonders betroffen, so daß es zu heftigen Auseinandersetzungen mit ihr kommt.

Genosse Neubauer

stellt fest, daß in der heutigen Sitzung des Haushaltausschusses, als es darauf ankam, so schnell wie möglich den Beamten zu helfen, **alle Anträge vertagt wurden,** da die Regierungsbildung angeblich sehr schnell vor sich gehen werde und man einer verantwortlichen Regierung die neue Regelung überlassen müsse. Jetzt, wo es sich um die Etatbewilligung handelt, sprechen die Regierungsparteien ganz anders. Der ordentliche Etat hätte fertiggestellt werden können, wenn man im Sommer noch ein paar Tage Zeit gehabt hätte und könnte mindestens jetzt erledigt werden, wenn der Reichstag nicht schon ab 16. Dezember auf einen vollen Monat in Urlaub gehen wolle. **Die Kommunisten protestieren dagegen, daß man der Luther-Regierung auch nur einen Tag länger aus der Verlegenheit hilft.**

Fehrenbach (Zentrum) und **Müller-Franken** (SPD.) versuchen natürlich den Zusammenhang mit den Regierungskuhhandeleien abzuleugnen. **Mit den Stimmen aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, wird dann der Not-Etat bis 31. Januar bewilligt.**

•

Nach diskussionsloser Annahme des Haushalts der Finanzverwaltung vertagt sich der Reichstag auf Donnerstag nachmittag 1 Uhr zur zweiten Beratung des Locarno-Paktes.

Die ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten wieder zu den Sitzungen zugelassen

Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung des Reichstags teilt Loebe mit, daß der Aeltestenrat und der Geschäftsordnungsausschuß sich mit dem kommunistischen Antrag auf Wiederzulassung der bei den Zollkämpfen ausgeschlossenen sieben kommunistischen Abgeordneten beschäftigt habe. Es wurde auf die lange Zeitdauer seit dem Ausschluß und auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Locarno-Abstimmungen verwiesen, bei denen es auf jede Stimme ankommen könne. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung ist eine Wiederzulassung, die eine Abweichung von der Geschäftsordnung bedeutet, nur zulässig, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Da dies nicht geschieht, werden die sieben Genossen an der Donnerstag-Sitzung des Reichstags bereits wieder teilnehmen können.

Der Gesetzentwurf über Aenderung der Bestimmungen über Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt, der nur [illegible] Bedeutung hat, wird ohne Diskussion in erster bis dritter [illegible] angenommen.

Sie können den Kriegspakt nicht schnell genug annehmen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 26. November.

Die Locarno-Parteien wollen die Gesetze über Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit einfacher Mehrheit annehmen. Im Auswärtigen Ausschuß wurde die Behandlung der Frage vertagt, jedoch zeigt sich schon jetzt eine Einmütigkeit der Parteien, die für den Landsknechtpakt stimmen wollen. Am Freitag sollen bereits im Plenum die Schlußbestimmungen über Locarno dargelegt werden.

Feme-Mord-Justiz!

(Eig. Drahtm.) Schwerin, 26. November.

Der neue Fememordprozeß wird hinter verschlossenen Türen durchgeführt, weil durch öffentliche Verhandlung und Klarstellung der Beziehungen der schwarzen Reichswehr zur legalen Reichswehr die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Den Zeugen ist unter Androhung einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten Schweigepflicht auferlegt. Die Angeklagten haben mit Kassibern im Gefängnis schon vorher festgelegt, die mecklenburgische Regierung nicht zu belasten. Von Brandenstein, der Ministerpräsident, war nämlich zur Zeit der Ausführung der Morde Vorsitzender des Mecklenburger Landbundes. Jetzt ist v. Brandenstein schon ein paar Monate „krank".

Für Arbeiter — 5 Jahre Zuchthaus!

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 26. November.

Im Prozeß gegen die drei ostpreußischen Arbeiter wurde gestern das Urteil gefällt. Der Staatsgerichtshof, der sich unverschämter Weise noch immer „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" nennt, verurteilte Lengnick zu drei Jahren Zuchthaus, die Genossen Braunys und Mai zu je zwei Jahren Zuchthaus. Die Untersuchungshaft von einem Jahr und vier Monaten wird allen angerechnet. Die Kosten des Verfahrens haben die Angeklagten zu tragen.

Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt

(TU.) Paris, 25. November.

Die Bemühungen Doumers um die Kabinettsbildung sind an der Haltung der Linksparteien gescheitert. Doumer hat dem Präsidenten der Republik am späten Abend Bericht erstattet und ihm seinen Auftrag zurückgegeben. Der Präsident hat darauf Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt. Herriot hat den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen.

•

Einem Kabinett Herriot werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch die **französischen Sozialdemokraten beitreten.** Es kommt darauf an, wie viele Ministersitze man den französischen Sozialdemokraten zusichert. Die SPF. hat grundsätzlich ihre Bereitschaft, sich an einer **Koalitionsregierung** zu beteiligen, erklärt. Sie fordert **sechs oder sieben Ministersitze** und die Anerkennung und Durchführung ihres Finanzprogramms. Ob eine Regierung in Frankreich in dieser Weise zustande kommt, hängt davon ab, ob die französischen Sozialdemokraten mit den bürgerlichen handelseinig werden.

Weiterer Frankensturz in London

(TU.) London, 25. November.

An der Londoner Börse ist heute der französische Franken auf 129,12 gefallen. In Börsenkreisen erwartet man einen weiteren Kursrückgang, selbst, wenn bald eine neue Regierung gebildet würde.

Drohender Konflikt in den mitteldeutschen Reichsbahnbezirken

Die Verschleppung der Verhandlungen über die Erhöhung der miserablen Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten der Deutschen Reichsbahn hat die verantwortlichen Funktionäre der Reichsbahnbezirke Kassel, Erfurt, Frankfurt a. Main, Halle und Magdeburg veranlaßt, in einer **Konferenz in Eilenach** gemeinsam zur gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Die Konferenz faßte sehr weitgehende Beschlüsse, denn die Eisenbahner sind nicht mehr länger gewillt, stillschweigend die Verschleppung der Lohnverhandlungen zu dulden.

Das Reichsarbeitsministerium hat sich am 24. November endlich bequemt, einen Schlichter für das eingeleitete Schlichtungsverfahren zu ernennen. Es ist der rühmlichst bekannte Staatssekretär a. D. Dr. Rüdling, der den letzten Schandschiedsspruch für die Eisenbahner fällte.

Abbruch des Chemiearbeiterkampfes in Bayern

Die am 23. November erfolgte Abstimmung der Chemiearbeiter Bayerns über Annahme oder Ablehnung des bereits von uns veröffentlichten Schiedsspruchs ergab eine Mehrheit für die Annahme. Damit ist der Kampf beendet.

Locarno, der neue Kriegspakt

Rede des Genossen Thälmann im Reichstag am 24. November ist

als Broschüre erschienen

Preis 10 Pfg.

Genossen! Vertreibt diese wichtige Rede in allen Betrieben und Gewerkschaften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0001

Herab mit der Lohnsteuer!

Von Th. Neubauer, M. d. R.

Das war noch immer so: Jedesmal in Zeiten der Regierungskrise blüht der offizielle Schwindel. Das haben wir vor einem Jahre erlebt, als der Reichstag aufgelöst wurde und die Neubildung der Regierung bevorstand. Damals trat die Marx-Luther-Regierung mit einem ganzen Sack voll Versprechungen vor die Arbeiter, Beamten und Angestellten. Was aus ihren Verheißungen geworden ist, hat inzwischen auch der Einfältigste gemerkt. Es war alles nur Wahlmache, Gimpelfängerei, berechnet auf die Täuschung der Massen.

Jetzt haben wir wieder Regierungskrise, und jetzt ist es die Lohnsteuer, die sich die hohen Herren ausersehen, um die Massen hinters Licht zu führen. Man muß ihnen das lassen: dieser Gegenstand ist geschickt gewählt. All die Millionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch diese Steuer aufs erbarmungslosesse ausgesogen werden, müssen natürlich jede Ermäßigung der Lohnsteuer freudig begrüßen. Außerdem war gerade die Lohnsteuer bei den Steuerdebatten dieses Sommers aufs heftigste umstritten, und insbesondere das Zentrum hat durch seine brutale Ablehnung aller Anträge auf Milderung dieser Steuer viele seiner Arbeiterwähler schwer vor den Kopf gestoßen. Das möchte man wieder gutmachen.

Aber noch mehr. Die Sozialdemokratie, die sich bei den Steuerberatungen erneut auf das Prinzip der Lohnsteuer festlegte, hatte u. a. eine Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums von 80 auf 100 Mark gefordert. Das hatten die Regierungsparteien abgelehnt. Jetzt kommen nun dieselben Regierungsparteien und bieten aus freien Stücken eine solche Erhöhung an. Ist das nicht schon verdächtig? Was steckt dahinter? Kein Mensch wird etwa annehmen, daß die Steuerräuber und Zollwucherer vom Juli/August plötzlich ihr „soziales Herz" entdeckt haben. Nein, es ist diese Bereitwilligkeit nur eine Frucht der Regierungskrise, ein politisches Manöver der regierenden Parteien.

Nämlich: wenn die SPD. in die Regierungskoalition eintritt, muß man ihr etwas geben, womit sie die Zufriedenung ihrer Anhänger für den Sprung in das Bett Stresemannischer Koalition erkauft. In diesem Sinne hat denn auch der „Vorwärts" die Ankündigung der Lohnsteuersenkung sofort seinen Lesern präsentiert: „Ermäßigung der Lohnsteuer — Erfolg der Sozialdemokratie". Ja, je, mit Speck fängt man Mäuse.

Aber auch wenn — wider alle Wahrscheinlichkeit — die SPD. nicht offizielle Regierungspartei würde, so braucht die Regierung erst recht ein paar „soziale" Mäuschen, die ihre Steuer- und Zollpolitik vergessen machen können.

Also in jedem Fall ist die Ankündigung der Lohnsteuersenkung ein Mittel zur Stimmungsmache. Und ein Schwindel, der nicht schwer zu durchschauen ist.

Jede Arbeiterfrau kann an Hand ihrer Wochenausgaben verrechnen, daß 100 Mark im November nicht mehr, sondern eher weniger sind, als 80 Mark im Mai. Wenn also die Regierung in Aussicht stellt, daß ab Januar 1926 der steuerfreie Betrag des Lohn- und Gehaltsempfängers statt 80 Mark 100 Mark betragen soll, so ist das höchstens eine — nicht einmal genügende — Anpassung an die Preissteigerung, aber keine reale Erhöhung des Existenzminimums.

Es gehört schon eine große Portion Verlogenheit dazu, wenn jetzt die Herren Sozialdemokraten vor die Massen treten, um ihnen zu sagen: Seht, was wir für tüchtige Kerle sind, wir haben unsere Forderung durchgedrückt." Diese Heuchelei wird nur durch die Demagogie der Regierungsparteien übertroffen, die sogar dieses scheinbare „Entgegenkommen" an die Lohn- und Gehaltsempfänger zum Vorwand nehmen, um zu beweisen, daß nun erst recht von Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Gehälter Abstand genommen werden müsse.

Regierung und Parteien haben ihr „großherziges" Entgegenkommen in eine dichte Wolke von Phrasen gehüllt, die von „sozialem Mitgefühl" gegenüber der Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten triefen. Sicherlich ist diese Not ungeheuer groß; ganz gewiß wäre es nötig, dagegen etwas zu tun. Aber das Elend der Lohn- und Gehaltsempfänger ist eine zu ernste Sache, als daß wir es zum Gegenstand eines regierungsoffiziellen Schwindels machen lassen könnten. Wir schenken der Regierung und den Parteien alle ihre sozialen Phrasen, aber wir wollen keine nur scheinbare, sondern eine wirkliche Hilfe, keine fiktive Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums (d. h. eine Erhöhung nur in Ziffern), sondern eine reale, die sich in der realen Kaufkraft des Geldes ausdrückt.

Wir müssen deshalb der Regierung und den Parteien sagen: wir sind erfreut, meine Herren, daß Sie die unerträgliche Not der Lohn- und Gehaltsempfänger anerkennen. Aber wenn Sie wirklich etwas tun wollen — und nicht nur einen kleinen Schwindel! — dann müssen Sie schon etwas höher hinauf gehen. Wir werden also beantragen, daß das steuerfreie Existenzminimum auf mindestens 125 Mark im Monat, das sind 1500 Mark im Jahr, festgesetzt wird — wobei wir uns vorbehalten, daß wir diese Forderung bei weiterer Steigerung der Preise nötigenfalls erhöhen werden.

Wir sind überzeugt, daß auch ein steuerfreies Existenzminimum von 1500 Mark noch bei weitem nicht den wirklichen Notwendigkeiten der Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten entspricht; wir bleiben auch ferner bei unserer Auffassung, daß die Lohnsteuer überhaupt beseitigt werden muß, weil sie ein Ausnahmerecht gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger darstellt, gegenüber dem Privileg der Besitzenden, ihr Einkommen selbst zu veranlagen. Aber wir wollen unsere diesbezüglichen Anträge, die wir erst im August von allen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, abgelehnt wurden, für eine gelegenere Zeit zurückstellen.

Wir halten jedoch auch die Festsetzung der steuerfreien Abzüge für die Ehefrau und die ersten beiden Kinder für völlig unhaltbar, die jetzt 120 Mark für Frau und erstes Kind und 240 Mark für das zweite Kind betragen. Wir sind uns dabei bewußt, daß auch diese Summen — sie verstehen sich auf ein ganzes Steuerjahr! — noch absolut ungenügend sind. Aber wir wollen den sauberen Herren Demagogen nicht den Vorwand geben, zu schreien, daß die Kommunisten „utopische" Forderungen stellen.

Die Regierung muß zugestehen, daß die Lohnsteuer in den ersten sieben Monaten des laufenden Steuerjahres (April bis Oktober) 170 Millionen mehr aufgebracht hat, als die Regierung schätzte und in ihrem Haushaltsplane vorsah. Warum werden denn diese 170 Millionen den Lohn- und Gehaltsempfängern nicht zurückvergütet?

Solche Rückvergütungen sind doch für alle Besitzsteuern üblich. Will man auch hier das doppelte Recht, mit der man Besitzende und Besitzlose in unserem herrlichen Staate zu messen pflegt, aufrechterhalten? Technische Schwierigkeiten kann man hier auch nicht vorschützen. Im Gegenteil, hier ist die Rückvergütung viel einfacher als bei den Besitzsteuern. Je 100 Millionen soll die Lohnsteuer monatlich bringen. Bis jetzt hat sie schon 170 Millionen zuviel gebracht; bis Dezember werden die Ueberschüsse die 200 Millionen überstiegen. Man braucht also nur für zwei Monate die Erhebung der Lohnsteuer auszusetzen. Eine einfachere Rückvergütung der zuviel erhobenen Steuer gibt es gar nicht!

Wir werden also beantragen:

Die Lohnsteuer wird für die Monate Januar und Februar nicht erhoben!

Arbeitskollegen, Arbeiter, Angestellte, Beamte! Eure Lage ist so schlimm, daß Ihr Euch nicht wieder durch scheinbare Verbesserungen abfinden lassen könnt. Eine wirkliche, ernstliche Besserung, die Eurer Not entspricht, ist erforderlich. Deshalb müßt Ihr das frivole Spiel der demagogischen Politikanten durchschauen und durchkreuzen. Denkt unsere Anträge durch! Sie sind das allernötigste. Kein Mensch kann bestreiten, daß sie wohl begründet und voll berechtigt sind. Aber wenn Ihr nicht den **außerparlamentarischen Druck der Massen** dahinterstellt, dann werden sie genau so abgelehnt werden, wie im vergangenen Sommer alle unsere Anträge für die Interessen der werktätigen Massen abgelehnt wurden. Macht darum mobil in den Gewerkschaften und Betrieben! Es geht jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten an. Ueberschüttet den Reichstag mit Euren Entschließungen. Laßt keinen Zweifel, daß Ihr für Eure Forderungen kämpfen werdet! Eure Forderungen müssen sein:

Aussetzung der Lohnsteuererhebung für Januar und Februar!

Steuerfreies Existenzminimum von 1500 Mark jährlich!

Erhöhung der steuerfreien Abzüge für Frau und Kind!

Die Partei-in-Not-Marken sind bereits in den Händen der Bezirke und Ortsgruppen. Mit der Verrechnung soll nicht gewartet werden bis ein großer Teil verkauft ist. Alle Geldeingänge bei den Kassierern sind sofort als Teilzahlung weiterzuleiten und müssen ohne Verzögerung an die bekannte Adresse überwiesen werden. Alle Betriebszellen müssen ihre Arbeit sofort mit der Sammelaktion verbinden. Die Sammlung soll nicht beschränkt sein auf die Parteimitglieder.

Wir sammeln für die Partei des Proletariats!
Wir sammeln für die Aktionen des Proletariats!
Wir sammeln für den Sieg des Proletariats!

Genossen! Beginnt sofort mit der Arbeit — keine Stunde Verzögerung — organisiert die Sammeltätigkeit!

Werbt für die Partei!
Werbt für die Presse!

Der „friedfertige" Stresemann

Unverschämte Aeußerungen gegen Rußland

In der langweiligen Rede Stresemanns im Reichstage fiel nur ein Satz durch einen frischeren Ton auf, und der lautete:

„Wir wünschen mit Rußland im Frieden zu leben, aber es müßte auch Rußland seinerseits erklären, daß es den europäischen Frieden nicht stören will."

Herr Stresemann war zwar nicht im Jahre 1922 Reichsaußenminister, als Rußland in Genua Deutschland vor der Umklammerung durch die Entente rettete. Aber soviel sollte er aus den Akten des Auswärtigen Amtes gelernt haben, daß Sowjet-Rußland stets den europäischen Frieden gewollt und Deutschland vor einem allzu unverschämten Angriff der Entente bewahrt hat.

Wenn Herr Stresemann jetzt Sowjet-Rußland zum Frieden mahnt, dann beweist er damit nur, daß er bei seinen, den Krieg gegen Rußland vorbereitenden Plänen nicht gestört werden will.

Die Redewendung ist in Form und Inhalt bezeichnend für die veränderte Stellung der deutschen Regierung zu Sowjet-Rußland. Würde es Stresemann wagen, auch nur gegenüber Polen einen solchen unverschämten Ton anzuschlagen?

Und wie kommt Stresemann dazu, den europäischen Frieden zu verteidigen? Hat etwa Rußland gegen England, oder nicht vielmehr England und die Entente gegen Sowjet-Rußland kriegerische Absichten? Wenn Stresemann Rußland unterstellt, daß es Europa bedrohe, dann beweist er damit nur, daß er die Politik Polens, Frankreichs und Englands gegenüber Sowjet-Rußland zu seiner eigenen macht.

Die SPD. für den Mussolini-Vertrag

Im Reichstag beschäftigte sich der Handelsvertragsausschuß am Mittwoch mit dem deutsch-italienischen Handelsvertrag. Dieser Vertrag legt u. a. Zollsätze für Gemüse fest, die in unglaublicher Weise die Ernährung für das werktätige Volk Deutschlands verteuern. Die Gemüsezölle des deutsch-italienischen Vertrages werden auch für ähnliche Verträge maßgebend sein und den Preis des Gemüses im Großhandel bestimmen. So legt der Mussolini-Vertrag auf ein Pfund Rhabarber je 3 Pf. Zoll und auf zwei Pfund Karotten je 5 Pf. Zoll. Trotzdem hat die SPD zusammen mit den meisten bürgerlichen Parteien den Vertrag angenommen. Die Kommunisten stimmten dagegen. Die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung, weil sie in der Fraktion zu dem Gegenstand noch nicht Stellung genommen hatten.

Mussolini fürchtet den Zorn der englischen Arbeiterschaft

Nach einer Meldung des „Popolo d'Italia" wird Mussolini nicht persönlich zur Unterzeichnung des Paktes von Locarno nach London reisen. Die Delegation soll bestehen aus dem Führer der italienischen Delegation in Locarno, Senator Scialoja, ferner aus dem Mitglied der gleichen Delegation, Marquis Medicie del Vascello und dem Rechtssachverständigen Pilotti. Mussolini hat sich also nicht getraut, nach London zu fahren. Das ist der Erfolg der englischen Gewerkschaften, die offiziell erklärt haben, daß sie Mussolinis Anwesenheit im Lande nicht dulden werden.

Die Amnestieschande in Bayern

(Eig. Drahtm.) **München, 25. November.**

Das Justizministerium hat dem Landtag eine Amnestievorlage übergeben, die sich der Reichsamnestie anpaßt. Es wird aber erklärt, die bayrische Regierung sei überhaupt gegen jede Amnestie, weil sie das Rechtsempfinden verletze. Die Amnestievorlage geht hinter die Vorlage der Luther-Regierung zurück. Landesverrat und Vergehen aus wirtschaftlicher Not während der Inflationszeit sind von der Amnestie ausgenommen.

Die „Glocke" hat geläutet

Berlin. Die rechtssozialdemokratische „Glocke" ist eingegangen, nachdem durch den Tod des Chefredakteurs und Finanziers, des Kapitalisten und Sozialdemokraten Helphand-Parvus, die Betriebsmittel ausgeblieben sind, denn die Arbeiter hatten wahrhaftig kein Interesse an diesem Revisionistenorgan.

Vorläufiges Begräbnis der kommunistischen Beamtenanträge

Der Haushaltausschuß vertagt die Beratung auf später

Am Mittwochvormittag trat — die KPD. hat einen entsprechenden Antrag gestellt — der Haushaltausschuß zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Anträge für die Beamten, die von den Kommunisten und Sozialdemokraten gestellt waren.

Für das Reichsfinanzministerium gab Staatssekretär Fischer die Erklärung ab, das Ministerium könne die finanziellen Auswirkungen noch nicht übersehen. Außerdem sei ja auch die Senkung der Lohnsteuer beantragt worden, die eine Verminderung der Einnahmen bedeuten würde. Das Reichsfinanzministerium wünscht also, daß die Beratung vertagt werde.

Reichskanzler **Dr. Luther** unterstrich die Ausführungen des Staatssekretärs und wies darauf hin, daß eine Regierung, die ihren Rücktritt angekündigt habe, so schwerwiegende Entscheidungen und Verantwortungen nicht übernehmen könne. Auch er forderte Vertagung, bis eine neue Regierung vorhanden sei.

Der **Sozialdemokrat Hermann Müller** erklärte, es sei eine Verständigung zwischen den Parteien nötig, die es wenigstens in absehbarer Zeit ermögliche, zu einem Resultat zu kommen. **Aber auch er besteht nicht auf sofortige Beratung;** der Ausschuß könne vielleicht am 9. Dezember in die Beratung eintreten. — **Allerdings, vor Weihnachten würde dann nichts erreicht werden.**

Für die Kommunistische Partei wandte sich Genosse

Neubauer

in schärfster Weise gegen die beabsichtigte Verschleppung. Er wies darauf hin, daß der Führer der Zentrumsfraktion, Fehrenbach, unter Anspielung auf die Erfahrungen bei den letzten Regierungsbildungen ausgeführt hat, daß sich eventuell die jetzige Regierungsbildung bis zum Januar hinziehen könnte. Aber in dieser Zwischenzeit müssen Reichstag und Regierungen eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen fällen. **Wenn man es schon für möglich hält, daß eine halbtote Regierung die Verantwortung für das Unterschreiben des Locarno-Paktes übernimmt, so kann doch eine Furcht vor Erhöhung der Beamtengehälter nur eine Ausflucht sein, ein Verschleppungsmanöver und nichts weiter.** Auch hat es sich gezeigt, daß die Regierung gar nicht so verantwortungsscheu ist, wo es sich um die angebliche Notlage anderer Teile der Bevölkerung handelt.

Die Regierung hat die Verantwortung nicht gescheut, an 200 Millionen zur Unterstützung der großen Konzerne ohne Bewilligung des Reichstags auszugeben!

Aber für die Beamten, Erwerbslosen usw. hat die Regierung nie Geld!

„Was glauben Sie, meine Herren, was die sich im größten Elend befindenden Massen sagen werden, wenn sie erfahren, daß die Regierungen Hunderte von Millionen für Konzerne, für Steuerstundungen und Nachlässe an die Besitzenden gegeben haben, in derselben Zeit, wo Sie jede Forderung auf Erhöhung der Gehälter, Unterstützungen usw. ablehnen."

Die Regierung kann sich auch nicht auf die Unsicherheit der Steuereinnahmen berufen. In den ersten sieben Monaten sind 562 Millionen mehr Steuern eingenommen, als der Voranschlag der Regierung vorsah.

Wir verlangen eine sofortige Beratung unserer Beamtenanträge und lehnen jede Verschleppung ab.

Auch der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff wandte sich gegen die Beratung der Anträge, die für Preußen finanziell ganz unragbar seien.

Die Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Deutschnationalen und der Bayrischen Volkspartei erklärten sich **für Hermann Müllers Vertagungsantrag.**

Genosse Neubauer forderte, daß dann wenigstens **sofort die von den Kommunisten geforderte einmalige Wirtschaftsbeihilfe,** die eine Entschuldigungsbeihilfe sein soll, **behandelt wird.**

Alle Parteien von der SPD. bis zu den Deutschnationalen nahmen dagegen Stellung!

Es ist offensichtlich, daß die Sozialdemokraten die Vertagung bis 9. Dezember nur beantragt haben, um bei der Regierungsbildung die Beamtenanträge **als Druckmittel** zu verwenden.

Von der kommunistischen Studentenbewegung

Vom 15. bis 17. November fand in Berlin eine Arbeitstagung von Delegierten sämtlicher kommunistischer Studentengruppen Deutschlands statt. Fast die ganze Beratung galt praktischen Fragen und es erwies sich, daß die kommunistische Studentenfraktion eine viel größere innere Geschlossenheit, eine bedeutend engere Verbindung mit der Partei und einen viel größeren Aktionsradius auf den Hochschulen besitzt, als wir selber vor der Tagung wußten. Wo immer einige unserer Genossen aktiv und richtig zu arbeiten verstanden, haben sie breite Kreise von Sympathisierenden um sich geschart. Die Hauptaufgabe der Konferenz war, die so gewonnenen Erfahrungen zu verallgemeinern und für eine systematische Arbeit in der Zukunft auszunutzen. Es erwies sich klar aus den Berichten der Ortsgruppen, daß überall die Enttäuschung über die pazifistischen Phrasen der Sozialdemokraten und der Republikaner und über die nationalistischen Phrasen der Völkischen gleichgroß ist. Diese Organisationen haben heute an den meisten deutschen Hochschulen einen reinen Sektencharakter. Ueber sie hinweg wendet sich die Sympathie der Unorganisierten, obwohl durch zahllose Vorurteile behindert, unserer Bewegung zu. Die Konferenz legte darum das Hauptgewicht auf Kampagnen zur Gewinnung breiter Sympathien. Unter drei Parolen wird die Studentenorganisation an die proletarischen Schichten der Studierenden herantreten: Gegen Verschlechterung der Studienbedingungen, Schutz den Werkstudenden, für Sowjet-Rußland!

Es ist kein Zweifel, daß diese Parolen unseren Genossen Zugang zu Gruppen der Studentenschaft schaffen werden, an die wir bisher nicht herankamen. Ueberdies schuf die Konferenz endlich Klarheit über das Verhältnis der Studentenorganisation zur Partei. Sie stellte fest, daß die Hochschulen nicht Betrieben gleichgestellt werden und also auch keine Betriebszellen der Studenten in ihnen gebildet werden können. In Zukunft werden die Studenten Betriebszellen der Partei zugeteilt werden und dort lernen, sich der proletarischen Bewegung einzuordnen. Jede intellektuelle Sonderbündelei wird damit abgeschnitten sein.

Andererseits trug der Kongreß Sorge für die zentrale Zusammenfassung der Fraktionsarbeit an Hochschulen für das ganze Reich. Diese Konferenz bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege des Eindringens der Parteiorganisation in die Reihen der Intellektuellen. Denn nichts anderes als ein Vorposten der Partei auf den reaktionären Hochburgen, welche die Hochschulen heute noch darstellen, sind die kommunistischen Studentenfraktionen und nichts anderes können sie sein.

Vor dem Generalstreik der Grubenarbeiter in Amerika

Der Streik der Antrazitgrubenarbeiter droht nunmehr auf die Bergleute der übrigen Kohlengruben überzugreifen. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Lewis hat an den Präsidenten der USA. ein Schreiben gerichtet, in dem er verlangt, daß die Regierung auf die Unternehmer einwirken solle, daß das vor Monaten abgeschlossene Lohnabkommen durchgeführt wird. Sollten Regierung und Unternehmer sich weigern, so sei der Bergarbeiterverband gezwungen, den Generalstreik zu proklamieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0002

Rot Front

Rot Front gegen schwarzweißroten „Ordnungs"block

(Von einem roten Frontkämpfer)

Der echt proletarische Gedanke der einheitlichen roten Front des gesamten Proletariats ist so recht der Leitstern der Wahlen am 29. November zu dem Provinziallandtag und zu den Kreistagen. Diese rote Front muß ihren Hauptstoß richten **gegen die schwarzweißroten Betrügerparteien**, gegen jene Parteien, die vollverantwortlich sind für all das Elend, das besonders seit dem letzten Sommer mit seinen Zoll-, Steuer- und Aufwertungsgesetzen über das Proletariat bis tief hinein in die Schichten des Kleinbürgertums gekommen ist.

Um ihr wahres Gesicht zu verdecken, um die Massen weiter wie bisher irrezuführen, nennen sich die schwarzweißroten bürgerlichen Parteien jetzt **„Ordnungsblock"** und reden von der **„sachlichen Arbeit"**, die sie leisten würden, wenn nur die Proleten so dumm wären, ihnen die Stimme zu geben. Jeder Arbeiter kennt die sachliche Arbeit dieses Ordnungsblockes! Die Ordnung dieser Leute besteht darin, **die Löhne und Gehälter zu kürzen, die Arbeitszeit hinaufzuschrauben, soziale Rechte abzubauen**, kurzum, das Proletariat dem Kadavergehorsam gegenüber den Ausbeutern zu unterwerfen. Wenn diese Ordnungsparteien Gelegenheit hätten, ihre Ordnung aufzurichten, dann würden wir wieder durch die **allgemeine Wehrpflicht** für den Geldsack das Gewehr schultern und uns von schnoddrigen Jünglingen, die sich „Herr Leutnant" titulieren lassen, nur weil sie „adliger" Herkunft sind, und ihr Vater den nötigen Geldsack besitzt, beschimpfen lassen müssen. Und wenn es nach der Ordnung der Schwarzweißroten gehen soll, dann werden den ausgerissenen Landesvätern weiter die Millionen aus den Taschen des deutschen Volkes nachgeworfen werden. Und wenn jene Ordnung kommen soll, die die bürgerlichen Parteien wünschen, dann sind **die Hohenzollern nicht mehr fern**, dann ade, Republik!

Es gibt keine Proletarier, die das wünschen können. Darum ist der 29. November ein außerordentlich wichtiger Tag für alle Arbeiter, die die Notwendigkeit der Bildung einer starken roten Front begriffen haben. Besonders aber haben **wir rote Frontkämpfer**, die wir uns als die Soldaten des Proletariats fühlen, die unter der roten Fahne marschieren, **alle Ursache, unsere Kräfte anzuspannen, um am 29. November die Mehrheit der bürgerlichen Betrugsparteien im Provinziallandtag und in den Kreistagen zu stürzen.** Wir wissen aus der Vergangenheit, wie die reaktionären Landräte und Regierungspräsidenten mit Einschluß selbstverständlich der mit dem Bürgertum paktierenden Sozialdemokraten stets den Verleumdungen gegen den Roten Frontkämpfer-Bund willig Ohr geliehen und wiederholt die Polizeimacht gegen den Roten Frontkämpfer-Bund eingesetzt haben zu derselben Zeit, wo die Stahlhelmer und Wehrwölfe ungehindert sich für den Proletariermord vorbereiten konnten. Es ist also von großer Wichtigkeit, gerade für uns Frontkämpfer, ob in Zukunft eine bürgerliche oder eine Arbeitermehrheit in der Provinz, in den Kreisen das entscheidende Wort führen wird. Ohne uns der Illusion hinzugeben, daß wir durch eine Arbeitermehrheit bereits das kapitalistische System stürzen können, ist es doch von Bedeutung, wenn wir entscheidenden Einfluß bekommen auf die Wahl der Organe in Provinz und den Kreisen.

Wir roten Frontkämpfer treten freilich mit Recht nicht durch eine eigene Liste auf. **Aber es gibt eine Partei, die den Gedanken der roten Front auf das entschiedenste vertritt und so unser Ziel restlos unterstützt. Das ist die Kommunistische Partei.** Wir haben als die Vertreter des Gedankens der roten Front es mit besonderer Freude begrüßen können, daß die Kommunistische Partei durch ihr Listenverbindungsangebot an die SPD. den Versuch gemacht hat, auch **die sozialdemokratischen Arbeiterstimmen**, die bis jetzt immer nur dem bürgerlichen Koalitionsgedanken zugute kamen, **in eine rote Front zur Eroberung einer Arbeitermehrheit einzubeziehen.** Wenn die sozialdemokratischen Führer es nicht einmal für nötig gehalten haben, dieses nur im allgemeinen proletarischen Interesse liegende Angebot auch nur zu beantworten, so ist es für jeden von uns vollkommen klar, daß **seine Stimme nur der Kommunistischen Partei gehören** kann. Das um so mehr, als wir uns davon überzeugt haben, daß **auf der Liste der Kommunistischen Partei tatsächlich durchweg Arbeiter aus dem Betriebe** stehen.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, mit denen wir im Betrieb von ein- und demselben schwarzweißroten Ausbeuter gepeinigt werden, und die Ihr genau so gut von den schwarzweißroten Faszistenhorden bedroht seid wie wir, könnt Ihr es mit Eurem proletarischen Gewissen vereinbaren, daß Eure Führer, nur um weiter die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum fortzusetzen, ganz einfach das Angebot auf die Verrechnung aller proletarischen Stimmen zugunsten einer Arbeitermehrheit übergehen? Wir rote Frontkämpfer sind der Ansicht, daß, wenn Ihr auch nur einen Funken proletarischen Gefühls Euch bewahrt habt, Euch jetzt nichts anderes mehr übrig bleibt, als für die Kommunistische Arbeiterliste zu stimmen.

Aber wir geben auch jene irregeführten Klassengenossen nicht verloren, die heute noch die Reihen ihrer eigenen Klassenfeinde im Stahlhelm, Wehrwolf und in all den übrigen sogenannten vaterländischen Verbänden füllen. Wer sind denn alle die „nationalen" Führer, die über die Stahlhelmproleten kommandieren? Das sind frühere Offiziere, die die Soldaten aus dem einfachen Volke nicht genug schinden konnten, das sind Rittergutsbesitzer, die schon immer die Landarbeiter wie Vieh behandelt haben, das sind Werksdirektoren, die das Geschäft der Ausbeutung der Proletarier in den Betrieben betreiben, das sind höhere Verwaltungsbeamte, die in allen das Proletariat angehenden Dingen den reaktionären bureaukratischen Kurs steuern. Man braucht sich ja bloß diejenigen Leute anzusehen, die auf der schwarzweißroten Liste des Ordnungsblocks stehen. Es sind alles **bekannte monarchistische Reaktionäre, frühere Offiziere, Rittergutsbesitzer, Adlige und sonstige nobien Herren, die ihr Herz für das Proletariat nur dann entdecken, wenn es gilt, dieses selbe Proletariat als Stimmvieh für sich zu benutzen.** Wer von den Stahlhelmproleten endlich diesem System den Rücken drehen will, den heißen wir in unseren Reihen willkommen, wenn er nur ehrlich mit uns zusammen den schweren Kampf des Proletariats gegen seine Peiniger aufzunehmen gewillt ist. **Der Anfang der Umkehr für diese irregeführten Proletarier ist die Stimmabgabe für die kommunistische Arbeiterliste.**

In diesem Sinne ist auch für uns rote Frontkämpfer der **29. November der Tag einer großen proletarischen Heerschau über unsere rote Front.** Wenn wir alle unsere Kräfte einsetzen, wenn wir nicht nur selbst geschlossen zur Wahlurne gehen und den kommunistischen Stimmzettel abgeben, sondern auch all die Tausenden Säumigen aufrütteln, und besonders auch viele Arbeiter aus dem sozialdemokratischen und dem schwarzweißroten Lager für uns gewinnen, dann

muß am 29. November die rote Front siegen!

Der RFB. am roten Landsonntag

Borr. Um den Gedanken der kämpfenden roten Front auch hinauszutragen in die weitere Umgebung Halles, und um auch die **Landarbeiterschaft** und **die Kleinbauern** zur Mithilfe für einen roten Sieg in Mitteldeutschland zu gewinnen, hatte die Ortsgruppe Halle des RFB beschlossen, **den 22. November zu einem roten Landsonntag zu gestalten.** Es war festgelegt worden, besonders die weitere Umgebung Halles aufzusuchen, und gemäß diesem Plane wurde auch verfahren. Obwohl das Wetter am Tage vor dem roten Landsonntag nicht dazu angetan war, die Kameraden für den Marsch besonders zu begeistern, waren doch am Sonntage selbst **alle Bezirke stark angetreten.** Die Selbstdisziplin hatte jeden Kameraden bewogen, die Erschwernisse eines Tagemarsches bei schlechtesten Bodenverhältnissen auf sich zu nehmen, galt es doch gerade in den schwärzesten Ecken zu zeigen, daß der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft trotz Schikane lebt und für Ausbreitung seiner Idee immer und immer wieder sorgt.

•

Der **Bezirk 1** (Osten) verließ, über Diemitz marschierend, die Stadt Halle. Zöberitz war das erste Ziel der Agitationstätigkeit. Erstaunt blickten die Einwohner dieses Ortes, als die geschlossenen und disziplinierten Gruppen einrückten. In jener Ecke, in der der Stahlhelm sowie auch alle anderen faszistischen Organisationen ihr Domizil aufgeschlagen haben, wurde ein Aufmarsch der Roten Frontkämpfer nicht vermutet. Die Hausagitation in diesem sowohl als auch in den anderen später zu bearbeitenden Orten zeigte, daß besonders **die Landarbeiterschaft schwer unter dem Drucke ihrer reaktionären Arbeitgeber seufzt und deshalb eine besonders große Freude empfindet, wenn sie ihre Klassengenossen unter der roten Fahne aufmarschieren sieht.** Ueber Niemberg, Zeschdorf ging dann der Propagandamarsch auf Dammendorf, Spickendorf zu. In den späten Nachmittagsstunden wurde der Rückmarsch über Peißen, Reideburg angetreten und gegen 8 Uhr abends erreichte der Bezirk wieder Halle. Während der ganzen Tour wurden **für die Rote Hilfe 53,05 Mark gesammelt, außerdem für 24 Mark Literatur umgesetzt. Auch eine ganze Anzahl Marken „Partei in Not" wurden verkauft.**

•

Der **Bezirk Süden**, der ebenfalls über Diemitz die Stadt verließ, begann in Reideburg seine Propagandaarbeit. **Freudig wurden fast überall die Wahlzeitungen entgegengenommen** und in den verschiedensten Orten, besonders in Reinsdorf und Landsberg, **Straßenversammlungen abgehalten.** In Gollma traf der Bezirk die ebenfalls auf Propagandatour befindlichen Deutzischer Kameraden. Weiter ging dann der Marsch auf Queis, Klepzig zu, um ebenfalls gegen 8 Uhr sein Ende zu erreichen.

Alle mitgenommene Literatur wurde restlos vertrieben. Für die Rote Hilfe konnten 54,60 Mark gesammelt werden. 63 „Partei-in-Not"-Marken und über 100 Wahlmarken wurden außerdem noch verkauft.

•

Der **Bezirk 3** (Westen) hatte die Aufgabe bekommen, besonders im Merseburger Kreis zu werben. Nachdem bei Röpzig die Saale überquert worden war, begann der Marsch auf Benkendorf, dann nach Deitz a. B. mit dem Ziele Lauchstädt. **Auch hier wurden die Roten Frontkämpfer von dem proletarischen Teil der Bevölkerung überall mit freudigen Zurufen begrüßt.** Ueber Raitmannsdorf, Hohenweiden ging am Nachmittag der Rückmarsch Halle entgegen. **60,15 Mark konnte der Bezirk für die Rote Hilfe sammeln und auch ihm gelang es, alle mitgenommene Literatur zu verkaufen.**

•

Der **Bezirk Norden** sollte auftragsgemäß den nördlichen Teil des Saalkreises bearbeiten, um auch die dortigen Bewohner für die rote Front zu gewinnen. Ueber Trotha ging der Marsch auf Morl. Kurz vor diesem Ort stieß der Bezirk auf die bereits wartenden Kameraden des **Werbebezirks Seehen.** Vereint setzte dann die Tätigkeit in Morl und dem nahegelegenen Möderau ein. Nachdem dann auch Beiderfee belegt worden war, ging der Marsch über Sylbitz, Lettewitz gegen Wettin. In jener Gegend zeigte sich so treffend, **welch ungeheure Aufklärungsarbeit die Arbeiterklasse noch zu leisten hat,** wenn es ihr gelingen soll, besonders **die Kleinbauern in eine Front mit dem Proletariat zu bringen.** Häufiger als einmal tönte in jenen Dörfern den Werbern der Ruf: „Die Roten kommen" entgegen und schleunigst waren Hoftor und Haustür fest verriegelt. Kläffende Hunde zeigten, daß die Bewohner dieser Häuser alles getan hatten, um sich von den verhaßten Roten fernzuhalten. Höchst sonderbar war das Verhalten der in jenen Orten überaus starken faszistischen Organisationen. Während diese Elemente sonst immer den Mut finden, proletarische Veranstaltungen, ja sogar Mitgliederversammlungen zu stören oder unmöglich zu machen, ließ sich während des Durchmarsches des RFB. **auch nicht ein einziger dieser Helden** sehen. Nur in Reuniz-Gimritz zeigten sich einige, allerdings im Schutze der in nächster Nähe befindlichen Staatshüter. In dem kleinen Städtchen Wettin machte der disziplinierte Einmarsch der roten Frontkämpfer einen gewaltigen Eindruck. Ueberall standen die Einwohner und **hier fanden wohl auch die roten Agitatoren die beste Aufnahme.** Nach einer kurzen Ruhepause wurde dann über Mücheln-Gimritz der Heimweg angetreten. **Auch im Bezirk 4 wurde alle mitgenommene Literatur verkauft, eine Reihe „Partei-in-Not"-Marken umgesetzt und außerdem 42,50 Mark für die Rote Hilfe gesammelt.**

•

Der Bezirk 5 (Zentrum) hatte die Aufgabe bekommen, besonders im Mansfelder Seekreis zu agitieren. Ueber Nietleben, Zscherben führte deshalb der Weg nach Eisdorf, Bennstedt. Die Kameraden des Werbebezirks Dölau schlossen sich den hallischen Kameraden an. Ueber Zappendorf-Müllerdorf ging dann der Marsch nach Schochwitz. Hier war scheinbar die gesamte faszistische Einwohnerschaft von dem Eintreffen der roten Frontkämpfer unterrichtet, denn überall sah man vor den Haustoren, häufig ohne Rock, die Einwohner, mit den Stahlhelmmützen auf dem Kopfe, stehen. Im ersten Augenblick glaubte ein unbefangener Beobachter, daß dieses Dorf militärische Einquartierung erhalten habe, so viele feldgraue Gestalten zeigten sich, aber auch sie hielten sich in äußerst vorsichtiger Reserve, als sie die Stärke und Disziplin der anmarschierenden roten Frontkämpfer feststellten. Von Schochwitz aus wurde dann noch Gorsleben und Raundorf bearbeitet. Nach einer kurzen Ruhepause im letzten Orte ging dann der Rückmarsch über Salzmünde vonstatten. **Alles Material, das der Bezirk zum Vertrieb mitgenommen hatte, war restlos verkauft, für die Rote Hilfe waren außerdem 58,50 Mk. gesammelt.**

•

Gewiß bedeuteten diese kurzen Tagemärsche für alle Teilnehmer große Anstrengungen, besonders die schlechten Wegeverhältnisse erschwerten das Laufen gewaltig. Trotzdem war aber die Stimmung unter allen Kameraden eine vorzügliche, **die überall sichtbaren Erfolge hatten jedem einzelnen gezeigt, daß die Anstrengungen nicht vergebens gewesen waren.** Für alle Teilnehmer waren diese Ausmärsche aber auch eine Lehre, jeder hat wohl erfahren, **wie notwendig gerade die Aufklärung auf dem flachen Lande ist,** und wenn die am Sonntag geleistete Arbeit mit dazu beitragen wird, im **Provinziallandtag der Provinz Sachsen eine rote Mehrheit einzuziehen** zu lassen, dann wird jeder Kamerad die körperlichen Mühen vergessen, hat doch auch er dazu beigetragen, die kämpfende rote Front zu vergrößern.

An die Kameraden und Genossen im Roten Frontkämpfer-Bund

Was ist Eure proletarische Pflicht am 29. November?

Zum ersten Male nach den **Zoll-, Steuer- und Aufwertungsgesetzen der Luther-Regierung,** die soviel Elend über das Proletariat bis hinein in die kleinbürgerlichen Schichten gebracht haben, und zum ersten Male nach dem **Kriegspakt von Locarno,** der gegen Sowjet-Rußland gerichtet ist, erhalten die werktätigen Massen am 29. November anläßlich der Provinziallandtags- und Kreistagswahlen Gelegenheit, ein **erdrückendes Volksurteil abzugeben.** Der 29. November ist also ein wichtiger Tag für das gesamte Proletariat.

Besonders aber gehen diese Wahlen Euch an, Kameraden, die Ihr die Bannerträger des Gedankens einer roten Front seid. Denn bei diesen Wahlen geht es darum, ob in Zukunft **die bürgerliche Mehrheit im Provinziallandtag und Kreistag weiter in allen sozialen und wirtschaftlichen Provinz- und Kreisangelegenheiten einen reaktionären Kurs steuern und darüber hinaus die schwarzweißrote Luther-Politik unterstützen soll** oder ob endlich unsere Provinz Sachsen sich den Ruhm, das rote Herz Deutschlands zu sein, wirklich verdient durch die

Eroberung einer Arbeitermehrheit.

Die **Kommunistische Partei** hat alles getan, was in ihren Kräften stand, um die bürgerliche Mehrheit zu Fall zu bringen und eine Arbeitermehrheit zu ermöglichen. Sie hat deswegen sogar der **Sozialdemokratischen Partei den Vorschlag auf Listenverbindung** gemacht, damit die Arbeiter-Reststimmen zugunsten einer Arbeitermehrheit verrechnet würden. Die Ablehnung dieses Angebotes durch die **sozialdemokratischen Führer, die lieber für die bürgerliche Koalition als für eine Arbeitermehrheit eintreten,** zeigt Euch erneut, daß **allein die Kommunistische Partei wirklich gewillt ist, Euer Ziel, die Schaffung einer kampfesfähigen breiten Front unter der roten Fahne, zu unterstützen.** Darum gibt es für jeden roten Frontkämpfer nur die eine Möglichkeit:

für die kommunistische Arbeiterliste stimmen!

Aber das allein genügt noch nicht. Es gilt jetzt, während der **letzten Tage vor der Wahl, dem Gedanken der Beseitigung der bürgerlichen Mehrheit und der Erkämpfung einer roten Arbeitermehrheit in der breitesten Form öffentlich Ausdruck zu verleihen.**

Wir fordern Euch also auf, stellt Euch mit Euren revolutionären Kampfesreihen unter Eurer roten Kampfesfahne zur Wahlpropaganda und Wahlagitation der Kommunistischen Partei zur Verfügung.

Ungeheuer viel Arbeit ist noch zu leisten. **In den Städten** stehen noch viele Klassengenossen abseits der roten Front, sei es, daß sie noch dem Schwarz-Rot-Gold der bürgerlichen Koalitionspolitik ihrer Führer folgen, sei es, daß sie in den sog. nationalen Verbänden der schwarzweißroten Fahne der imperialistischen Kriegshetzer nachlaufen. Ihr habt die Aufgabe, allen diesen verirrten Klassengenossen die Bedeutung der Wahl vom 29. November klarzumachen und sie für die rote Arbeitermehrheit zu gewinnen.

Besonders müßt Ihr Euch aber auch an die werktätige **Landbevölkerung** wenden. Die Reaktion hofft, gerade auf dem Lande eine solche Stimmenzahl zu erhalten, daß sie die bürgerliche Mehrheit im Provinzparlament und im Kreistag aufrechterhalten kann. **Zerschlagt diese Hoffnung Eurer Klassenfeinde! Geht hinaus aufs Land! Sorgt durch Propagandaaufmärsche, daß auch unter den Landarbeitern und in den Reihen der Kleinbauern der Gedanke der roten Front noch mehr als bisher Fuß faßt!** Beweist den Arbeitsbauern, daß sie durch den schwarzweißroten Zoll-, Steuer- und Aufwertungsbetrug genau so ins Elend gestoßen werden wie die Proletariermassen in den Städten!

Sorgt auf solche Weise für eine proletarische Einheitsfront zwischen allen Werktätigen in Stadt und Land, die durch die Eroberung einer proletarischen Mehrheit im Wahlergebnis am 29. November ihren Ausdruck finden muß!

Die letzten Tage vor der Wahl müssen eine gesteigerte Werbetätigkeit mit sich bringen. **Stellt Euch bei allen Propagandaumzügen, bei jeder Flugblattverbreitung, bei jeder Pressagitation, bei allen öffentlichen Versammlungen der Kommunistischen Partei zur Verfügung! Am Tage der Wahl selbst setzt alle Eure Kräfte ein, um durch eine rege Wahlarbeit selbst**

den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen zur Stimmabgabe für die rote Front,

für eine rote Arbeitermehrheit, und das bedeutet: für die kommunistische Arbeiterliste!

Kameraden und Genossen, wir wissen aus der Vergangenheit, wir wissen von Euren von prächtigem revolutionären Elan getragenen roten Tagen, daß es genügt, diesen Appell an Euch gerichtet zu haben, damit Ihr geschlossen Eure Pflicht für die rote Klassenfront erfüllt.

In diesem Sinne muß Euer revolutionärer Gruß „Rot Front!" am 29. November seine Ergänzung finden in der Roten-Frontkämpfer-Parole:

„Im roten Herzen Deutschlands eine rote Mehrheit in Provinz und Kreis!"

Bezirksleitung der KPD. — **Gauleitung des RFB.**
von Halle-Merseburg.
J. A.: M. Lademann. — J. A.: R. Richter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Gämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Flugblattverbreitung. Am Freitag und Sonnabend gleich nach Schluß der Arbeit für nachfolgende Distrikte: 1, 2, 3, 4, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22. Alle Genossen und Genossinnen müssen sich der wichtigen Parteiarbeit unterziehen.
Distrikte 1 und 3. Freitag abend „Goldene Kette" Distriktsversammlung.
Dölau. Freitag 27. November, abends 8 Uhr, bei Richter Wahlversammlung. Referent Genosse Härtel (Halle).
Nietleben. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, „Sonne". Referent Genosse Richter.
Sennewitz. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Härtel.
Könnern. Wahlversammlung Donnerstag, 26 November, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Referent Genosse Willi Rette.
Nauendorf. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Lokal Franz. Referent Genosse Sachs.
Schkeuditz. Frauenabend Donnerstag, 26 November, abends 8 Uhr, in der „Taube".
Morl-Möderau. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Stoje. Referent Genosse Würker, Seeben.
Diemitz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referent von der Bezirksleitung.
Zappendorf. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der Bezirksleitung.
Friedrichsschwerz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der Bezirksleitung.
Beesenlaublingen. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Linde". Referent von der Bezirksleitung.
Canena. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Wenkel. Referent von der Bezirksleitung.
Schkeuditz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, „Bahnhofshotel". Referent Genosse Liebersch, Leipzig.
Brachstedt. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent von der Bezirksleitung.
Brachwitz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent von der Bezirksleitung.
Lettin. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, „Erholung". Referent von der Bezirksleitung.
Trebitz bei Könnern. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Seiler. Referent von der Bezirksleitung.
Passendorf. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in den „Drei Lilien". Referent von der Bezirksleitung.
Rothenburg. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, „Zum Schützen". Referent von der Bezirksleitung.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Papitz. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Lokal Kohl. Referent Genosse Kilian.
Dürrenberg. Wahlversammlung Donnerstag, 26 November abends 8 Uhr, im „Kronprinz". Referent Genosse Bernhard Koenen.
Altranstädt. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Tuchscher. Referent Genosse Bernhard Koenen.
Kötzschen-Beuna. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Lindner. Referent Genosse Hirsemann.
Teuditz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Schrader. Referent Genosse Dzygalla.
Kaknitz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Krone". Referent Genosse Grabow.
Merseburg. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Referent Genosse Bernhard Koenen.
Neumark. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Shumann. Referent Genosse Grabow.
Meuchen. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Winkler, Lützen.
Bottendorf. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Lehmann. Referent Genosse Römer, Roßleben.
Roßleben. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in Roßleben im „Goldenen Hirsch". Referent Genosse Scheibner, Mücheln.
Mücheln. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, „Schützenhaus". Referent Genosse Kilian, Halle.
Lützen. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, „Bürgergarten". Referent Genosse Fritz, Goddula.
Querfurt. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in der „Sonne". Referent von der Bezirksleitung.
Frankleben. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gemeindegasthof. Referent Genosse Bowitzki.
Söbeker. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Zautsch. Referent von der Bezirksleitung.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Reisdorf. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Gemeindehaus. Referent Genosse Beyling.
Eisleben. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, „Volkshaus". Referentin Genossin Krüger.
Wolferode. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde". Referent Genosse Paul Müller.
Berga. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, in der Schenke. Referent von der Bezirksleitung.
Ermsleben. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring". Referent von der Bezirksleitung.
Hettstedt. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark". Referent Genosse Max Lademann.
Volkstedt. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Deutsch. Referent Genosse Böttge.
Roßla. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, in der „Sonne". Referent von der Bezirksleitung.
Alsleben. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle". Referent Genosse Otto König.
Gerbstedt. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Lohmaier. Referent von der Bezirksleitung.
Kelbra. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle". Referent Genosse Wilhelm Koenen.
Helbra. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in der „Sonne". Referentin Genossin Krüger.
Ermsleben. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring". Referentin Genossin Lehmann, Halle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Delitzsch. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, „Lindenhof". Referent Genosse Hugo Eberlein, Berlin.
Z[illegible]. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Tretschok.
Gommlo. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Galander.
Rudersdorf. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Keller.
Prülis. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Bassümer.
Wolfen. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, in der „Erholung". Referent Genosse Hugo Müller.
Spören. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Lokal Friedrich. Referent Genosse Habie.
Sanpitzsch. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Lokal Deutschbein. Referent Genosse Baumgärtel.
Krippehna. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Michaelis.
Wartenburg. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Rogg.
Pieteritz. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, in der „Pappelbrücke". Referent Genosse Max Lademann.
Zscheplin. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, Gasthof.
Hohenprießnitz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, Gasthof.
Glesien. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Baumgärtel.
Zschernitz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Koze.
Gollma. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Gebhardt.
Selben. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Geide.
Wolteritz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Schneider.
Eutzsch. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Behnke.
Lubast. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Galander.
Reinsdorf bei Wittenberg. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, in der „Obstweinschenke". Referent Genosse Lehmann.
Zscherndorf. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Troitzsch. Referent Genosse Petermann.
Friedersdorf. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Stern. Referent Genosse Rauchfuß.
Greppin. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, Lokal Schmidt. Referent Genosse Donner.
Zörbig. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, „Schloßgarten". Referent Genosse Hugo Müller.
Lischmehna. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Michaelis.
Braunsdorf. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Schwarzkopf.
Teuchel. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Wagner.
Lissa. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Simon.
Güntheritz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Koze.
Löbnitz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, „Eiche".
Freiroda. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Baumgärtel.
Zschornewitz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Rönnicke. Referent Genosse Rödel.
Düben. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, bei Görlig. Referent von der Bezirksleitung.
Wittenberg. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Muts Lokal. Referent Genosse Böttcher, Leipzig.
Zahna. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Lukas. Referent Genosse Rogg.
Pratau. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Bödicke. Referent Genosse Bassüner.
Bergwitz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Kemnitz.
Segrehna. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Torsdorf.
Patrina-Scholitz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger. Referent Genosse Gebhardt.
Gräfenhainichen. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Eger. Referent von der Bezirksleitung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hohenleipisch. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, in der „Weintraube". Referent Genosse Paulick.
Liebenwerda. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone". Referent von der Bezirksleitung.
Schmerkendorf. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, bei Henkel. Referent Genosse Naumann, Mühlberg.
Weidenhain. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Holzweißig.
Cossdorf. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Krone". Referent von der Bezirksleitung.
Reichenhain. Wahlversammlung Donnerstag, 26 November, 8 Uhr, im Gasthof.
Gorden. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Nadebour. Referent Genosse Paulick.
Mückenberg. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Roloff. Referent von der Bezirksleitung.
Grünewalde. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Meergans.
Elsterwerda. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Referentin Genossin Lehmann, Halle.
Roitzsch bei Torgau. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Herth. Referent Genosse Holzweißig.
Domsdorf. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in Nieße.
Naundorf bei Torgau. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Müller. Referent Genosse Holzweißig.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Rasberg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Brühl". Alles muß erscheinen.
Goseck. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im Kochs Garten. Referent Genosse Becker.
Weißenfels. Funktionärversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Tagesordnung: Wahlarbeit.
Zeitz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, in der „Reichshalle". Referent Genosse Wilhelm Koenen, Berlin.
Langendorf. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Lorbeer. Referent Genosse Becker.
Bloda-Possenhain. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Sachse. Referent Genosse Boedecker.
Leißling. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8Uhr, im Lokal Grunert. Referent Genossin Zäuner, Weißenfels.
Lengefeld. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, „Fähre". Referent Genosse Kramer.
Kretzschau. Mitgliederversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Lokal Börner.
Minkwitz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Nikodemus.
Hohenmölsen. Wahlversammlung Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof". Referent von der Bezirksleitung.
Gladitz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Meißner.
Strecken. Wahlversammlung Sonnabend, 26. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Luckenau. Referent Genosse Beuthan.
Zorbau. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, in der „Friedenseiche". Referent Genosse Wagner.
Nellschütz. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Meißner.
Oberwerschen. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Hoffnung. Referent Genosse Boedecker.
Deuben. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Bauer. Referent Genosse Lessig.
Naaha. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Referent Genosse Lessig.
Sietau-Pohlis. Wahlversammlung Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, in der „Grünen Aue".
Flemmingen. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Erholung". Referent Genosse Reubert, Naumburg.
Scheßlitz. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Schumann. Referent Genosse Höhne.
Schönburg. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Gasthof „Zur Quelle". Referent Genosse Burghardt.
Mertendorf. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, bei Zautsch. Referent Genosse Fiekert, Naumburg.
Tölleda. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Max Lademann, Halle.
Haynsburg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in Sautzschen.
Zeitz. Zusammenkunft aller Genossen und Genossinnen am Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, in der „Herberge".
Röda. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent Genosse Benkwitz.
Droyßig. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im „Adler". Referent Genosse Gutjahr.
Profen. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Winkler. Referent Genosse Schippa.
Predel. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal Richter. Referent Genosse Retterath.
Etzelshain. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, Gasthof. Referent Genosse Hannemann.
Theißen. Wahlversammlung Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, im „Blauen Stern". Referent Genosse Wagner, Weißenfels.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat befindet sich bei Arthur Brandt, Große Klausstraße 10 (mittlerer Laden). Dasselbe ist für den Verkehr geöffnet von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwochs und Sonnabends nachmittags 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr. Die übrige Zeit bleibt das Bureau unbedingt geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden beteiligen sich an der am Donnerstag im „Volkspark" stattfindenden Wahlversammlung der Arbeiterpartei. Funktionäre Nord Ordnerdienst. Antreten eine halbe Stunde vorher.
Geschlossener Spielmannszug. Freitag, 27. November, abends ½8 Uhr, auf dem Roßplatz (Wasserturm) Antreten zum Ueben. Uebungslokal Flugplatz.
Bezirk 1 (Osten). Sonnabend, 28. November, abends 8 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße. Funktionärsitzung.
Abteilung 8, 9 und 9a. Freitag, 27. November, abends 8 Uhr, in Loests Hof Treffen. Alles tritt pünktlich an.
Abteilung 10. Freitag, 27. November, im „Dreibund".

Jungsturm

Die für Donnerstag angesetzten Veranstaltungen fallen aus. Dafür restlose Beteiligung an der Wahlversammlung.

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Freitag, 27. November, „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Die gesamte Ortsgruppe hat zu erscheinen.
Rattmannsdorf. Freitag, 27. November, 8 Uhr, Pflichtversammlung.
Queis. Freitag 27. November, 8 Uhr, Mitgliederversammlung Mitgliedskarten mitbringen.
Ammendorf. Donnerstag, 26. November, abends 8 Uhr, im „Dreierhaus" zu Osendorf wichtige Sitzung. Erscheinen ist Pflicht.
Reideburg. Freitag, 27. Nov., bei Bauermann in Büschdorf Mitgliederversammlung.
Werbebezirk Dölau. Heute abend 8 Uhr Gasthof zur „Sonne", Nietleben, Werbebezirksversammlung.
Nietleben. Sonnabend, 28. November, Gasthof „Sonne" Mitgliederversammlung. Dortselbst können Neuanmeldungen vom Werbeabend geregelt werden.

Untergau Merseburg

Kötzschen-Beuna. Sonnabend, 28. Nov., 8 Uhr, Lokal Lindner, Generalversammlung.
Neumark. Sonntag, 29. November, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Sehr wichtig.
Merseburg. Freitag, 27. November, 8 Uhr, „Stadt Leipzig" Pflichtversammlung. Mitgliedskarten sind mitzubringen.
Mücheln. Alle Kameraden und Spielleute treten am Wahlsonntag früh ½8 Uhr am Gewerkschaftshaus an.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Sonntag, 29. November, vormittags 8.30 Uhr, Antreten zum Propaganda-Marsch. Spielleute Instrumente mitbringen. Entschuldigung gibt es nicht.

Untergau Schkeuditz

Alle Ortsgruppen des Untergaues beteiligen sich restlos am Sonntag, 29. November, in Schkeuditz an der Feier des einjährigen Bestehens der dortigen Ortsgruppe. Alles Erforderliche ist rechtzeitig zu veranlassen. Sammeln aller Ortsgruppen nachmittags 6½ Uhr an der „Weißen Taube".

Untergau Bitterfeld

Holzweißig. Freitag, 27. November, außerordentliche Mitgliederversammlung. Thema: Wahlsonntag.
Roitzsch. Freitag, 27. November, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Mitgliedskarten mitbringen.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Sonnabend, 28. November, abends ¾7 Uhr, Abfahrt vom alten Schützenplatz im Lastauto zur Wahlversammlung und Gründungsversammlung einer RFB.-Ortsgruppe nach Löbnitz. Teilnehmer bei Kamerad Paul Pfordte, Grünstraße.
Zschortau. Sonnabend, 28. November, Mitgliederversammlung.

Untergau Weißenfels

Teuchern. Sonntag vormittag 8 Uhr Gasthof „Grüner Baum" Sammeln zum Demonstrationsumzug. Gruppenführer sind für Erscheinen verantwortlich.

Auf
Teilzahlung
liefern wir gegen bequeme Wochen- oder Monatsraten, die nach Wunsch des Käufers eingerichtet werden:

Damen-Garderobe
Mäntel
Plüsch-Mäntel
Plüsch-Jacketts
Krimmer-Jacketts
Kostüme
Strick-Kostüme
Gummi-Mäntel
Windjacken
Kleider
Backfisch-Kleider
Kinder-Kleider
Kostüm-Röcke
Sportwesten
Kinder-Sportwesten

Herren-Garderobe
Ulster, Rock-Paletots
Joppen
Gummi-Mäntel
Windjacken
Anzüge
Cutaway
Burschen-Anzüge
Manchester-Anzüge
Cutawayhosen
Breeches
Arbeitshosen
Sportwesten
Kinder-Anzüge

Sofortige Lieferung bei geringer Anzahlung auch nach auswärts
Paul Sommer
Halle a. S., Leipziger Straße
14
1. u. 2. Etage

Leder
zu bekannt billigen Preisen 314
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr 46,
Ecke Geiststraße.

H. Mannhardt
Lessingstraße 11
Fernruf 4402
empfiehlt sich zur
Fassaden-, Glas-, Gebäude-, Lokal-, Parkett-, Teppich-Reinigung

Dachpappe
pro Rolle 3,— Mk.
laufend abzugeben
Eckert,
Königstraße 71

Ledertaschen
M. Winkler
Glauchaer Str. 27

Kinder-Tragmantel zu verk. Am Bauhof 8, II

Ab Freitag wieder prima fettes
Ziegenfleisch
Pfd. 50 bis 80 Pf.
W. Bornstein
Unterberg 17

Herren-, Damen-, Knaben-
Mäntel
Joppen, Anzüge,
Schuhwaren
aller Art
zu billigsten Preisen
Max Gaudes
Zeitz,
Leipziger Str. 39
Donaliesstr. 1

Prima
Mastfleisch
ff. Schmer
und alles andere
Tägl.: Warme Wurst
Max Frommelt
1933 Zeitz
Parzellenstr. 15

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Nur durch den Masseneinkauf
Billige Haushaltwaren

Porz.-Tasse mit Untertasse	0,15	Volksbadewanne	19,85
Porz.-Speiseteller mit kleinen Fehlern	0,35	Em.-Konsole m. Maß	0,65
Butterglocke mit Stulpdeckel	0,58	Sand-, Seife-, Soda-Garnitur	1,65
Porz.-Goldrand-Speiseteller	0,85	Em.-Nachtgeschirr	0,95
Kuchenteller, bunt	0,48	Kehrschaufel m. Holz	0,58
Kaffeeservice 5 tlg.	1,95	Em.-Eimer weiß/weiß	1,25
Kaffeeservice 9 tlg. m. sch. Dek.	3,95	Essenträger groß	0,95
Küchengarnitur echt Porz. m. Gold, 22 tlg.	15,85	Waschbecken m. Napf	1,10
Steingut-Speiseteller	0,10	Milchkrug mit Henkel und Bügel	0,75
Kind.-Eßservice 5 tlg.	0,95	Fleischwolf verzinnt, Alexanderwerk	5,95
Kaffeebecher, bunt	0,15	Kohleneimer	1,45
Teekanne, handbemalt	1,85	Kohlenkasten bunt bemalt	2,95
Steingut-Heringskasten	2,45	Zinkwanne oval	2,95
Steingut-Schüsseln 6 im Satz	1,35	Zinkeimer	1,20
Tortenplatte m. Fuß	2,50	Tortenplatte mit gr. Nickelrand	2,85
Würfelzuckerkasten	1,25	Isolierflasche hält 24 Stunden warm	1,10
Küchengarnitur 22 tlg.	11,85	Wärmeflasche	1,35
Waschgarnitur 4 tlg.	5,95	Gebäckkasten lackiert	2,65
Em.-Schmortöpfe mit Deckel, 5 im Satz	5,95	Leibwärmer	0,95
		Kohlenschaufel	0,20
		Obsthorden	1,65

Steinweg 45 **SOBEL** Gr. Ulrichstraße 9
Reilstraße 1
4004

Gummi-Absätze
M. Winkler
Glauchaer Str. 27

Hosenträger
Max Käther
Merseburg
Schmalestraße 21

Dank *4014
allen denen, die unserem lieben Verstorbenen auf seinem letzten Gange das Geleit gaben, besonders den Mitgliedern vom Feuerbestattungsverein. Dank auch der KPD. und dem RFB für die erwiesene Ehrung. Ferner Dank unserem Gen. Lademann für seine Worte am Grabe.
Benndorf, 24. Novbr. 1925
Helene Arndt und Kinder

Nachruf

Plötzlich und unerwartet durch Unglücksfall im Betrieb verschied am Dienstag, dem 24. November, 10½ Uhr, der Werkzeugschlosser

Erich Döring

im jungen Alter von 23 Jahren. Er war uns stets ein treuer und aufrichtiger Kollege dessen Ableben wir tief bedauern 4006

Halle, den 25. November 1925

Die Belegschaft der Fa. Dicker & Werneburg, Halle (S.)

Pa. Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt zu billigen Tagespreisen
Walter Reiher, Fleischermstr.
Lützen *4024

Freitag und Sonnabend: **Seefische**
Schellfisch, Kabeljau, Goldbarsch Pfund v. 25 Pf. an. 12 Stck. Vollheringe 50 Pf.
W. Klebitz, Wittenberg Judenstraße 33

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

GEG „Famos" ist das Waschmittel der überzeugten Genossenschafter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0004

Gegen den Kriegspakt!

Für ein unabhängiges sozialistisches Deutschland! Für die Sowjetunion!

Rede des Genossen Thälmann in der Reichstagssitzung vom 24. November

Wir geben heute die Rede des Genossen Thälmann ausführlicher wieder, nachdem wir gestern nur im Auszug einige Gesichtspunkte hervorgehoben haben:

Die Kommunisten wollen den Frieden

Wäre Locarno ein Schritt zur Sicherung des Friedens, zur sozialen und nationalen Freiheit der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Völker, die Kommunistische Partei Deutschlands, die Kommunistische Internationale, der einzige proletarische Staat, der einzige Freund aller unterdrückten Klassen und Völker: Sowjet-Rußland, jeder Kommunist würde bedingungslos für Locarno eintreten. Mit derselben Energie, mit der wir heute die unterdrückten Klassen und Länder vor Locarno warnen, mit der wir den Kampf gegen Locarno organisieren, mit derselben Energie würden wir für Locarno eintreten. Denn die Proletarier aller Länder, die unterdrückten Hunderte von Millionen von Bauern und Arbeitern in China, in Italien, in Afrika wollen die Freiheit von den Fesseln des Kapitalismus und Imperialismus. Sie alle kämpfen für die Eroberung der sozialen und nationalen Freiheit, für einen durch die Macht der Werktätigen aller Länder wirklich gesicherten Weltfrieden.

Der Pakt der Unterdrücker

Vor wenigen Tagen nannte der „Vorwärts" anläßlich des von der italienischen Polizei fingierten Mussolini-Attentats Mussolini einen Mörder. Der von den Sozialdemokraten aller Länder gepriesene „Friedenspakt" von Locarno enthält

die Unterschrift dieses Mörders.

Der Repräsentant dieses Mördertums garantiert gemeinsam mit England den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich. Die Unterschrift des faszistischen Friedensgaranten befindet sich in ebenbürtiger Gesellschaft auf dem Stück Papier, das für die Sozialdemokratie die neue Friedensära bedeutet, nicht nur die Unterschrift des Außenministers der französischen Regierung, die etwa im Auftrag von französischen Banken in edler Gemeinschaft mit dem spanischen Diktator am Rif planmäßig ein Volk ausrottet, die in Syrien, dem Mandatsgebiet des Völkerbundes, mit Tanks, Kanonen und Galgen für den Völkerbund Propaganda zu machen sucht. Der Friedenspakt trägt weiter die Unterschrift des Vertreters der imperialistischen, englischen Bourgeoisie, gegen deren Herrschaft Hunderte von Millionen chinesischer und indischer Bauern und Arbeiter sich auflehnen. Der Friedenspakt trägt die Unterschrift der Vertreter der tschechischen und polnischen Bourgeoisie, die nicht nur brutal ihre Arbeiter und Bauern ausbeutet, sondern ebenso brutal die nationalen Minderheiten vergewaltigt. Der Friedenspakt trägt endlich die Unterschrift des Vertreters der deutschen Bürgerblockregierung, der Vertreter der deutschen Schwerindustrie und Junker, die im Einverständnis mit Hindenburg, dem General des Bürgerblocks, dem Repräsentanten der Republik, dem Ehrenpräsidenten des Stahlhelms und im Einverständnis mit den deutschen Sozialdemokraten die deutschen Arbeiter und Bauern als Landsknechte den Interessen des englischen Imperialismus zur Verfügung stellt. (Sehr richtig! b. d. Komm.)

Die amerikanischen Bankiers

Nicht offiziell an Locarno beteiligt sind die amerikanischen Bankiers. Kein Vertreter der amerikanischen Bourgeoisie hat den Vertrag mit unterzeichnet. Aber das amerikanische Finanzkapital, das Europa als große Kolonie betrachtet, aus dem es ungeheure Profite herausziehen kann, hat am Zustandekommen von Locarno sehr tatkräftig mitgearbeitet. In den Kanzleien der Bankiers, der Großindustriellen und der Großagrarier haben die Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals unzweideutig zu verstehen gegeben, daß der amerikanische Imperialismus Locarno wünscht.

Zwischen Herrn Stresemann, dem Außenminister der deutschen Bourgeoisie, und der Sozialdemokratie, der Partei der Lückenbüßer, ist ein eifriger Wettstreit darüber entstanden, wer der Vater der Locarnoer Politik ist. Herr Stresemann hält sich für einen genialen Politiker, der Deutschland über Locarno zu alter Macht und Herrlichkeit führt, und die Sozialdemokratie erklärt triumphierend: Locarno ist der Sieg der sozialdemokratischen Politik. Ja, der „Vorwärts" ging sogar so weit, daß er Herrn Stresemann einmal des Diebstahls bezichtigte, nämlich des Diebstahls der sozialistischen Friedenspolitik.

Die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen

So sind die Rollen in Deutschland säuberlich verteilt. Der bisherige Außenminister des Bürgerblocks propagiert Locarno als die Realpolitik der deutschen Bourgeoisie; die Sozialdemokratie propagiert Locarno als Friedenspolitik des Sozialismus; und die Deutschnationalen, deren großindustrielle und großagrarische Kreise für Locarno sind, denen ein Stein vom Herzen fiel, als die Sozialdemokraten sich bereit erklärten, für die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie in die Bresche zu springen. — diese Deutschnationalen mimen plötzlich Opposition, weil Millionen ihrer Anhänger, erbittert durch die brutale Wirtschafts- und Sozialpolitik des Bürgerblocks, erbittert über den Auswertungsverrat unter der Führung von Hindenburg — während man den deutschen Fürsten Hunderte von Millionen in den Rachen wirft —, erbittert über den Preisabbauschwindel der Regierung Luther, das wahre Gesicht der Dawes-Deutschnationalen zu erkennen beginnen.

Unter der Maske der nationalen Opposition liefern diese Dawes-Deutschnationalen Millionen Bauern, Kleinbürger und den Mittelstand der nationalen Opposition liefern sie Millionen deutscher Werktätiger den Interessen des inländischen Kapitalismus und des ausländischen Imperialismus aus. (Sehr richtig! b. d. Komm.)

Die Stimme Rosa Luxemburgs

Angesichts dieser Manöver der Parteien der deutschen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie erinnern wir die Arbeiterklasse Deutschlands, die gesamte Arbeiterklasse der Welt, an die Worte von Rosa Luxemburg, an jene Worte, die sie 1918, nicht lange vor dem Kriegszusammenbruch, in den Spartakusbriefen schrieb:

„Immer eifriger beginnen die offiziellen Geschäftsträger der herrschenden Klassen, die den Weltkrieg heraufbeschworen, in ihrem Falschspiel der Völkerverwirrung auch die falsche Karte des Schiebsgedankens einzumischen. Wilson, Grey und natürlich auch der deutsche Kanzler, sie allesamt erklären sich bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja sogar — man bedenke — an die Spitze eines Völkerbundes zu treten, der die Friedenssäule im Zaume hält.

Und wie der Herr, so's Gescherr!

Wie die Staatsdiplomatie, so ihre sozialdemokratischen Reklametrommler. In Deutschland am meisten. Einig verbreiten sie den demagogischen Humbug und plustern ihn auf, um die Regierung mit einer Glorie zu umgeben und ihr die Massen zuzutreiben und das Proletariat einzulullen und von seiner eigenen Politik abzulenken. Wie sie die Grundlage des Parteiprogramms verraten haben, so schlachten sie jetzt seine einzelnen Worte nur noch aus, um die Massen unter das Kommando der herrschenden Klasse zu stellen."

Diese Worte von Rosa Luxemburg treffen auf die heutige Situation zu. Setzt man statt Wilson und Grey Chamberlain, Briand, Luther und Stresemann; was Rosa Luxemburg im letzten Kriegsjahr schrieb, es könnte heute für Locarno geschrieben sein.

Stresemann — der Agent des englischen Imperialismus

Weder Herr Stresemann, noch die deutschen Sozialdemokraten, sind die Väter von Locarno. Sie sind im besten Falle die Mütter, die unehelichen Mütter. Denn der englische Imperialismus hat den Vorteil dieser Verbindung und Deutschland alle Nachteile. Der Garantiepakt ist nicht in dem entstanden, was man den Kopf des Herrn Stresemann nennt; es ist doch allgemein bekannt, daß der englische Botschafter Lord d'Abernon im Auftrag seiner Regierung Herrn Stresemann den Vorschlag des Garantiepaktes machte. Es ist auch allgemein bekannt, daß Herr Stresemann, der Exponent der deutschen Bourgeoisie, die Garantiepolitik im Auftrag der englischen Regierung machte.

Der englische Imperialismus, der das proletarische Rußland vernichten will, weil das Bündnis der siegreichen russischen Arbeiter und Bauern mit den Arbeitern und den unterdrückten Nationen der ganzen Welt die Herrschaft des Imperialismus bedroht, dieser englische Imperialismus will Europa als **englische Front gegen Sowjet-Rußland organisieren.** (Sehr richtig! b. d. Kommunisten.)

Der „Frieden mit beschränkter Haftung"

Die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten Europas, vor allen Dingen zwischen Frankreich und Deutschland, sollen für die Interessen der englischen Weltpolitik ausgenutzt werden. **Die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten Europas sollen so lange normalisiert werden, wie es der englische Imperialismus braucht.** In Europa soll gewissermaßen ein **„Frieden mit beschränkter Haftung"** unter unmittelbarer Abhängigkeit dieses Friedens vom englischen Imperialismus bestehen. Das ist der wahre Inhalt des sogenannten Westpaktes, der sogenannten Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Der englische Imperialismus braucht einen von ihm kontrollierten Friedenszustand zwischen Frankreich und Deutschland. Aber diese Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland darf nicht so weit gehen, daß sie zu einem Bündnis dieser beiden Staaten wird. Zwischen Deutschland und Frankreich — so verlangen es die Interessen des englischen Imperialismus — sollen immer so viele Reibungsflächen bestehen bleiben, daß der englische Imperialismus imstande ist, die deutsch-französischen Gegensätze für seine Weltpolitik auszunutzen.

Ebenso wie der Sieg der russischen Revolution die Vernichtung von Brest-Litowsk bedeutete, so bedeutete die Niederlage der deutschen Revolution die Aufrechterhaltung von Versailles.

Die Vertreter der sogenannten deutschen Realpolitik: Luther, Stresemann und General v. Seeckt wissen, daß weder die Massen der Reichswehr, noch der Widerstand der deutschen Arbeiterklasse von heute auf morgen diesen Revanchekrieg möglich machen. Diese Vertreter der deutschen Bourgeoisie hoffen, auf einem anderen Wege das alte imperialistische monarchistische Preußen-Deutschland wieder aufzubauen. Ebenso wie die Reaktion jetzt andere Methoden zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und Wiedererrichtung der Monarchie anwendet, als im Kapp-Putsch, nämlich die Monarchisierung Deutschlands auf kaltem Wege unter vorläufiger Beibehaltung der formellen Republik, ebenso versucht jetzt außenpolitisch die deutsche Bourgeoisie mit Locarno eine andere Methode einzuschlagen.

Das bürgerliche Deutschland als Landsknecht

Die deutsche Bourgeoisie versucht, als Landsknecht des englischen Imperialismus, den deutschen Imperialismus wieder aufzubauen. Der Politik des Bürgerblocks nach innen entspricht auch außenpolitisch **die Politik des Blocks mit der englischen Reaktion.**

Der Friede zwischen Deutschland und Frankreich wird und muß kommen. Für den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland, für das Bündnis eines proletarischen Frankreich mit einem proletarischen Deutschland kämpfen gemeinsam die französischen und die deutschen Kommunisten.

Der Westpakt unter englischer Kontrolle, unter Aufrechterhaltung der Herrschaft der französischen und deutschen Bourgeoisie bedeutet aber nicht den Frieden. Der Westpakt bedeutet für die französische Bourgeoisie nur den Ausdruck der Tatsache, daß sie in diesem Moment nicht die Macht hat, aktive Poincaré-Politik zu machen. Die englische Kontrolle des sogenannten Friedensverhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich — von der Garantie des faszistischen Mörderregimes nicht zu reden — bedeutet, daß in dem Augenblick, wo die Politik der deutschen Bourgeoisie nicht den Wünschen der englischen Politik entspricht, der französische Imperialismus mit Unterstützung von England gegen Deutschland poincaristisch vorgehen wird. Die englische Kontrolle und Garantie des Westpaktes ist eine Waffe in den Händen der englischen Bourgeoisie, um Deutschland planmäßig in den Ring der englischen Einkreisungspolitik gegen Sowjet-Rußland zu schmieden.

Der Westpakt ist die Vorbereitung des Krieges

Wir erklären hier laut vor der deutschen, vor der französischen und vor der gesamten internationalen Arbeiterschaft: Der Westpakt ist nicht der Frieden zwischen Frankreich und Deutschland, den die deutschen und französischen Arbeiter und Bauern mit aller Macht wollen. Der Westpakt ist nicht die Verhinderung einer neuen, noch grauenhafteren deutsch-französischen Front der Infanterie, Artillerie, Gas und Flieger. **Der Westpakt ist die Vorbereitung eines neuen Krieges.**

Das ist keine Phantasie der Kommunisten. Ich werde einen Zeugen anführen, der der Partei angehört, die sich als Vater der Locarno-Politik bezeichnet und die morgen als Lückenbüßer für die Deutschnationalen einspringen wird. Das „Hamburger Echo" der Sozialdemokratie, ein parteivorstandstreues Organ, schrieb am 15. Juli — hören Sie aufmerksam zu, das ist sehr interessant, obzwar es Zitate im allgemeinen nicht sind:

„Die unweigerliche Folge der von Stresemann gemachten nur englisch orientierten Politik war, daß die gesamten östlichen Nachbarn Deutschlands ihren Anschluß in Paris verstärkten. Die Einkreisungsfront gegen Deutschland ist lebendiger denn je, der Ring um Deutschland ist erstarkt.

... Damit ist aber der deutschen Sicherheitspolitik jeder positive und greifbare Erfolg genommen. Stresemann ist gescheitert. Er hat es nicht verstanden, die Sicherheitspolitik europäisch zu führen. Er hat sich nationalistisch-dumm und egoistisch-beschränkt in die Sackgasse gebracht. Seine Londoner Spekulation war plump und faul. **Weg mit diesem Außenminister!"**

Ja, weg mit diesem Außenminister, dem die Sozialdemokraten morgen wieder ein Vertrauensvotum geben werden. Aber dieser Außenminister ist der Exponent der deutschen Bourgeoisie und **daher weg mit der Herrschaft der deutschen Bourgeoisie! Nieder mit Locarno! Nieder mit dem Geist der imperialistischen Politik,** der im Stadium der Vorbereitung neuer Kriege im Gewande des Friedens auftritt, um die Werktätigen aller Länder irrezuführen, ebenso wie 1914, wo der lange Krieg — auch mit Friedensreden und Konferenzen — plötzlich vor den Massen stand, und die Massen panikartig auf die Schlachtbank trieb.

Die Kommunisten und Elsaß-Lothringen

Wir wissen den wahren Wert eines Verzichts der deutschen Bourgeoisie auf Elsaß-Lothringen einzuschätzen, wir wissen, was solche Verträge bedeuten. Die Stellung der deutschen und französischen Kommunisten, der Kommunistischen Internationale über die Frage Elsaß-Lothringen ist eindeutig und klar. Weder in Versailles noch in Locarno wurden die Elsässer und Lothringer selbst um ihre Meinung gefragt. Es wurde diktatorisch über ihr Schicksal entschieden. An Stelle der deutschen Kapitalisten führen jetzt die französischen Kapitalisten über Elsaß-Lothringen das Kommando. Der Kampf zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus um die Beherrschung Elsaß-Lothringens verfolgte allein den Zweck, dem jeweilig siegreichen Imperialismus die Ausbeutung der Bodenschätze und der werktätigen Bevölkerung dieses Landes zu sichern.

Die Kommunistische Partei Frankreichs erklärte sich bereit, für das freie Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer bis zur vollständigen Unabhängigkeit und bis zur staatlichen Lostrennung von Frankreich einzutreten. Und ebenso erklären wir deutschen Kommunisten, daß wir alles tun werden, um einen neuerlichen Angriff der deutschen Bourgeoisie zur Angliederung Elsaß-Lothringens zu verhindern.

Die Kommunistische Partei Frankreichs und die Kommunistische Partei Deutschlands, die gesamte Kommunistische Internationale, wir alle wissen, daß die wirkliche Befreiung der elsaß-lothringischen Bevölkerung von jedem imperialistischen Joch allein durch den revolutionären Kampf und Sieg der Arbeiter- und Bauernmassen erreicht und gesichert werden kann.

Die Frage der Ostgrenzen

Der englische Außenminister machte der deutschen Bourgeoisie Hoffnungen auf eine Revision der Ostgrenzen, sozusagen als Abschlagszahlung für das Einschwenken Deutschlands in den antirussischen Block. Damit erreichte die englische Politik folgendes: sie lenkte Deutschlands Aufmerksamkeit vom Westen weg hin in den Osten. Und indem die englische Politik Deutschland **die Frage Elsaß-Lothringens im Osten aufrollen läßt,** kann die englische Diplomatie jederzeit neuen Konfliktstoff zwischen Frankreich und Deutschland werfen. Polen hat ein Militärbündnis mit Frankreich. **Die deutsch-polnischen Grenzen sind eine deutsch-französische Frage.**

Die Kriegsgefahr im Osten

Schon schlagen die Herzen der Militärs der deutschen Reaktion höher. Schon träumt die deutsche Reaktion, zunächst einmal mit dem polnischen „Erbfeind" aufzuräumen. **Wir müssen heute vor der deutschen und der internationalen Arbeiterschaft der Ostpolitik der deutschen Bourgeoisie die Maske herunterreißen. Was hier von der deutschen Bourgeoisie im Stillen organisiert wird, kann morgen zu einem ungeheuer blutigen Abenteuer werden.** Die deutschen Arbeiter müssen Acht geben, daß die Versuche der deutschen Bourgeoisie zur Rückeroberung der verlorengegangenen Ostprovinzen nicht die Einleitung zum nächsten Krieg bedeuten. Die deutschen Arbeiter müssen ihr Augenmerk darauf lenken, wie die Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie wachsen, durch den polnischen Korridor in einen neuen Krieg hineinzutaumeln. Herr Stresemann ist sehr stolz darauf, daß er keinen Ostpakt mit Polen abschloß, und daß Frankreich kein Garant zwischen Deutschland und Polen ist. Aber wie sieht in Wirklichkeit die „Genialität" des Herrn Stresemann aus? Georg Bernhard, ein sehr eifriger Verfechter von Locarno, schrieb über die Rolle Frankreichs als Garant der deutsch-polnischen Grenze in diesen Tagen folgendes:

„Aber wenn man einmal vom Gefühlsmäßigen absieht, so war die Ausmerzung der französischen Garantie eine **zweischneidige Waffe.** Frankreich ist mit Polen durch einen Allianzvertrag verbunden. Dieser Allianzvertrag kennt nicht die Unterscheidung zwischen den Angreifern und Angegriffenen. **Er könnte Polen die Handhabe bieten, Waffenhilfe gerade gegen Deutschland von Frankreich unter allen Umständen zu verlangen."**

Die Front der deutschen und polnischen Kommunisten

Die Stellung der Kommunistischen Internationale, die Stellung der deutschen und polnischen Kommunistischen Partei zu dem deutsch-polnischen Gebiet ist ebenso eindeutig wie unsere Stellung zu Elsaß-Lothringen. **Wir fordern für diese Gebiete das freie Selbstbestimmungsrecht mit dem Rechte des Anschlusses an Deutschland oder Polen oder der völligen Unabhängigkeit.** Wir wissen, daß die polnische Bourgeoisie die nationale Minderheit ebenso vergewaltigen wird, wie früher die preußischen Junker die polnische Minderheit vergewaltigt haben. **Die von der polnischen Bourgeoisie erbarmungslos verfolgte Kommunistische Partei Polens ist die einzige Partei in Polen, die für die nationale Freiheit der unterdrückten Völker kämpft.** Sie ist die einzige Partei, die ebenso wie die französische Partei für das Selbstbestimmungsrecht der ehemaligen deutschen Gebiete kämpft.

Der Garantiepakt des internationalen Proletariats

Wir werden gemeinsam mit der polnischen Kommunistischen Partei den Kampf führen, um jedes blutige Abenteuer der deutschen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0005

wie der polnischen Bourgeoisie zu verbindern, um die soziale und nationale Freiheit durch den Garantiepakt der internationalen proletarischen Einheitsfront zu verwirklichen.

Die Deutschnationalen sind in Wirklichkeit für Locarno

Ich könnte Hunderte von Stimmen aus der Presse der Deutschnationalen anführen, wo klar gesagt wird, daß sich Deutschland zum höchstmöglichen Preise an England verkaufen soll. Die „Kreuzzeitung" z. B., das Organ der sogenannten nationalen Opposition, schrieb am 31. Juli folgendes:

„Unsere Politik muß darauf bedacht sein, daß wir nicht ohne Gegenleistungen in den anglo-französischen Block einbezogen werden."

(Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Der Paragraph 16 gegen Sowjet-Rußland

Das „Hamburger Echo", das ich bereits mehrfach zitiert habe, mußte zugeben, **daß die englische Diplomatie eine Offensivkoalition mit der Hauptstoßrichtung gegen Rußland zu organisieren versucht.** Die freiwillige Annahme der Kriegsparagraphen 16 und 17 bedeutet die Bereitwilligkeit der deutschen Bourgeoisie, gegen entsprechende Konzessionen englische Aktionen gegen Sowjet-Rußland zu unterstützen. Durch die freiwillige Annahme dieser Paragraphen, über die der Demokrat Theodor Wolff schrieb, daß konsequente Pazifisten diesen Paragraphen nicht leicht nehmen können, da er eine Kriegsmöglichkeit in sich birgt, daß Demokraten mit der Annahme dieses Paragraphen auf den Grundsatz verzichten, daß nur die Volksvertretung den Krieg erklären kann, ist am krassesten **die Schwenkung der deutschen Außenpolitik gegen Sowjet-Rußland gekennzeichnet.**

Der Schwindel der „Rückwirkungen"

Die deutsche Bourgeoisie glaubt, eine sehr kluge Politik zu machen, und Herr Stresemann hält sich für den zweiten Bismarck, weil er bereit ist, Deutschlands Politik auf englische Initiative gegen Sowjet-Rußland zu kehren. Freilich, was die sogenannten Rückwirkungen betrifft, so sind diese nicht einmal in dem kleinen Umfang eingetreten, wie sie von der deutschen Bourgeoisie als Voraussetzung für die Unterzeichnung der Verträge von Locarno aufgestellt wurden. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Regierung forderte eine Verlegung der Kölner Truppen an andere Plätze des besetzten Gebietes. **Aber die englische Besatzung Kölns geht nach Wiesbaden, ins Zentrum der chemischen Industrie Deutschlands.** Die Regierung forderte: keine schwarzen Truppen mehr. Darauf bekam sie keine Antwort. Die Regierung forderte eine Neuregelung der Polizeiverhältnisse im Besatzungsgebiet. Das wurde abgelehnt. Die Regierung forderte die Einsetzung gemischter Kommissionen aus deutschen und alliierten Delegierten zur Beratung über Verminderung und Abbau der Besatzungstruppen. Das wurde abgelehnt. Die Regierung forderte die Aufhebung aller Ordonnanzen. Aber ein Teil wurde nicht aufgehoben. Die Regierung forderte die Verkürzung der Besatzungsfrist. Das wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde weiter die Bewilligung eines besonderen Parlaments im Saargebiet, eine frühere Abstimmung im Saargebiet, die Aufhebung der Beschränkung des deutschen Luftverkehrs, die Uebertragung von Kolonialmandaten. **Was Deutschland erreicht hat, ist im wesentlichen eine Rückkehr zum Versailler Friedensvertrag.** Die deutsche Bourgeoisie und Herr Stresemann hoffen, daß ihr Einschwenken in die englische Einheitsfront Versailles liquidieren wird. Sie sind bereit, so viel für England zu tun, daß sie hoffen können, daß auch England sehr viel für Deutschland tun wird. **Aber die ganze deutsche Bourgeoisie muß sich darüber klar sein, daß ein Landsknecht auch als Landsknecht behandelt wird.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Mit jeder kleinen Konzession, die England Deutschland gewähren wird, wird England eine große Konzession Deutschlands im diplomatischen, wirtschaftlichen und zuletzt auch militärischen Kampf gegen Sowjet-Rußland verlangen. Bezahlt wird erst nach dem Kampf, und ist der Landsknecht gefallen, dann desto besser, dann erspart man das Geld.

Die Anhänger der Deutschnationalen wurden betrogen

Die gesamte deutsche Bourgeoisie ist beteiligt an dieser Politik. Aber für die sogenannte deutschnationale Opposition gibt es doch nur ein Gelächter. Die Locarno-Politik wird und wurde gemacht von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokraten ermöglichen durch ihr Bedürfnis, wieder gemeinsam mit Stresemann eine Regierung zu bilden, den Deutschnationalen für eine Zeitlang **den weiteren Betrug von Millionen Deutschen.** Die deutschnationalen Führer machen natürlich ein erbärmliches Manöver zur Deckung der Politik der Schwerindustrie, der Junker und der Banken. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) So erbärmlich dieses Manöver der deutschnationalen Führer ist, so ist es doch der Ausdruck der Tatsache, daß die diesen Werktätigen, die hinter den Deutschnationalen stehen, im Gegensatz zur Politik der deutschen Bourgeoisie keine Locarno-Politik machen wollen. **Es wird unsere Aufgabe sein, die Manöver der Deutschnationalen zu durchkreuzen und Millionen Anhänger der Deutschnationalen aus dem Lager der Reaktion an die Seite der Arbeiterschaft zu führen.** (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Differenzen in der Sozialdemokratie

In den breiten Arbeitermassen beginnt bereits das Mißtrauen gegen die Locarno-Politik der deutschen Bourgeoisie sich bemerkbar zu machen. Das kommt zum Ausdruck in den Arbeiterdelegationen, in den Hunderten von Versammlungen, in denen diese Delegationen den Arbeitern über ihre Feststellungen in Sowjet-Rußland Bericht erstatteten und sogar in der Presse der linken Sozialdemokraten.

Je offener die deutsche Bourgeoisie ins Fahrwasser der englischen Politik einschwenkt, desto mißtrauischer wird die Arbeiterschaft gegen Locarno, desto stärker wachsen die Sympathien für Sowjet-Rußland. An dieser Tatsache kann auch Herr Weis, der ruhmreiche Stadtkommandant von Berlin, der heute versucht hat, für Locarno gegen Sowjet-Rußland eine schöne Rede zu halten, absolut nichts ändern.

Die Rolle der sozialdemokratischen Führer

Es ist eine eiserne Konsequenz, daß die Sozialdemokratie, die in außenpolitischer Einheitsfront mit der Bourgeoisie steht, bereit ist, auch innenpolitisch mit der deutschen Bourgeoisie gemeinsam zu regieren. Sie haben mit der Auflösung des Reichstages gedroht; Herr Luther blieb sehr ruhig. Er rechnete mit dem Umfall der Deutschnationalen und dem Umfall der Sozialdemokraten. Er wußte, daß seit 1914 die Führer der deutschen Sozialdemokraten zusammen mit der Bourgeoisie gegangen sind, und wir sehen jene Tatsache, daß momentan die Sozialdemokratie noch nicht weiß, ob sie sich an dieser Regierung beteiligen will oder ob sie dazu übergehen will, in der Form der anonymen Koalitionspartei die Regierung zu unterstützen.

Ihre Rolle ist es auf jeden Fall, der Bourgeoisie über den Moment hinwegzuhelfen, wo es die Deutschnationalen für zweckmäßig halten, ein wenig Opposition zu machen.

Der revolutionäre Marxismus behält Recht!

Die Vertreter der revolutionären Parteien, die Vertreter des revolutionären Marxismus haben mehr als einmal in den letzten Jahren bewiesen, daß sie klarer und richtiger als die Wortführer der herrschenden Klassen erkennen, wie die tatsächliche Entwicklung verläuft. Es gab einmal eine Zeit, wo die ganze bürgerliche Welt über die Voraussagen der Bolschewiki lächelte. Noch 1916 war es Lenin und seine Freunde, die nur eine ganz, ganz kleine Schar verspotteter Emigranten waren, die im Auslande waren. Lenin sah voraus, daß der imperialistische Krieg von 1914 nur mit der Entfesselung der Weltrevolution enden könnte. Niemand glaubte daran. Die kapitalistischen Regierungen fühlten sich sicher, bis im November 1918 nach dem Weltkriege auch in Deutschland der Sturm ausbrach. Lenin sah aber zu gleicher Zeit voraus, daß die proletarische Weltrevolution nicht das Werk von 24 Stunden ist, sondern erst über eine Kette schwerer Niederlagen und Kämpfe zum Siege schreiten werde. Er sagte voraus, daß im Falle des Scheiterns der revolutionären Bewegungen unmittelbar nach dem Kriegsende **die vereinigte internationale Bourgeoisie den Versuch machen würde, auf den verschiedensten Gebieten ein Regime der grausamsten Unterdrückung der besiegten Völker, der unmenschlichsten Ausräuberung und Ausplünderung der werktätigen Massen auf der ganzen Erde durchzuführen.** Diese Voraussage ist in Verbindung mit dem Locarno-Vertrag zur Tatsache geworden.

Das deutsche Proletariat ist doppelt unterdrückt; es wird ausgebeutet von den besiegten Kapitalisten des eigenen Landes und es ist zu gleicher Zeit der Sklave des Weltimperialismus. Der Pakt von Locarno besiegelt noch einmal diese Lage des deutschen Proletariats.

Frieden und Demokratie

Die Arbeitermassen werden sich durch das Wort vom Frieden und vom neuen Zeitalter der Demokratie nicht irre machen lassen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Vom Frieden und von der Demokratie war zuletzt die Rede, als Wilson seine vierzehn Punkte aufstellte. Die Folge war der Waffenstillstand des Generals Foch und das Versailler Diktat. Mit der Losung vom Frieden und von der Demokratie suchte man den Arbeitern den Dawes-Plan schmackhaft zu machen. Heute ist das erste Dawes-Jahr vorüber. Das erste Dawes-Jahr, das nur ein Stundungs- und kein Zahlungs-Jahr war, hat bereits die Schwierigkeiten in der ganzen deutschen Entwicklung gezeigt. Das zweite Dawes-Jahr wird noch größere Schwierigkeiten bringen, weil wir 1220 Millionen Mark in diesem Jahre aufzubringen gezwungen sind, die aus den Steuertaschen der werktätigen Massen herausgeplündert werden müssen. Ueber eine Million Menschen sind bereits in Deutschland arbeitslos. Not und Hunger regieren, und der Präsident heißt Hindenburg. Die Teuerung steigt und wir sehen, daß die Regierung absolut keine Maßnahmen ergreift. Der Wucherer, die Steuerpeitsche regieren; die Kartelle und Trusts regieren — der Präsident heißt Hindenburg!

Locarno und die Arbeiterklasse

Vier Dinge bedeutet der Locarno-Pakt für die Arbeiterklasse; erstens die **Bedrohung des Friedens;** zweitens die **Stärkung** der **Reaktion;** drittens eine Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und viertens die Feindschaft der deutschen Bourgeoisie gegen Sowjet-Rußland.

Der Locarno-Pakt bedeutet eine dreifache **Bedrohung** des Friedens. Der Konflikt auf den westlichen Grenzen **wird** entbrennen, sobald **England die Stunde für gekommen hält,** mit Deutschlands Hilfe seine Gegensätze gegen Frankreich auszutragen, und der Konflikt an den Ostgrenzen **bricht los, sobald der englische** Imperialismus **die Zeit für gekommen hält,** Deutschland in den Krieg mit Polen zu hetzen. Aber nicht nur durch die unmittelbare Frage der Westgrenzen und der Ostgrenzen, durch den Zündstoff im Rheinland und im polnischen Korridor wird die Kriegsgefahr heraufbeschworen, sondern auch durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Locarno — eine Gefahr für die Arbeiterklasse

Wir haben bei Erörterung des Locarno-Vertrages nicht nur in den verschiedenen Versammlungen, sondern auch in den Gewerkschaften, in unserer Presse erklärt und wiederholen es auch von der Tribüne des Parlaments mit größter Schärfe, **daß die Annahme des Locarno-Paktes die Heraufbeschwörung der größten politischen und wirtschaftlichen Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet.**

1. Der Völkerbund — ein Instrument des Krieges

Der Völkerbund wurde auf Anregung des Imperialisten Wilson begründet, um ein Instrument des Friedens zu sein. **Aber ich glaube, noch kein Tag ist seit der Existenz des Völkerbundes vergangen, an dem nicht an irgendeinem Fleck in der Welt ein Krieg tobte, sei es in den Kolonien, sei es auf dem Balkan, sei es im nahen oder im fernen Osten.** Ich wies bereits auf eine Tatsache hin, die heute nicht mehr allein von den Kommunisten, sondern auch von vielen Führern der sozialdemokratischen Internationale, z. B. von Otto Bauer, ja sogar von den vernünftigen Politikern der Bourgeoisie anerkannt wird: der Völkerbund unter englischer Leitung ist nicht ein Friedensinstrument, sondern eine Organisation zur Vorbereitung des Angriffskrieges gegen Sowjet-Rußland.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Deutschland in der Antisowjetkoalition

Durch seinen Eintritt in den Völkerbund tritt Deutschland der Antisowjetkoalition, dem Bunde der imperialistischen Intervention gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat bei. Es ist verblüffend, mit welcher Offenheit die bürgerliche Presse bereits über die rein militärischen Fragen des Krieges gegen die Sowjetunion diskutiert. Im demokratischen „Acht-Uhr-Abendblatt" spricht der General Hoffmann darüber, in der sozialdemokratischen Presse schreibt der republikanische Polizeioberst Schülzinger verschiedene Artikel in dieser Linie.

Deutschland als Etappengebiet

General Freiherr v. Maltzahn stellt fest, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes im Kriegsfall gegen Sowjet-Rußland verpflichtet ist,

„seine kleine Reichswehr in den Kampf mit einzusetzen und das Reich zum Etappengebiet Frankreichs zu machen.

Hierzu bedarf es des Ausbaues von Etappenlinien durch das deutsche Reich von einer Längenausdehnung von etwa 800 bis 1000 Kilometer.

Die Franzosen werden mehrere Eisenbahnlinien mit ihren seitlichen Zubringersträngen für sich in Anspruch nehmen müssen und unter ihre Verwaltung stellen. Eine solche Forderung ist militärisch berechtigt. Sie muß vom Reich, welches dem Völkerbunde beigetreten ist, unbedingt zugestanden werden, da Frankreich die Sicherstellung der Lebensnotwendigkeiten seiner Frontruppen unter seine eigene Verantwortung stellen will. Frankreich wird durch Postierungen auf allen gefährdeten Stellen, wie Brücken, Ueberführungen, Tunnels usw. diese Eisenbahnlinien gegen Anschläge sichern. Auf allen Stationen werden mobile und immobile Bahnhofskommandanturen mit Wachen eingesetzt werden, welche mit ihren Ablösungen in den Ortschaften einzuquartieren und zu verpflegen sind."

Der General fährt fort zu schildern, daß die zu 40 Prozent schwarzen Truppen der französischen Armee, die aus klimatischen Gründen am russischen Feldzug nicht teilnehmen können, zu Tausenden und aber Tausenden auf die Etappenlinien im Deutschen Reich verteilt werden. Er schildert den ganzen Mechanismus des künftigen Etappengebietes in Deutschland, die Maßnahmen und Einrichtungen der imperialistischen Armee, die Verteilung von Reparaturwerkstätten für Geschütze, Tanks und sonstiges Material, Pionierparks, Munitionslager, Flieger- und Uebungsplätze. **Der Locarno-Pakt bedeutet zwar, daß ein kleiner Teil des heutigen Besatzungsgebietes durch die Entente geräumt wird, aber er bedeutet auch, daß ganz Deutschland zum Besatzungsgebiet der Zukunft wird.**

26. 11. 25

Arbeiterbrief

Ein schwieriges Problem — Der Räuber von Büschdorf — Die Sonne — Praktisches

Früher ging ich überhaupt nicht wählen. Warum denn? Es ist ja alles Schwindel, und bei den Wahlen wird am meisten geschwindelt. Was die Parteien uns armen Luders alles versprechen, das ist einfach fabelhaft. Und wenn man sich nach der Wahl auf die versprochenen Dinge besinnt, wird man nichts davon finden, und wenn man gleich mit der Wünschelrute auf die Suche ginge. Man findet nur, daß man wieder mal betrogen worden ist.

Mein Freund Karl meinte allerdings, man solle kommunistisch wählen. Aber wozu? Die Kommunisten können uns ja auch nur dann helfen, wenn sie das Heft allein in den Händen haben. Aber davon sind sie wohl noch weit entfernt. Und um bloß — wie man so schön sagt — zu demonstrieren, gebe ich keinen Stimmzettel ab. Wie gesagt, so dachte ich früher. Ich will ehrlich sein, sogar noch vorige Woche war das meine heilige Ueberzeugung.

Einmal war ich ja zur Wahl gegangen. Das war am 4. Mai 1924. Da habe ich den Herren Schiebern die Quittung dafür ausgestellt, daß sie mir während der Inflation das Hemde vom Leibe gezogen hatten. Ich dachte, das ganze Volk müßte so denken wie ich; aber es waren nur viel Millionen, die kommunistisch wählten, und da sagte ich mir: Gottlieb, du gehst nicht wieder wählen.

Am 29. November sind die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen. Ich wollte auch nicht hingehen und von diesem schönen Bürgerrechte Gebrauch machen. Aber . . . na, das will ich Euch ja erzählen.

In einem Dorfe, gleich neben dem Reit, wo ich wohne, hat ein Gemeindevorsteher, mit Namen Jänicke, eine so gute deutschnationale Ordnung gehalten, daß man jetzt nicht recht weiß, ob die in der Gemeindekasse vermißten 28 000 Mark von ihm gestohlen oder bloß durch die Bücher „gemorkelt" worden sind. Die Geschichte kennt Ihr ja, sie ist in Büschdorf passiert. Ordnung muß sein, sagte dieses Gemeindevorsteherhaupt, und ließ das Geld für Papierkörbe auszahlen, die für die Schule berechnet waren. Jedoch noch heute sucht das brave Schulmeisterlein seine Papierkörbe . . . Die Hauptsache ist — so scheint's — das Geld ist „ordnungsmäßig" locker gemacht worden für — ja, ob für Herrn Jänicke, darf man nicht behaupten; denn der Staatsanwalt prüft den Fall Jänicke, den ganzen Fall, von den 28 000 Mark bis zu den Papierkörben. Da ist es sehr wohl möglich, daß aus dem Sündenfall des altehrwürdigen Ordnungsbürgers, Fabrikbesitzer Jänicke, ein Reinfall seines Anklager wird. Wir leben doch in einer ordentlichen Republike! Als ich mir die ganze Büschdorfer Schweinerei durch den Kopf gehen ließ, sagte ich mir: Gottlieb, wenn in dieser Proletarier-gemeinde alle Werktätigen wählen gingen und rot wählten, dann könnte sie kein Ordnungshüter um ihre Steuergroschen „bemorkeln".

Gerade an dem Abend, an dem ich das dachte, bekam ich ein Lüstchen, einmal in die „Hallischen Nachrichten" zu gucken. Das ist aber ein pflaumenweiches Blatt! Darüber ein anderes Mal. Heute will ich Euch nur schreiben, warum dieses Blatt meine Ansichten über die Wahlbeteiligung gewandelt hat. Steht da am besagten Abend ein Artikel über den Wiederzusammentritt des Reichstages. Ich lese mich durch eine elend öde Faselei über die Locarno-Bauchschmerzen, die die „Regierung" in bezug auf den Reichstag habe und komme inmitten einer schwammigen Untersuchung über die Aussichten der Großen Koalition zu folgendem Satze:

„Wer in diesem Winter das innenpolitische Ressort zu versehen hat, wird unter Umständen um Maßnahmen, die sich gegen die Arbeiterschaft kehren müssen, nicht herumkommen."

Ich habe sehr lange über diesen Satz nachgedacht! Man erwartet also einen Hungerwinter, einen Winter mit großer Arbeitslosigkeit, mit Betriebsstillegungen und -einschränkungen, mit Maschinengewehren gegen Hungerleider . . . Scheint die Dawes-Sonne denn auch im kalten Winter nicht? Ich glaube, sie hat überhaupt nur in unserer Einbildung geschienen. Unsere Sonne ist im Osten aufgegangen; was man uns von der Weltsonne erzählt hat, ist durch die Praxis als bloder Schwindel entlarvt. Wo ist denn das Leben, das die Sonne der Westmächte bei uns geweckt hat? Deutschland ist nach wie vor ein Hungerland — und in diesem Winter wird man wieder um Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft nicht herumkommen, um Maßnahmen seitens des Innenministeriums! Das Hungerland wird ein Leichenfeld werden . . .

Sie sehen es voraus! Und wir? Wir fühlen auch, daß die Katastrophe immer näher rückt. Meine Freunde Fritz und Wilhelm hat sie schon erfaßt, sie sind arbeitslos und mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben. Mich und Dich kann morgen der Strudel erfassen. Uns graut vor dieser Stunde. Doch wir gähnen und gaffen und tuen nichts! Wie Blei liegt es in unseren Gliedern . . .

Ich möchte diesem Pack, das so kühl unser Elend voraussieht und zynisch von Maßnahmen gegen uns — und nicht gegen die Ursachen des Elends — spricht, eins in die Fresse hauen! Ja, das möchte ich!

Und ich werde es! Am 29. November wähle ich Kommunisten!

Als ich diesen Entschluß meiner Wirtin sagte, meinte die: „Ach, die Kommunisten können uns durch das Parlament auch nicht helfen und wollen es auf diesem Wege gar nicht; die wollen immer nur Revolution machen." „Ei," sagte ich ihr, „das ist doch fein, eine Revolution. Aber eine kommunistische, wie man in Rußland gemacht hat, ist das, was wir brauchen." Doch die Weibsbilder wollen immer gleich etwas sehen, und da sagte sie, sie wähle Sozialdemokraten, die machten praktische Politik.

Da saß ich nun wieder in der Tinte und wußte ihr nicht zu antworten. Voll grimmiger Wut legte ich mich ins Bett und träumte vom 29. November, wo ich allem Unternehmergesindel kräftig ins Gesicht schlug. Verschlafen zog ich mich am anderen Morgen an und bummelte durch die Straßen zur Arbeit. Da kam ein junger Mann auf mich zu, gab mir einen bedruckten Zettel und sagte: „Gottlieb, Sie müssen am 29. November Kommunisten wählen, weil sie gegen die bürgerliche Locarno-Politik und für die rote Arbeiterpolitik, für den Aufstieg der Sonne vom Osten her sind, weil sie den Ordnungsräubern von Deutschland bei Büschdorf das Handwerk legen wollen, weil in diesem Winter die Kommunalverbände unter kommunistischem Drucke für die Bedürftigen reichliche Unterstützungen auswerfen müssen und weil es gilt, den Klassenkampf in alle Parlamente zu tragen und dort durch gute Arbeiterpolitik der Revolution Tribünen zu verschaffen."

„Mensch," sagte ich, „das ist zuviel auf einmal, das kann ich nicht behalten. Erzählen Sie schnell nochmals von vorn!"

„Ach, das steht alles viel besser in dem Flugblatt," erwiderte er eifrig. „Lesen Sie es nur aufmerksam und handeln Sie danach."

In Betrieb ging ich gleich an jenen stillen Ort und schmökerte das Flugblatt und fand darin auch die Antwort an meine praktische Wirtin. Schnell gab ich es noch einigen Kollegen, wir besprachen es eifrig und alle meinten: „Jawohl, wir müssen Kommunisten wählen." Und als ich dann am Abend meine Wirtin überzeugt hatte, daß die Kommunisten nicht nur Revolution „machen", sondern auch praktische Politik betreiben, fühlte ich mich direkt glücklich.

Und jetzt weiß ich: Die Sozialdemokraten machen praktische Politik und vergessen oder verraten dabei die Revolution, weil sie die praktische Politik mit dem Bürgertum machen; die Kommunisten machen praktische Politik gegen das Bürgertum; sie führen ganz einfach überall den Klassenkampf, an den großen wie an den kleinen Kampffronten, sie führen zähe den Kampf auch um das kleinste Etappenziel, weil sie in diesen Kämpfen sich und die Klasse der Werktätigen zum Entscheidungskampf erziehen, das Gelände sondieren und somit die Revolution vorbereiten.

Zum Schluß will ich nun noch verraten, daß ich Euch den Brief schrieb, um Euch aufzufordern, gleich mir von früh bis abends Wahlagitation zu betreiben. Wo ich gehe und stehe, werbe ich Stimmen zum 29. November für die Kommunisten.

Macht's ebenso! Euer Gottlieb Schulze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0006

2. Locarno stärkt die Reaktion in Deutschland

Ebenso klar ist es, daß die neue außenpolitische Wendung zum Imperialismus in Deutschland selbst die Reaktion noch weit mehr stärken wird, als es bisher der Fall war. Die englischen Konferenzen haben mit einer wütenden Verfolgungstrompagne gegen unsere kleine britische Bruderpartei begonnen. Die Justiz in London hat bewundernswert von den Zuchthausrichtern in Leipzig gelernt.

Die englischen Machthaber wissen, und wir deutschen Kommunisten machen keinen Augenblick ein Hehl daraus, daß wir uns unter Aufbietung unserer letzten Kräfte, nicht nur mit den Mitteln des Wortes und der Schrift, sondern auch mit der Faust und mit denjenigen Instrumenten, die man zur Verlängerung einer kräftigen Arbeiterfaust gebrauchen kann, gegen die Anwendung des Durchmarschparagraphen verteidigen werden.

(Lebhafte zustimmung bei den Kommunisten.)

Sie wissen, daß wir Kommunisten in diesem Kampfe nicht allein stehen werden, sondern daß Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter, Millionen Arbeiter aus den freien Gewerkschaften in einer Reihe mit uns kämpfen werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

England fördert die deutsche Reaktion

Darum haben die englischen Imperialisten schon heute alles Interesse daran, das deutsche Proletariat zu unterdrücken und zu terrorisieren. Welche Kraft dient diesem reaktionären Ziel momentan in Deutschland? Zweifellos die deutsche Reaktion. **Die englische Bourgeoisie sieht Hindenburg mit Freuden an der Spitze des Deutschen Reiches.** Sie hat in Jahrhunderten gelernt, daß die beste Stütze jeder Kolonialherrschaft die reaktionären Kräfte der unterdrückten Länder sind. Die englische Presse ließ sich keinen Augenblick lang durch das Theaterspiel der Deutschnationalen täuschen. Sie weiß, daß sie mit Hilfe der indischen Maharadschahs Indien unterjocht hat, daß sie mit Hilfe der chinesischen Militaristen China unterdrückt hat, und sie will mit Hilfe der deutschen Junker und Kapitalisten Deutschland beherrschen. England setzt seine Karte nicht auf die deutsche Arbeiterklasse, sondern auf die deutsche Konterrevolution, von den Monarchisten bis zum linken Flügel der Großen Koalition.

Die unvermeidliche Folge des Locarno-Paktes ist das Wachstum der Klassenjustiz, der Vorstoß der Monarchisten, der Abbau der letzten demokratischen Rechte, die unumschränkte Herrschaft des englandfreundlichen Unternehmertums.

3. Locarno verschärft die Notlage der Massen

Die dritte Wirkung des neuen Kurses in der Außenpolitik ist — neben der Bedrohung des Friedens und der Stärkung der Reaktion — **die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Proletariats.** Die Arbeiterschaft und alle werktätigen Massen in Deutschland müssen tagtäglich ihre Existenz gegen die Lasten des Dawes-Plans verteidigen. Ihr Aufstieg wäre nur möglich durch die Abschüttelung der Dawes-Fesseln. **Der Locarno-Pakt aber bedeutet nicht einen Schritt zur Freimachung Deutschlands von der Dawes-Herrschaft, sondern er ist ein weiteres Glied im System der Massenausbeutung; er ist die logische Fortsetzung, die politische Ergänzung des Dawes-Plans.**

Das bedeutet die Verschärfung der bereits jetzt mit elementarer Kraft hereinbrechenden Wirtschaftskrise. Die amerikanischen und englischen Kredite, auf deren Hereinströmen Sie als Dank für Locarno hoffen, bedeuten nicht die Rettung, sondern nur die noch stärkere Ueberfremdung, die noch schlimmere Knechtung der deutschen Wirtschaft.

Die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse werden unter Kontrolle des ausländischen Imperialismus nicht verbessert, sondern ungeheuerlich verschlechtert. Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen wachsen in unheimlichem Tempo.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjet-Rußland

Gerade in wirtschaftlicher Beziehung ist das Verhältnis zu Sowjet-Rußland von großer Wichtigkeit für die deutsche Arbeiterschaft. **Die Fortsetzung der Rapallo-Politik, das Bündnis mit Sowjet-Rußland würde bedeuten: gegenseitige wirtschaftliche Hilfe, Getreide- und Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion, Lieferung deutscher Fabrikate nach der Sowjetunion und damit Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, Hebung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung. Durch den Uebergang zum englischen Imperialismus zerreißt die deutsche Regierung diese Möglichkeit.** Auch hierfür trägt ausschließlich die werktätige Masse in Deutschland die Kosten.

4. Sowjet-Rußland und Locarno

Ich komme jetzt zur vierten, zur historisch wichtigen Konsequenz des Locarno-Vertrages. Deutschland, das bisher in einem Verhältnis der Freundschaft der Sowjetunion stand, geht in die Reihe der Feinde Sowjet-Rußlands über. Ein durchaus bürgerliches Blatt, das uns Kommunisten heftig bekämpft, die „Berliner Börsenzeitung", kennzeichnet die Bedeutung dieses Schrittes ziemlich richtig mit den Worten:

„Die Entscheidung über den Sicherheitspakt ist die Entscheidung über die deutsch-russischen Beziehungen. **Kommt der Sicherheitspakt zustande, so betrachtet Rußland die Phase des Rapallo-Vertrages als beendet.** Wir können dann noch so oft versichern, daß wir an unseren freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland nichts ändern wollen, auch die schönsten Worte werden an der Tatsache nichts ändern, daß die russische Regierung in dem Zustandekommen des Sicherheitspaktes die Westorientierung Deutschlands erblickt und **dementsprechend handeln wird.**"

Wie gesagt, diese Darstellung entspricht vollkommen **und in allen Punkten den Tatsachen.**

Unser russisches Bruderblatt, die „Pravda", hebt mit vollem Recht hervor, daß man an einem **Wendepunkt des deutsch-russischen** Verhältnisses angelangt ist. Die Unterzeichnung des Locarno-Paktes, der Eintritt in den Völkerbund bedeutet die Beendigung engerer Beziehungen zu Rußland mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen. Ich möchte diese Tatsache an dieser Stelle mit größtem Nachdruck, im vollsten Bewußtsein **ihrer Tragweite** feststellen.

Als unser Freund und Genosse Tschitscherin hier in Berlin sehr ernsthaft auf die Folgen der Westorientierung hinwies, konnte er die Sicherheit haben, daß auch außerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands breiteste Arbeitermassen, besonders auch in der linken Sozialdemokratie, den Standpunkt des russischen Proletariats unbedingt unterstützen.

Sowjet-Rußland bleibt dem Völkerbunde fern

Um die Arbeitermassen abzulenken und zu verwirren, stellte der „Vorwärts" die lügnerische Behauptung auf, die Sowjetunion beabsichtige ebenfalls in den Völkerbund einzutreten. Ich verweise demgegenüber auf das kategorische Dementi unserer russischen Bruderpresse, das ich nach meinen Informationen nur vollständig bestätigen kann. **Die Regierung der Sowjetunion denkt nicht daran, in einen Völkerbund einzutreten, der unter englischer Führung steht und den Kriegszwecken des englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion dient.** (Bravo! bei den Kommunisten.)

Die 2. Internationale im Dienste Chamberleins

Mit den Aufforderungen an die Sowjetregierung, dem Völkerbunde beizutreten, will man den Arbeitern Sand in die Augen streuen und die Sowjetunion als Störer des Friedens hinstellen. Es ist bezeichnend, daß sich die 2. Internationale Herrn Chamberlain zur Durchführung dieses plumpen Manövers bereitwilligst zur Verfügung stellt. Aber das Manöver ist schon fehlgeschlagen. Die internationale Arbeiterklasse weiß, daß Sowjet-Rußland nicht den Krieg will, sondern den Frieden.

Sowjet-Rußland hat keinerlei imperialistische Interessen

Es besitzt und beansprucht keine einzige Kolonie. Es hat als einzige Weltmacht freiwillig auf alle Vorrechte gegenüber den jungen asiatischen Freistaaten verzichtet. Gerade weil es den Frieden will, lehnt Sowjet-Rußland den Völkerbund ab. Es ist bereit, jeden ernsten Schritt zur Einschränkung der Kriegsgefahr zu unterstützen.

Aber Sowjet-Rußland ist auch bereit, seine Unabhängigkeit bis aufs Messer zu verteidigen, wenn es angegriffen werden sollte. In diesem Kampfe werden alle klassenbewußten Arbeiter der Welt an der Seite Sowjet-Rußlands stehen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Nur die Arbeiterklasse vertritt die nationale Unabhängigkeit Deutschlands

Sowjet-Rußland lehnt den Eintritt in den englischen Völkerbund ab, weil dieser Eintritt einen Verzicht auf seine Unabhängigkeit bedeuten würde. **Deutschland kann seine Unabhängigkeit nur dann aufrechterhalten, wenn es gleichfalls auf den Beitritt in den Völkerbund verzichtet.** Aber die Interessen Deutschlands stehen heute bereits im Konflikt zu den Interessen der deutschen Bourgeoisie. Die kapitalistischen Interessen der herrschenden Klassen sind stärker als das Interesse der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands. Darum vernichten sie mit eigener Hand die Unabhängigkeit Deutschlands. Darum zerreißen sie den Rapallo-Vertrag, darum treten sie dem Völkerbunde bei.

Die Kommunisten lehnen Locarno ab

Wir Kommunisten aber rufen die Arbeiterklasse um so entschlossener zum Kampfe gegen Locarno und Völkerbund auf. Wir bekämpfen den Kurs der westeuropäischen Imperialisten aus vierfachen Gründen: weil er zum Kriege führt, weil er die Reaktion stärkt, weil er die Notlage der werktätigen Massen verschärft, weil er den Bruch mit der Sowjetunion bedeutet.

In Deutschland vollzieht sich gegenwärtig

eine Entscheidung von größter historischer politischer Bedeutung.

Die jetzige Entscheidung wird von den Geschichtsschreibern späterer Zeiten als **einer der großen Wendepunkte in der Weltpolitik der Nachkriegszeit** bezeichnet werden. Der kapitalistische Reichstag und auch die kapitalistische Regierung stimmen zweifelsohne dem Locarno-Pakt zu. Sie beschließen den Eintritt in den Völkerbund. **Mit dieser Handlung hört die deutsche Bourgeoisie endgültig auf, die Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands** zu sein.

Es gibt keine Lücke in der Geschichte der Klassen und Nationen. **In dem gleichen Augenblick, in dem die deutsche Bourgeoisie aufhört, die nationale Unabhängigkeit Deutschlands zu verkörpern, tritt eine andere Macht auf die Bühne der deutschen Geschichte, die aus eigenem Klasseninteresse sich selbst zur Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands proklamiert. Diese Macht ist die deutsche Arbeiterklasse.** Sie hat nichts mehr mit dem Nationalismus gemein. Sie bekämpft die deutschnationale Reaktion überall, wo sie auftritt. Sie will nicht andere Völker bekämpfen und unterjochen, sondern sie ist Fleisch vom Fleisch, Blut vom Blut der arbeitenden Massen aller Länder, sei es China, Persien oder Marokko, sei es Rußland, Frankreich oder England.

Die nationale Unabhängigkeit Deutschlands, für die das deutsche Proletariat kämpft ,und deren Fahne wir Kommunisten erheben, ist eine andere, als diejenige, die von Ihnen heute verraten und verkauft wird. Gerade weil die Kapitalisten und Junker das deutsche Volk verraten und verkaufen,

kann das künftige unabhängige Deutschland nur ein sozialistisches, nur ein Arbeiter-Deutschland sein.

Das kapitalistische Deutschland hat vielleicht amerikanische Wuchercredite, in jedem Fall aber die englische Knechtschaft zu erwarten und imperialistische Kriege für die Zukunft. Wir werden sehen, daß dieses kapitalistische Deutschland untergehen wird. Es wird untergehen, und wir sagen: es soll untergehen! (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wir aber rufen zum Kampf

für das unabhängige sozialistische Deutschland im freien Bündnis mit der Sowjetunion!

Die Arbeiterklasse für Rußland — die Reaktion für England

Welches sind die Kräfte, die für diese Idee kämpfen? Eine Zeitlang hatte es in Deutschland den Anschein, als seien die reaktionären Parteien rußlandfreundlich eingestellt, während unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Führer große Arbeitermassen dem Bolschewismus mißtrauisch gegenüberstanden und ihre Blicke nach England und Frankreich richteten.

Die revolutionäre Rückwirkung

Eine der großen revolutionären „Rückwirkungen" der heutigen Entscheidung wird sein, daß diese Kräfteverteilung einer tiefen Veränderung unterliegt. Die Deutschnationalen, die heute nach den Locarno-Pakt aus demagogischen Gründen ablehnen, werden schon in wenigen Monaten umfallen. Sie hassen die russische Revolution, wie auch Graf Westarp heute richtig sagte, ihr Kampf gilt dem Bolschewismus, weil sie wissen, daß ihnen das Schicksal der russischen Gutsbesitzer droht. **Das Wort Reaktion wird für alle Zukunft gleichbedeutend sein mit Freundschaft für die englischen Imperialisten und mit Feindschaft gegen die Sowjetunion.**

Das Wort Arbeiterklasse aber wird in Deutschland immer mehr die Bedeutung gewinnen: Einheitsfront mit Sowjet-Rußland und dem internationalen Proletariat, Kampf gegen den englischen Imperialismus.

Der Umschwung im Proletariat

Jeder Mensch weiß, daß sich in der deutschen Arbeiterklasse ein tiefer Umschwung anbahnt. **Neue Schichten, neue Kräfte in dem sich bildenden linken Flügel des Proletariats steigen auf.** Ein gewaltiger Prozeß der Radikalisierung der größten deutschen Gewerkschaftsverbände ist im Beginn. In den starken oppositionellen Bezirken der Sozialdemokratischen Partei entsteht eine neue politische Richtung, die das Bündnis mit den Kommunisten will.

Wir erleben bereits eine kleine Probe auf diese Entwicklung. Die sozialdemokratischen Führer zogen in die Berliner Wahlen vom 25. Oktober unter dem Banner Locarnos und des Völkerbundes. Wir Kommunisten aber kämpften unter den Losungen: „Nieder mit Locarno und dem Völkerbund", „Bündnis mit Sowjet-Rußland", „ein unabhängiges sozialistisches Deutschland". In diesem Wahlkampf, der zum erstenmal unter den Losungen „Für Locarno" oder „Für Sowjet-Rußland" vor den breiten Arbeitermassen ausgefochten wurde, haben wir hunderttausend proletarische Stimmen erobert, während die Sozialdemokraten einen Schlag erlitten. Wir, und ich glaube, auch Sie selbst, sind überzeugt, daß dieser erste Auftakt in den kommenden Monaten **eine zehnfache und hundertfache Wiederholung** finden wird. Gerade darum haben Sie ja den Reichstag nicht aufgelöst.

Wichtiger als alle Wahlerfolge ist für uns die Tatsache, daß in Deutschland — so wie es in England bereits seit längerer Zeit der Fall ist — die Arbeiterschaft zum starken Hort des Bündnisses mit Sowjet-Rußland wird.

Wir begrüßen diese

Wegscheidung.

Mögen die sozialdemokratischen Führer ihre Hetze gegen Rußland fortsetzen. Mögen sie mit Luther und Hindenburg, mit Mussolini und Chamberlain, mögen sie mit den englischen Konservativen gehen. Wir gehen mit der russischen Arbeiterklasse. Das bedeutet zugleich: mit den englischen Gewerkschaften.

Sie haben nur einen Trumpf, aber wir haben einen doppelten.

Sie haben nur die Imperialisten des Westens für sich, aber wir haben für die Sache des Proletariats nicht nur Sowjet-Rußland, sondern zugleich die unüberwindliche Macht der organisierten Arbeitermasse in jenem England selbst, mit dessen heutigen vorläufigen Herrschern Sie sich auf Tod und Leben verbinden.

Nicht Phrasen, sondern proletarische Realpolitik

Wir lehnen es ab, mit Phrasen und utopistischen Plänen den Klassenkampf zu führen. Wir stellen Ihrer imperialistischen Realpolitik nicht leere Worte entgegen, sondern eine andere, eine **proletarische Realpolitik,** die gegen Weltmächte den Kampf aufnimmt, weil sie selbst Weltmächte zu Verbündeten hat und aufsteigende Weltmächte in ihre klare, nüchterne Rechnung einzusetzen vermag.

Die rote Front

Die Front, in der das deutsche Proletariat und die KPD. steht, ist schon heute so stark, daß sie weder der Völkerbund, noch der englische Imperialismus, geschweige denn die Herren Hindenburg und Luther mit ihren sämtlichen Polizeipräsidenten und Staatsgerichtshöfen zu zertrümmern vermögen. Unsere Front, die im raschen Wachstum begriffene rote Front des deutschen Proletariats, wird durch drei gewaltige Armeen gehalten:

Erstens durch die Union sozialistischer Sowjetrepubliken, den Staat von über 120 Millionen Arbeitern und Bauern, die heute ein Sechstel der Erdoberfläche beherrschen und besitzen.

Zweitens durch alle unterdrückten und ausgebeuteten Völker, die nicht mehr mit Klagelidern und Hilferufen, sondern mit Kanonen und Flugzeugen gegen den Imperialismus kämpfen, in China, Syrien und allen arabischen Ländern, in Persien, der Türkei, Aegypten, Marokko, mit einem Worte in ganz Asien und Afrika.

Drittens durch die englische Arbeiterklasse, die sich auf dem Gewerkschaftskongreß von Scarborough gegen den Völkerbund, gegen den Dawes-Plan und für Sowjet-Rußland entschieden hat. Zwölf Vertreter der englischen Arbeiterpartei haben im Unterhaus gegen den Locarno-Pakt gestimmt. 25 Abgeordnete derselben Partei enthielten sich der Abstimmung; Millionen englischer Arbeiter sind jederzeit imstande, jede konservative oder liberale Regierung hinwegzufegen, sobald sie sich in eine geschlossene revolutionäre Bewegung setzen.

Was wir heute in England sehen, wird sich in verhältnismäßig kurzer Zeit in Frankreich wiederholen. Gerade die unlösbaren Regierungskrisen, deren jüngste sich zurzeit in Paris abspielt, werden die Revolutionierung der französischen Arbeiter und Bauern beschleunigen.

Wir glauben, daß unsere Verbündeten nicht schwach und unsere Aussichten nicht schlecht sind. Gestatten Sie mir, zum Beweis dafür einen Kronzeugen aus ihren eigenen Reihen zu zitieren. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 21. November schreibt der bekannte deutschnationale Professor Sering:

„... Eine Bevölkerung von anderthalb Milliarden Menschen setzt ihre Hoffnung auf Deutschland als den Schicksalsgenossen und auf die Sowjetregierung. Denn Rußland wendet sich nicht nur gegen den westeuropäischen und amerikanischen Kapitalismus. Rußland ist auch das einzige Imperium, das mit einem Selbstbestimmungsrecht durch Anerkennung der kulturellen Autonomie aller Fremdstämmigen Ernst gemacht und auf alle Vorrechte aus der Vortriegszeit in der Türkei, in Persien, in China verzichtet hat."

Wir bauen unsere proletarische Realpolitik auf diese anderthalb Milliarden unterdrückter Völker, auf die 120 Millionen Arbeiter, Bauern und Rotarmisten Sowjet-Rußlands, auf die 20 Millionen englischer Arbeiter auf, die sich um die Fahne der roten Einheitsfront sammeln werden.

Sie bauen Ihre Politik auf Chamberlain, Hindenburg und Mussolini, auf den morschen englischen Imperialismus auf, dessen Wirtschaft erschüttert ist, dessen Dominions sich loslösen, dessen Kolonien sich erheben und dessen Arbeiterklasse in den größten Kampf der englischen Geschichte tritt.

Weltmacht gegen Weltmacht

Zwischen diesen Standpunkten stehen zwei Weltanschauungen. Zwischen ihnen vollzieht sich das Ringen zweier Weltmächte, dessen einzig denkbare Lösung der völlige Sieg der einen und der völlige Untergang der anderen ist. Dieser Kampf wird kein leichter sein. Er wird Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern. Locarno ist in dieser Entwicklung nur eine Etappe, nur ein Blatt Papier, das so lange gültig bleibt, wie in Deutschland die Bourgeoisie herrscht. Und wir werden dieses Blatt Papier genau so zerreißen, wie die Bolschewiki den Brest-Litowsker Friedensvertrag beseitigt haben.

Wenn Sie jetzt kurz davor stehen, nach London zu fahren, so sagen wir: Gehen Sie nach London, wie Sie nach Locarno gegangen sind! Unterschreiben Sie das dritte Versailles, so wie Sie das erste Versailles von Poincaré und das zweite Versailles von Dawes unterschrieben haben!

Nieder mit Locarno!

Wir Kommunisten aber lehnen den Locarno-Pakt und den Eintritt in den Völkerbund bis zur letzten Minute vor seiner Unterzeichnung ab. Und wir werden ihn von der ersten Minute nach der Unterzeichnung an bekämpfen, seine Durchführung verhindern, seine Auswirkung zu zerstören suchen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird der deutschen Bourgeoisie die Antwort geben.

Die deutsche Arbeiterklasse wird sich gegen den Krieg erheben.

Die deutsche Arbeiterklasse wird in geschlossenen Reihen gegen die Reaktion vorgehen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird für die sofortige Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird sich mit ihren Leibern und nicht mit ihren ungeschützten Leibern vor Sowjet-Rußland stellen, um den Krieg gegen Sowjet-Rußland in den Bürgerkrieg gegen die Imperialisten zu verwandeln!

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

26. 11. 25

Für die Küche:
Wachstuche 130 cm breit . . Meter 1,50
Wundschoner . von 65 Pf. an
Reste für Küchentisch von 75 Pf. an

Für das Zimmer:
Wachstuche Tischdecken! herrliche Muster, alle Größen, Marmor und weiß Damast

Gummi
Für den Wirtschafts-Gebrauch:
Tischdecken . . . von 3,50 an
Schürzen . . . von 1,50 an
Satin-gummierte Schürzen für Damen und Kinder, in neuesten Mustern
4007
Spezial-Geschäft
Gummi-Bieder
Gr. Steinstraße, Alte Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0007

Der Raubzug der entthronten Parasiten

Wie die abgesetzten Fürsten das deutsche Volk aussaugen

Die Millionenmassen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten sinken immer tiefer in ein entsetzliches Elend hinein. Ihre Hungerlöhne und -Gehälter reichen längst nicht mehr aus, um auch nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu decken. **Der schamlose Preiswucher, die Steuern und Zölle** haben sie bereits ausgesogen bis aufs Mark. Selbst in die Reihen des sogenannten **Mittelstandes** dringt die Not immer tiefer ein. Denn neben der proletarischen Bevölkerung sind es eben die Mittelschichten in der Stadt und auf dem Lande, die die verhängnisvollen Wirkungen der großkapitalistischen Ausbeuterpolitik in Staat und Wirtschaft zu tragen haben. Geradezu entsetzlich ist **das Elend der Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Kriegskrüppel und Kriegshinterbliebenen, der Sozialrentner und der Opfer der Inflation und der „Aufwertung"**, die in dieser furchtbaren Teuerung bei den Bettelpfennigen, mit denen man sie abspeist, buchstäblich verhungern müssen.

Aber die Regierungen des Reiches und der Länder erklären sich **gegenüber allen Forderungen**, daß sie diesen Teilen der Bevölkerung helfen sollen, **es sei unmöglich, denn weder im Staate noch in der Wirtschaft sei Geld dafür vorhanden.**

Aber zu derselben Zeit haben die Regierungen den Ansprüchen der abgesetzten Fürsten gegenüber ein Entgegenkommen gezeigt, das einfach unerhört ist. Es sind **Milliardenwerte, die den abgesetzten Fürsten ausgeliefert wurden!** Bereits im ersten Jahre waren den Hohenzollern in Amerongen 70 Millionen in bar ausgeliefert worden; in der Zeit des furchtbarsten Inflationselendes, 1923, wurden ihm 24 000 holländische Gulden zugewiesen;

seit dem 1. Januar 1924 erhält der kaiserlich-königliche Deserteur allmonatlich 50 000 Mark.

Das alles von einer Regierung, in der die **Sozialdemokratie das Ministerpräsidium** inne hat!

Aehnliche „Abfindungen" haben alle anderen früheren Fürsten erhalten.

Aber jetzt haben diese abgedankten Parasiten einen **neuen Riesenraubzug gegen das deutsche Volk eröffnet**, bei dem es sich um Forderungen von insgesamt etwa

2000 Millionen (Zwei Milliarden) Goldmark.

handelt. Darunter sind Ansprüche der **Hohenzollern** von nicht weniger als 600 Millionen in Gold.

Jetzt zeigt sich wiederum, daß die herrliche deutsche Republik eine Justiz besitzt, die bis auf die Knochen monarchistisch ist. **Vom Reichsgericht in Leipzig ist das Gesetz, das im Gothaer Landtage endgültig beschlossen und von den damaligen Volksbeauftragten rechtsgültig unterzeichnet wurde, — in dem der ehemalige Herzog ohne Entschädigung enteignet wurde — in seinem Kernparagraphen für ungültig erklärt worden,** während die übrigen Artikel dieses Gesetzes in Gültigkeit gelassen wurden, weil sie nur Verpflichtungen des Staates (gegenüber den ehemaligen herzoglichen Hofbeamten usw. enthalten! Daraufhin haben die **übrigen Thüringer Potentaten ihre eingeschlafenen Prozesse wieder aufgenommen.** Bereits haben die Gerichte von Rudolstadt und Erfurt zwei Prozesse zugunsten der fürstlichen Familie von Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen entschieden, die dem Lande Thüringen wieder einige hundert Millionen kosten. **Dem ehemaligen Herzog von Sachsen-Meiningen ist die 10-Millionen-Rente, mit der er sich beim Ausbruch der Revolution abgefunden hatte, voll aufgewertet worden; die Großherzogswitwe von Sachsen-Weimar hat vor dem Schiedsgericht eine Aufwertung von 33 Prozent ihrer Jahresrente erreicht. Auch der Herzog von Sachsen-Altenburg hat erneut einen Prozeß angestrengt, in dem es sich wieder um viele Millionen handelt.**

Das Land Thüringen kann den öffentlichen Bankerott ansagen, wenn es alle diese Ansprüche seiner früheren sieben Potentaten befriedigen soll. Aber auch die anderen Länder werden in ähnlicher Weise aufs schwerste betroffen.

Und das Volk muß alles zahlen!

Jetzt erhebt sich der Schrei nach einem Reichsgesetz, das die Abfindung der ehemaligen Fürsten regeln soll. Selbst der deutschnationale Finanzminister von Thüringen, Dr. Klüchtzner, hat gegenüber der schamlosen Raubgier seiner Fürsten ein solches Reichsgesetz verlangt; selbst diesem Vertrauensmanne der Faszisten, die in Thüringen die Regierung unter ihrer Knute haben, gehen also die unverschämten Forderungen der abgedankten Parasiten über die Hutschnur.

Die **werktätigen Massen des deutschen Volkes** haben ein doppeltes Interesse daran, daß eine Entscheidung in ihrem Sinne stattfindet. **Denn sie müssen doch mit ihren Steuern, mit ihrem Hungern und Darben die Milliarden aufbringen, die den fürstlichen Schmarotzern in den Rachen geworfen werden.** Sollen sie mit ansehen, daß ihr Elend noch mehr gesteigert wird, damit diese Dynastiegesellschaft schlemmen und prassen kann!

Aber noch ein anderes muß in Betracht gezogen werden. Erst die kürzlichen Enthüllungen über die **Putschabsichten der bayrischen Monarchisten** haben wieder in aller Deutlichkeit gezeigt, wie gefährlich es ist, den entthronten Parasiten die Verfügungsgewalt über die ungeheueren Besitztümer zu lassen, die sie sich im Laufe der Jahrhunderte auf Kosten ihrer „Landeskinder" zusammengeraubt haben.

Was müssen die werktätigen Massen Deutschlands fordern?

1. Entschädigungslose Enteignung des gesamten Besitztums der ehemaligen deutschen Fürsten und aller ihrer Familienangehörigen;

Verstaatlichung ihrer Forsten, Bergwerke usw.

Verwendung ihrer Schlösser, Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude zur Linderung der Wohnungsnot, zur Errichtung von Genesungsheimen für Kriegskrüppel und Opfer der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft, von Altersheimen für Sozialrentner und verarmte Kleinrentner, von Kinderheimen und dergleichen.

Verwendung der fürstlichen Güter zur Linderung der Landnot der kleinen Bauern und Pächter.

Verwendung des enteigneten Barvermögens zum Zweck der Unterstützung der Kriegskrüppel und der Kriegshinterbliebenen.

2. Ausweisung aller ehemaligen Fürsten sowie aller Angehörigen der ehemals regierenden Fürstenhäuser aus den Grenzen des Deutschen Reiches!

Denkt auch bei den Wahlen am 29. November daran, daß die schwarzweißroten Parteien des „Ordnungsblocks" diese fürstliche Ordnung" des Millionenraubes aus den Taschen des werktätigen Volkes vertreten. Gebt ihnen eine gehörige Quittung durch

Sturz der bürgerlichen Mehrheit und Aufrichtung der Arbeitermehrheit in Provinz und Kreis!

Henko

Bei hartem Wasser
ist Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda unentbehrlich.
Henko macht das Wasser weich wie Regenwasser, verhindert die Entstehung von Kalkflecken und spart viel Seife.

Weißenfels
Für die kommendes Ostern zur
Schulentlassung kommenden Mädchen u. deren Angehörige
ladet der Arbeitsnachweis Interessenten aller Kreise zu einem 1930
Elternabend
am **Freitag, dem 27. November, abends 8 Uhr,** nach dem großen Saale des **Jugendheimes** (am Kloster) ein.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Zum Weihnachtsfeste auf Teilzahlung
Fahrräder Anz. 20,00 Mk., Wochenrate 3,00 Mk.
Sprechapparate Anz. von 6,00 Mk. an, Wochenrate von 2,00 Mk. an
Schallplatten Anzahlung pro Platte 1,00 Mk.
sämtliche Musikinstrumente, Nähmaschinen, Lederwaren Photo-Apparate, Wand- und Taschenuhren, Kinderwagen
Spielwaren 3999
Eisenbahnen, Dampfmaschinen, Bau- und Handwerkskästen Puppen und Puppenwagen
S. Neumann, Alter Markt 9

Möbel auf Kredit
und ohne 1 Deutsches Pfennig Anzahlung
erhält jeder Kreditwürdige
Abt. I
Bettstellen
Matratzen
Kleiderschränke
Küchenbüfetts
Trumeaus
Chaiselongues
Plüschsofas
Tische, Stühle
Flurgarderoben
Damen- u. Herren Garderobe
Die Anzahlung bei der Garderobe bestimmt der Käufer selbst
Abt. II
Anzüge
Paletots
Regen-Mäntel
Hosen
Kostüme
Kleider
Mäntel, Röcke
Blusen
Pelze
Hermann Liebau
Halle a. S. Merseburger Straße 22 Tel. 8617

Billig! Billig!
Schnittbohnen 2 ℔ Dose nur 60 ₰
Kirschen 2 ℔ Dose nur 90 ₰
Apfelmus 2 ℔ Dose nur 60 ₰
Sauerkraut, hochfein 2 ℔ 15 ₰
Bratheringe, Sardinen, Rollmöpse 2 ℔ Dose nur 95 ₰
Oelsardinen port. Klub 60 ₰
prima Limburgerkäse ℔ 98 ₰
Aepfel . . . von 10 ₰ an
Hering in Gelee ¼ ℔ 15 ₰
Bücklinge täglich frisch 193
sowie alle von mir geführten
Lebens- u Genußmittel
zu billigsten Tagespreisen
Hulda Hollstein
Weißenfels, Leipziger Str. 6

Konsum- u. Produktiv-Verein zu Zeitz e. G. m. b. H.
Zur Weihnachtsbäckerei
empfehlen wir:
Pa. Auszugmehl (Weizenmehl 000) *3996
Zucker, gemahlen
Ia. Schmelzmargarine
Margarine, gesalzen
Schmalz — Kokosfett GEG.
Mandeln, süß und bitter
Mandelersatz
Sultaninen — Rosinen
Korinthen — Zitronat
Safran — Vanillinzucker
Mitglieder, deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft!

Konsum- und Spargenossenschaft für den Industriebezirk Bitterfeld
e. G. m. b. H., Sitz Holzweißig
Sonnabend, den 5. Dezbr. 1925, abends 8 Uhr, in Bitterfeld im „Bürgergarten".
Ordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1924/25. Bericht des Aufsichtsrates Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Verteilung der Ersparnisse.
3. Wahl eines Ersatzmitgliedes für den Aufsichtsrat.
4. Antrag auf Festsetzung der Entschädigung für den Aufsichtsrat.
5. Ankauf eines Bauplatzes in Holzweißig.
6. Anträge der Mitglieder nach § 14 des Statuts.
*3997 **Der Aufsichtsrat**
J. A.: Robert Weiske

Oeffentliche Mahnung
Grundvermögens- und Hauszinssteuer für November d. J., Gewerbesteuer für Oktober / Dezember, sowie **Getränkesteuer** für Oktober d. J. sind innerhalb einer Woche an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen. Nach Ablauf der Frist erfolgt Zwangsbeitreibung.
Eisleben, den 21. November 1925
Der Magistrat *4015

Nur eine Anzeige
im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung
und Sie sind unser ständiger Inserent

Unübertroffene Auswahl u. Preiswürdigkeit
1931
Moderne
Damen-Hüte
Herren-Hüte und Mützen
Oskar Häring
Weißenfels, Leipziger Straße 12
(i. H. d. Färberei Rogosch)
Pelzhüte — Frauenhüte

Gewerkschaftskartell Naumburg (S.)
Freitag, den 27. Nov., abends 8 Uhr, im **„Ratskeller"**
Lichtbildervortrag über Indien
in 125 Bildern *4012
von **Theod. Meentzen, Moritzburg**
Gewerkschaftsmitglieder versäumt nicht diesen so lehrreichen und prächtigen Vortrag, welchen wir von der Volkshochschule Gera-Reuß gewonnen haben
Der Ortsausschuß des ADGB.

Auf Teilzahlung
mit wirklich leichtesten Verkaufsbedingungen aus großem Lager in allen Abteilungen
Damen-Mäntel u. -Kleider
Pelze, Schuhe, Herren-Ulster, Anzüge
Wäsche jeder Art
Wäsche- u. Konfektions-Vertrieb Halle a. S.
I. Etage Große Ulrichstr. 4/5 I. Etage
Kleine Anzahlungen
Niedrigste Abzahlungen

Wollen Sie ganz besonders billig kaufen
gegen geringe An- und Teilzahlungen?
Dann decken Sie Ihren Bedarf in neuen Holzbettstellen, Auflege- und Stahldraht-Matratzen, Kleiderschränken, Chaiselongues, Sofas, Schlafzimmer- und Küchen-Einrichtungen, Bettvorlagen usw. in solidester Ausführung **nur bei mir**
Fertige Federbetten, aus erstklassigem Material hergestellt, von **120 Mk. an.** 1066
Auswärtige Kunden werden auf Wunsch fracht- und verpackungsfrei beliefert
Emma Gräf, Weißenfels
An den Stufen 9

Achtung! Diese Woche
junges, selten fettes
Mastfleisch
Schmer, Rouladen Fett, Mettwurst Zervelatwurst, und ff. Warme
empfiehlt 1888
Dix Nachf.,
Zeitz, Scharrenstr.

Pull over
die große Mode, reine Wolle
von Mk. 4[95] an 1896
Spezialgeschäft f. Woll- u. Strickwaren
Herm. Klos
Wittenberg
Jüdenstraße 15

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Familien-Nachrichten

4027 **Danksagung**

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen, sagen wir allen Freunden und Bekannten, die sie zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank ihren Schulfreundinnen für die Kranz- und Schleierspende, Ihren Arbeitskollegen u. Hausbewohnern, dem Turn- und Musikverein, ebenfalls Dank für die Kranzspende. Herzlichen Dank dem Gen. Riedenstahl für seine zu Herz. gehend. Worte

Im Namen aller Hinterbliebenen
Familie Karl Frühauf
Halle a. d. S., Brachwitzer Str. 7

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Kurzarbeit und Kündigungen bei Reuter & Straube

(Arbeiterkorrespondenz)

Auch die Firma Reuter & Straube, Halle-Büschdorf (Eisenkonstruktionen) hat jetzt Kündigungen der Angestellten vorgenommen und die Arbeitszeit, die im Sommer gar nicht hoch genug geschraubt werden konnte, verkürzt. Eine Ueberstunde, die kürzlich wegen eines Unglücksfalles ausfiel, aber mußte an einem anderen Tage nachgeholt werden. Profit ist der einzige Gesichtspunkt der kapitalistischen Wirtschaft — mögen die Arbeiter auch in ungeheuren Scharen dabei verreden!

Die Zustände bei der Firma Reuter & Straube lassen alles zu wünschen übrig. Es gibt nicht einmal einen besonderen Waschraum, sondern derselbe Raum dient zugleich als Speiseraum. Auch für einen Fahrradschuppen hatte die Firma niemals Geld übrig, obwohl inzwischen eine neue Halle gebaut und neue Maschinen angeschafft wurden, die jetzt wohl bald zum Teil stillstehen werden. Nach wie vor tut sich besonders der Meister Fligge hervor, der die Arbeiter ständig antreibt und selbst, wenn sie austreten müssen, mit der Uhr hinter ihnen herläuft.

Auf der einen Seite Entlassungen und Kurzarbeit bei Löhnen, die zum Leben zu wenig und zum Verhungern zu viel sind, auf der anderen Seite immer stärkere Antreibung und Ausbeutung der noch Beschäftigten! Kollegen, kämpft gegen solche Zustände und denkt bei der **Wahl am 29. November** daran, daß **nur die Kommunistische Partei** sich wirklich für die Besserung Eurer Lage und für den ernsthaften Kampf gegen dieses unsinnige, mörderische System einsetzt.

Habämsa-Helden

(Arbeiterkorrespondenz)

Es ist schon geraume Zeit her, daß die Oeffentlichkeit nichts mehr von der berü—chtigten Habämsa (Hallesche Bäckereimaschinenfabrik, Inh. Rausch & Filbry) gehört hat. Die „Klassenkampf"-Artikel waren den Herren schon immer ein Dorn im Auge, wohl der beste Beweis dafür, daß sie gesessen haben! Man glaubte, den Schaden heilen zu können, indem man den Betriebsberichterstatter nach dem dreiwöchigen Streik im Mai aufs Pflaster setzte. Aber nur gemach, meine Herren, es sind noch Köpfe genug da, die die elenden Zustände in der „Habämsa" zu brandmarken wissen!

Man ist als Neuling direkt erstaunt, daß sich die Belegschaft derartige Methoden hat aufzwingen lassen. Herr Rausch, der ehemalige unabhängige Sozialisierungsminister-anwärter, hat sich inzwischen zu einem Scharfmacher durchgemausert, der in der Oeffentlichkeit schon genügend gekennzeichnet wurde. Sein getreuer Ekkehard, der Betriebsleiter Balluschinsky, ist aus ganz besonderem Holze geschnitzt. Dieser junge Mann, der nicht nur körperlich um Haupteslängen alle überragt, glaubt diesen Abstand auch auf anderen Gebieten halten zu müssen. Der Mensch fängt bei ihm erst beim Ingenieur an. Einem seiner „Sklaven" für einen Gruß zu danken, hält er für unter seiner Würde. Wie bei Wilhelm von Gottes Gnaden, so sind auch bei ihm alle Arbeiter und die kleinen Angestellten Menschen 2. und 3. Klasse. Ueber die Angestelltenverhältnisse (auf 105 Arbeiter 55 Angestellte), soll nächstens ein besonderer Artikel folgen.

Fabelhaft ist es, was sich Herr B. gegenüber den Arbeitern erlaubt. Er wendet Methoden an, die vielleicht in seiner polnischen Heimat üblich sind. 15 Minuten täglich zum Austreten, die übrige Zeit intensiv nach Stoppuhr schuften, das ist sein System, mit dem er die „Habämsa"-Proleten beglückt. Die Hände bis an die Ellenbogen in den Taschen, steht er stundenlang zur Beobachtung am Fenster und beschimpft fleißige Arbeiter als Faulenzer. Weiß dieser Mensch überhaupt mit seinen 25 Jahren, was praktische Arbeit ist? Er wäre bestimmt nicht so in die Höhe geschossen, wenn er nur ein Jahr so hätte schuften müssen, wie er es von den Proleten verlangt. Seine beste Stütze ist ihm dabei der Dreher-meister Kuyer, den hallischen Arbeitern zur Genüge von Landsberg, Firma Herbst und vor allem von der Firma Recke aus bekannt, wo er überall wegen „all zu reicher Kenntnisse und Leuteschinderei" unsanft gegangen worden ist. Von der Belegschaft wurde er „Walfisch" getauft, weil „kleine Augen, große Schnauze und immer im Tran". Das benachbarte Störtebeckerhaus zählt ihn zu seinen besten Kunden, vertilgt er doch manche Schicht seine ¾ Liter „Arzenei". So manchen Familienvater hat er durch dauernde Schinderei auf die Straße gebracht, sobald dieser sich seine dummen Quasseleien verbat. Hier wäre es Pflicht des Betriebsrats, diesem Herrn, der sich bloß durch Postenbringerei hält, mal energisch auf die Finger zu klopfen. Die Herren Balluschinsky und Kuyer mögen versichert sein, die Arbeiterschaft wird diese Helden zu gegebener Zeit nicht vergessen. Bei einer straff politisch und gewerkschaftlich organisierten Belegschaft, wie es vor dem Streik der Fall war, hätten sie sich diese Unverschämtheiten nicht erlauben dürfen

Deshalb „Habämsa"-Proleten: Organisiert Euch, lest den „Klassenkampf" und Ihr verbessert dadurch Eure eigene schwere Lage!

Die billigen Stoffe Nikolaus Schäfers!

Uns wird von einem, der sich aus dem gelben Sumpfe rettete, geschrieben:

Wir Mitglieder des Leuna-Werkvereins sind mit den billigen Stoffen und Schuhen bös angeschmiert worden, die wir durch die Anstrengungen unseres tüchtigen Nikolaus erhielten. Wir bezahlten, als bevorzugte Leuna-Lieblinge, für einen Meter Stoff 18 Mark. In einem hallischen Geschäft konnten wir bei einer Nachprüfung der Ware feststellen, daß dasselbe Tuch in gleicher Qualität für 7 Mark pro Meter zu haben war! Ebenso war es mit den Schuhen. Wir konnten die Globetrotter in Weißenfels um 2 Mark billiger kaufen. Kein Mensch glaubte das vorher. Jetzt jammert nun alles über den Hineinfall. E. M.

Aus vorstehendem Schreiben eines Werkvereinsmitgliedes geht klar hervor, daß die Unzufriedenheit in Nikolaus Schäfers Horde sehr groß ist, daß gerade durch das Stoffmanöver die Schäfchen wild geworden sind. **Es ist ein erstaunliches Pech, das die Leuna-Könige bei allen ihren Experimenten und Unternehmungen haben. Ihnen fehlt noch immer der Schlüssel zu den Massen „ihrer" Chemieproleten. Und wir können wohl getrost behaupten, daß sie ihn auch nie finden werden. Nikolaus, Dein Lämpchen brennt aber trübe!**

Nationale Prügelheiden

Michel-Werk, Groß-Kayna

Daß eine besondere Sorte von Antreibern, sogenannten „Aufsehern", bei den Michel-Werken gehalten und gezogen werden, ist allgemein bekannt, und die Fähigkeiten dieser Leute à la Dreschler werden auch nicht angezweifelt. Was sich aber das Exmeisterlein Wilhelm Schröder in der **Abteilung Ziegelei** erlaubt, bildet wohl den Höhepunkt alles Dagewesenen und das Tagesgespräch in Kayna. Dieser gewesene Meister, **der sich heute** noch einbildet, den Meister spielen zu müssen, ist nach seiner Auffassung nur da, um seinen Lohn allwöchentlich einzustreichen, Hühnerställe zu bauen, in den Ecken herumzubummeln und zu schnüffeln, und, sollte sich ein Arbeiter mal fünf Minuten verschnaufen, sich sofort auf denselben zu stürzen, ihm mit den gemeinsten Schimpfnamen zu bewerfen und mit Prügel zu drohen. Es sind bereits drei Fälle zu verzeichnen, wo dieser Rowdy tätlich gegen Arbeiter vorgegangen ist und dem betreffenden Betriebsführer gemeldet. Aber bis heute ist nichts gegen Schröder unternommen worden.

Herr Direktor Holzmann! Wo bleibt denn da Ihre „unbeteiligliche Gerechtigkeit", mit der Sie so gern prangen? Diese Vorkommnisse sind Ihnen doch bestimmt bekannt! Und Ihr „gerechter" Spruch? Wo bleibt der? — Ja, Bauer, das ist etwas anderes! Nicht wahr? Wäre dieser Schröder ein „Roter", welcher sich gegen einen National-Rowdy wehrte, so wäre er schon längst entlassen. Denn wie uns bekannt, sind rote Frontkämpfer, welche die Anpöbelungen etlicher Stahlhelmer mit der richtigen Antwort quittierten, fristlos entlassen worden mit der Motivierung: „Auf Werksboden duldet die Direktion keine Prügelei." Und im Falle Schröder, Herr Direktor Holzmann? Nun, vielleicht besinnt sich die „blinde Gerechtigkeit" noch eines Besseren?

Euch, Ihr Arbeiter der Michel-Werke, sei gesagt: Es hat keinen Zweck, in solchen Fällen den „gerechten Richtspruch" des Herrn Direktors zu suchen und zu erwarten, wie es verschiedene Kollegen getan haben, sondern nur fester Zusammenschluß aller klassenbewußten Arbeiter kann dieses mittelalterliche Prügelsystem beseitigen. Aus all diesen Fällen habt Ihr als Arbeiter die Konsequenzen für die kommende Kreistags- und Provinziallandtagswahl zu ziehen: **Wählt Kommunisten** und kämpft mit ihnen gegen dieses Ausbeuterpaat und seine Parasiten!

Verunglückte Proleten können warten

(Arbeiterkorrespondenz von Grube „Alwine")

Als vor vierzehn Tagen das Unglück beim Brückenbau in dem Massengrab „Alwine" geschah, von dem wir im „Klassenkampf" berichtet haben, wurde der verunglückte Kollege in eine Bude gebracht und der Kolonnenschieber Wichmann beauftragt, nach Hilfe zu telephonieren. Der aber hielt das nicht für nötig, und so lag der Unglückliche bis nachmittags 3/4 5 Uhr in dem Portierhaus, bis sich, als Wichmann zum Tagebau kam, herausstellte, daß dieser gar nicht telephoniert und den Unglücksfall nicht einmal der Verwaltung gemeldet hatte.

Trotz der vielen Unglücksfälle bieten sich noch immer Proleten an, daß sie Ueberstunden und Sonntagsarbeit machen wollen. **Dabei wird der Lohn ständig gekürzt.** Auch den Oberschiebern ist das Gehalt gekürzt worden, dem Stahlhelmdirektor Blau sogar um 100 Mark. Wenn der Beamtenbund nicht eingegriffen hätte, so wären von den unteren Beamten eine ganze Reihe abgebaut worden. Auch die Beamten sollten also durch ihre eigenen Erfahrungen endlich zu der Erkenntnis kommen, daß sie mit der Arbeiterschaft in eine Front gehören und diese nicht schikanieren und antreiben nur für den Profit des Unternehmers.

Kollegen, laßt doch endlich das Ueberstundenschinden, lest den „Klassenkampf", der Euch Aufklärung gibt, und nehmt Euch ein **Beispiel an den russischen Arbeitern**, die auch mit ihren Ausbeutern fertig geworden sind!

Lohntag

Ein Kapitel von der Weltfirma Reinsberger, Zeitz

Die Weltfirma Reinsberger ist schon des öfteren im „Klassenkampf" genannt worden. Ihre neueste Spezialität ist, daß sie den Arbeitern des Freitags den Lohn vorenthält. Als vor kurzem der Baudelegierte am Mittag anfrag, ob es nun heute Geld geben würde, wurde ihm erklärt, daß ihn das nichts anginge und die Arbeiterschaft erst einmal ihrer Pflicht nachkommen solle. Der Sonnabend kam heran und der Lohn war noch immer nicht ausgezahlt. Als auch am Montag die Versprechungen noch nicht wahrgemacht waren, fuhren drei Arbeiter zum Bureau, um endlich den Lohn zu holen. Nach zwei Stunden wurde ihnen unter Ach und Krach dann schließlich das Geld ausgezahlt, aber auch nur für sie selbst. Die übrigen Kameraden hatten dann immer noch das Nachsehen.

Den Kollegen, die zwar darüber schimpfen, die aber keine Konsequenzen ziehen und die zum Teil noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, rufen wir zu:

Erkennt doch an solchen Zuständen den Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft und daß die Zeit überreif ist, daß wir Arbeiter in einer großen geschlossenen Front vorrücken und uns solche Verhältnisse selbst schaffen, bei denen es nicht mehr nach dem Willen eines Privateigentümers, sondern nach dem Bedarf der Allgemeinheit geht.

Der Spitzenkandidat der SPD. in seiner Tätigkeit für die städtischen Arbeiter

Erinnerungen eines Zeitzer Arbeiters

Nach dem Tarifvertrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter von 1920 (§ 4) haben die städtischen Arbeiter an den Tagen vor Ostern, Pfingsten usw. nur sechs Stunden zu arbeiten. Jede Stunde darüber wird dem vertragsmäßigen Lohn gemäß extra gezahlt. Der **Direktor Peschke vom Elektrizitätswerk** weigerte sich, diesen Lohn zu bezahlen, und die Maschinisten und Heizer wurden beim Oberbürgermeister **Löffler**, dem Spitzenkandidaten der SPD. auf der Provinziallandtagsliste, vorstellig. Der aber konnte sich nicht entschließen und versuchte durch eine während der Arbeitszeit abgehaltene Belegschaftsversammlung im Elektrizitätswerk, an der ca. 15 Arbeiter teilnahmen, die Sache abzuwürgen. Da das nicht gelang, wurde nach Magdeburg an den Arbeitgeberverband geschrieben, der auch die Zahlung des tarifmäßigen Lohnes veranlaßte. Nach vierzehn Tagen wurden auch die durch die Belegschaftsversammlung versäumten Stunden gezahlt. Durch das Zurückbehalten des Lohnes und andere Betriebsangelegenheiten kam es, daß der Betriebsrat bei dem Direktor sehr schlecht angeschrieben war. Wenn der Direktor den Raum betrat, hielt er es nicht mehr für notwendig, zu grüßen, worauf der Betriebsrat sich ebenso einstellte. Bei der Betriebsratswahl wurde, zum Aerger des Direktors, der alte Betriebsrat wiedergewählt. Nun erst recht nicht beachten, war wohl der Gedanke des Direktors, und er lehnte die Verhandlung ab, wenn der Betriebsrat Verhandlungen über verschiedene Dinge, die geregelt werden mußten, nachsuchte. Der Betriebsrat nahm die Gewerkschaft in Anspruch, die ein Schreiben aufsetzte, daß der Betriebsrat den Direktor Peschke als seinen Vorgesetzten anerkenne. Da es darauf nicht ankam und es auch selbstverständlich war, lehnte der Betriebsrat dieses Schreiben ab. Und nun schlug Löffler, der SPD.-Oberbürgermeister, vor, **daß der Betriebsrat sein Amt niederlegen solle.** Das war wieder einmal typisch der „Kampf" der SPD. gegen die Unternehmer!

Dieselbe Sache leistete sich der sozialdemokratische Oberbürgermeister, der jetzt als Spitzenkandidat der SPD. würdig befunden wird, beim Gaswerk. Auf eine Frage, wie er mit dem Direktor des Gaswerks auskomme, antortete er, daß er nicht klagen könne, — was ein jeder verstehen wird.

Der Betriebsrat des Elektrizitätswerkes erzwang dann später, daß der Direktor mit ihm verhandeln mußte. Einige Zeit danach hatte ein Maschinist einen Maschinendefekt, dessen Schaden sich auf ca. einen Wochenlohn belief. Es konnte nicht festgestellt werden, daß der betreffende Maschinist schuld daran war. Nach einigen Tagen bekam der Betriebsrat aber ein Schreiben, daß der Maschinist verantwortlich für den entstandenen Schaden sei und daß er entlassen werde. Der Betriebsrat erbob Einspruch und ersuchte in einer Sitzung den Direktor, die Kündigung zurückzunehmen. Die Kündigung aber blieb bestehen, der Maschinist wurde kurz vor Weihnachten entlassen. Er flog, obwohl er verheiratet war und drei Kinder zu ernähren hatte. Die Sache kam vor den **Schlichtungsausschuß.** Kurz vor Weihnachten wurde dann den Stadtverordneten ein **Schreiben des Oberbürgermeisters Löffler und des Direktors Peschke** vorgelegt: das gesammelte Material, um den Maschinisten, der freigewerkschaftlich organisiert war, zu erledigen. **Der Oberbürgermeister gab seine Unterschrift, ohne mit dem Betriebsrat oder dem Maschinisten ein Wort zu sprechen.** Der Direktor hatten einen anderen Maschinisten als Zeugen mitgebracht, dessen Lakaientum bald würdig belohnt wurde. Er hatte einen Schaden im Werte von einem Jahreslohn. Der Direktor wagte es nicht, diesen Maschinisten auch auf die Straße zu werfen. Hier trat **Löffler als Helfer des Herrn Direktor Peschke** auf, um auch diesen Arbeiter auf die Straße zu werfen.

*

Am zweiten Pfingsttag arbeitete der Putzdienst acht Stunden, welche nach dem Tarif nochmals mit dem vertragsmäßigen Lohn zu bezahlen waren. Am Lohntag aber lehnte der Direktor die Zahlung ab. Die Maschinisten und Heizer klagten beim Gewerbegericht, welches entschied, daß die acht Stunden bezahlt werden müßten. Aber der Lohn kam immer noch nicht zur Auszahlung. Nachdem die Belegschaft nochmals beim Oberbürgermeister vorstellig geworden war, vergingen wieder vierzehn Tage, ehe der Lohn ausgezahlt wurde. Das war während der Inflationszeit!

In der Inflationszeit hatte der Betriebsrat mit dem Direktor auch eine Vereinbarung getroffen, Briketts für die dort beschäftigten Arbeiter ins Elektrizitätswerk anzufahren, da diese doch sowieso zum Betrieb erforderlich waren. Die Arbeiter lösten den Hausbrandschein, dieser wurde beim Elektrizitätswerk abgegeben und die Briketts angefahren, und sie holten sich die Briketts, wie sie sie brauchten und bezahlten sie dann. Bald erließ der Direktor eine Bekanntmachung, daß die Briketts nur noch für den Tagespreis abgegeben würden. Die Briketts waren aber zum Beispiel für den Preis von pro Zentner 12 Mark angefahren, mit Fuhrlohn, der Tagespreis aber war 30 Mark pro Zentner. Man wollte hier also aus den Elektrizitätsarbeitern ordentlich Nutzen ziehen. Der Direktor weigerte sich, die Bekanntmachung zurückzunehmen und die Arbeiter wurden wieder einmal beim Oberbürgermeister vorstellig. **Aber Herr Löffler teilte den Standpunkt des Direktors.** Er mußte jedoch eine klare Antwort geben und sich schließlich doch bequemen, den Direktor telephonisch zur Hergabe zum Einkaufspreis anzuweisen. Da dieser sich weiter weigerte, wurde er gerichtlich aufgefordert. Die Sache wurde einem Rechtsanwalt übergeben und nochmals der Magistrat ersucht, da die Kläger Recht bekommen würden, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen. Dann erst wurden die Briketts herausgegeben, und der Bürgermeister sah, daß er bei dem Herrn Direktor nichts zu melden hat, obwohl er die Wünsche des Herrn Direktors, die sich gegen die Arbeiter richten, so treulich zu erfüllen bemüht ist.

*

In den städtischen Betrieben (außer Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk) wurde kurz gearbeitet, auch gab es eine große Anzahl Arbeitslose am Orte. Man wollte dazu übergehen, bei dem Gas- und Elektrizitätswerk Arbeiter einzustellen. Der Betriebsrat stand auf dem Standpunkt, daß dies möglich sei, da über 48 Stunden gearbeitet wurde. Es wurde darüber abgestimmt. Vier Maschinisten und vier Heizer stimmten ab. Das Resultat war: Drei für Einstellung eines Kollegen, fünf dagegen. In der Gemeindearbeiterversammlung wurde einstimmig die Einstellung beschlossen und dem Magistrat und dem Direktor der Beschluß mitgeteilt. Der Betriebsrat machte Vorschläge und ging von dem Standpunkt aus, daß es sich darum handelte, Arbeitslose unterzubringen. Der Direktor sagte, daß es dem Oberbürgermeister gleich sei, ob 48 Stunden gearbeitet werde, ohne noch einen Mann einzustellen oder mit Einstellung des in Frage kommenden arbeitslosen Kollegen. Die Maschinisten und Heizer übten Solidarität und weigerten sich zu arbeiten, ohne daß noch ein Mann eingestellt wurde. Sie waren gewillt, den Betrieb stillzulegen. Und der Herr Oberbürgermeister, der wieder Hand in Hand mit dem Direktor arbeitete, äußerte in einer Besprechung: **„Wenn ich damals Maschinisten und Heizer gehabt hätte, wäret Ihr draußen!"** Es wurde ihm gesagt, daß doch Arbeitslose untergebracht werden sollten. Seine Antwort war: **„Der Direktor hält es nicht für notwendig, daß noch ein Mann untergebracht wird. Was macht es denn aus, wenn Ihr etwas mehr arbeitet!"**

*

In dem Betrieb wird heute eine regelrechte Streikbrechergarde herangebildet. Es besteht kein Betriebsrat mehr, keiner will dem Direktor zu nahetreten. Der Direktor verlangt jetzt sogar selbst, daß endlich ein Betriebsrat gewählt würde. Er wüßte nicht, an wen er sich wenden solle! Als der Betriebsrat bestand, da waren die Herren Löffler und Peschke indes für Auflösung desselben. Heute setzt sich auch der Oberbürgermeister ein, daß wieder ein Betriebsrat besteht.

Nicht nur die städtischen Arbeiter haben aus diesen Vorgängen zu lernen. Die gesamte Arbeiterschaft ersieht daraus, wie es mit der Liste der SPD. mit ihrem Spitzenkandidaten Löffler aussieht. Wer wirkliche Arbeitervertretung auch von den Behörden her wünscht, der

wählt Liste 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0009

Halle und Saalkreis

Achtung, Parteigenossen und -genossinnen der Ortsgruppe Halle!

Die zur Vorbereitung der am 29. Novbr. stattfindenden Wahl notwendigen Distriktsversammlungen finden für die einzelnen Distrikte an nachfolgenden Tagen statt:

Am Donnerstag, dem 26. November.

Distrikt 2: in der „Schünzel", Kl. Ulrichstraße, abends 8 Uhr.
Distrikt 11: im bekannten Lokal, abends 8 Uhr.

Am Freitag, dem 27. November 1925.

Distrikt 1: in der „Goldenen Kette", Alter Markt, abends 8 Uhr.
Distrikt 3: in der „Goldenen Kette", Alter Markt, abends 8 Uhr.
Distrikt 6: in der Produktiv-Genossenschaft, abends 8 Uhr.
Distrikt 7a: im „Südpol", abends 8 Uhr.
Distrikt 8: in „Loeß's Hof" (Freundlieb), abends 8 Uhr.
Distrikt 9 und 9a: im „Loeß's Hof" (Freundlieb), abends 8 Uhr.
Distrikt 10: im „Dreibund", abends 8 Uhr.
Distrikt 12: im „Turnerschlößchen", Grünstraße, abends 8 Uhr.
Distrikt 13: in Hübners Restaurant, Kurze Gasse, abends 8 Uhr.
Distrikt 13a: im „Turnerschlößchen", Grünstraße, abends 8 Uhr.
Distrikt 14: bei Köppchen, Unterberg, abends 8 Uhr.
Distrikt 15: im bekannten Lokal, abends 8 Uhr.
Distrikt 16: in „Lüderitzberg", abends 8 Uhr.
Distrikt 17: in der „Eiche", Körnerstraße, abends 8 Uhr.
Distrikt 19: im „Reichsadler", Trotha er Straße, abends 8 Uhr.
Distrikt 21: bei Schmidt, Wolderger Weg, abends 8 Uhr.
Distrikt 22: bei Weber, Flugplatz, abends 8.

Am Sonnabend, dem 28. November.

Distrikt 20: im „Lindenhof", Kröllwitz, abends 8 Uhr.

In Anbetracht der Wichtigkeit ist es unbedingt notwendig, daß alle Parteigenossinnen und -genossen zu diesen angesetzten Versammlungen erscheinen. Die Zehnerschaftsführer haben einzuladen.

Freitag und Sonnabend nach Schluß der Arbeitszeit Flugblattverbreitung für nachfolgende Distrikte:

1, 2, 3, 4, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22.

Das Material wird in den Distriktslokalen in Empfang genommen. Alle Genossinnen und Genossen müssen sich für diese Verbreitung bereitstellen.

Bezirks-Leitung Halle-Merseburg,
Ortsgruppe Halle.

Ein Severing-Wahlmanöver

Die polizeiliche Unterbringung Obdachloser

Die Miete für Dezember ist nicht erhöht worden. Trotzdem rebelliert die proletarische Mieterschaft immer mehr, weil die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft immer weiter fortschreitet und von Mieterrechten kaum mehr die Rede sein kann. Den größten Alarm für die Mieterschaft hat der Severing-Erlaß über die Unterbringung von Exmittierten hervorgerufen, der solche ungeheuren Härten in sich birgt, daß gerade im Winter hunderte unglücklicher Familien dem schlimmsten Elend preisgegeben werden können. Sogar in Kreisen sozialdemokratischer Arbeiter hat der Erlaß ihres Parteigenossen Severing böses Blut gemacht. Da denken die schwarzrotgoldenen Herrschaften in der preußischen Regierung, es muß vorgebeugt werden, damit diese Unzufriedenen nicht etwa in kommunistisches Fahrwasser kommen. Und so gibt Herr Severing wieder einen Erlaß heraus, der „die Härten mildern" soll.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt hierzu:

„Wie in einem gemeinsamen Runderlaß des Preußischen Innenministers und des Ministers für Volkswohlfahrt ausgeführt wird, haben die am 22. September 1925 erlassenen Bestimmungen über die Feststellung der Obdachlosigkeit und die zu ihrer Behütung anzuwendenden polizeilichen Mittel vielfach Beunruhigung hervorgerufen. Demgegenüber weisen die Minister darauf hin, daß nach der für die Polizeibehörden maßgebenden Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte gewisse Härten nicht zu vermeiden sind und daß die Nichtbeachtung dieser Rechtsprechung die Polizei gegebenenfalls Schadenersatzansprüchen der benachteiligten Vermieter aussetzen würde. Es muß daher insbesondere daran festgehalten werden, daß Obdachlosigkeit erst dann angenommen werden kann, sobald feststeht, daß die Exmittierten aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln nicht in der Lage sind, sich ein notdürftiges Unterkommen zu beschaffen, und daß ihnen hieraus eine unmittelbare Gefahr droht. Diese Feststellung wird sich indessen bei geeignetem planmäßigen Zusammenarbeiten zwischen Wohnungsamt und Polizei schon vor Vollziehung der Räumung treffen lassen. Deshalb wird die im obigen Runderlaß gestellte Forderung, daß vor Feststellung der Obdachlosigkeit zunächst die Räumung bereits erfolgt sein müsse, nicht mehr aufrechterhalten. Was die Frage der behelfsmäßigen Unterbringung anlangt, wird bestimmt, daß als Obdach nur solche Räume verwendet werden dürfen, die zur Unterbringung von Menschen geeignet sind."

Wer nun glaubt, daß die „gewissen Härten vermieden" werden, der irrt sich gewaltig. Der ganze Erlaß ist eine Phrase, hingeworfen, um vor den Wahlen schnell noch Stimmen für die Regierungsparteien zu ködern. Aber die proletarische Mieterschaft läßt nicht mehr mit sich spaßen und sich durr papierne Erlasse beruhigen. Sie wählt **Kommunisten**, die einzige Partei, die den entschiedenen Kampf aufnimmt gegen Hausbesitzerwillkür und gegen alle, die diesen Hausbesitzern dienstbar sind.

Das „Volksblatt" und Herr Jänicke

Von einem Leser des „Klassenkampf" wird uns geschrieben:

Das „Volksblatt" treibt Wahlpropaganda, natürlich auf seine Art. Wie diese aussieht, darüber folgendes:

Der Büschdorfer Gemeindekassenskandal hat auch die Leute auf dem Harz etwas aus ihrem Dämmerzustande aufgerüttelt, und man freut sich wieder einmal, Sichhaltiges in die Wagschale werfen zu können. Daß man dabei aber schließlich etwas unbedacht vorgegangen ist, ist ja nicht so gefährlich, die hiesigen treuen Anhänger der Sozialdemokratie werden es schon nicht merken, also kann man denselben ruhig ein wenig stärkeren Tabak vorsetzen. Also, man zieht über die bürgerlichen Vertreter her und auch über den „Kommunalen Verein Büschdorf", der, obwohl er, wie angegeben, gleich gegen die Höhe des Gehaltes protestiert hat, doch letzten Endes die Wahl des Herrn Jänicke propagiert und, sie dadurch bewirkt hat. Das ist alles ganz schön und richtig und wäre hiermit meines Erachtens die Sache abgetan gewesen. Nun versteigt man sich aber zu folgendem Erguß:

„Jedenfalls ist gerade durch die Büschdorfer Gemeindekassenschlamperei erwiesen, wie verlogen die Agitation des Ordnungsblocks ist, der in seinem ersten Wahlflugblatt sich nicht scheut, den alten Schwindel von der „sozialistischen Mißwirtschaft" in den Gemeinden wieder aufzutischen. Die Jüttner und Carlsson, überhaupt alle nationalen Wahlmacher, täten gut, erst einmal die erwiesene, wirkliche Mißwirtschaft, wie sie jetzt in Büschdorf aufgedeckt worden ist, zu beseitigen, ehe sie ihre vergifteten Pfeile gegen die Sozialdemokratie richten."

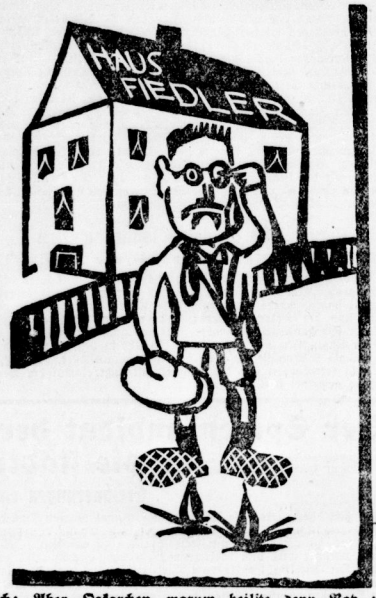
Ich frage die Redaktion des „Volksblatt", was war Herr Landrat Vogl? Sozialdemokrat! Und weiter, hat man die Wormat-Affäre schon vergessen? Was waren das für Herren, die sich auf Kosten Barmats diverse vergnügte Stunden bereiteten und demselben bei seinen unsauberen Geschäften Helferdienste leisteten? Ich nenne nur die Namen, Reichskanzler a. D. Bauer, den man sogar aus der SPD. ausgeschlossen hatte, was sonst sehr selten passieren soll, es müßten denn Rußland-Delegierte sein, den man aber später wieder mit Freuden aufgenommen hat. Dann Herr Polizeipräsident Richter sowie Herr Heilmann. Waren das nicht auch Sozialdemokraten!? Und Herr Leinert, Bürgermeister von Hannover, benötigte er nicht auch 20 000 Mark Jahresgehalt? Wiederum ein Sozialdemokrat!

Ich frage die sozialdemokratischen Arbeiter, hat eine Partei das Recht, sich so hervorzutuhen, bzw. als Unschuldsengel aufzuführen, deren prominente Führer derart mit der bürgerlichen Gesellschaft verlippt sind, daß sie nur noch bürgerliche Politik treiben können, andernfalls sie ertrochen sind? Nein, sage ich, die Herren vom „Volksblatt" sollten sich nur selbst erst einmal ein bischen näher betrachten, ehe sie ihre Unschuld in die Welt blasen.

Deshalb, Arbeiter, Angestellte, Beamte, zieht die Konsequenzen und wählt am Sonntag nur Kommunisten!

Renegat Fiedler in Nöten

Szene aus Halle oder Magdeburg



Ich: „Aber, Oskarchen, warum heilste denn Roß un Wasser?"

Der Junge: „Doch ... ooch ... nu bin ich extra von der KPD. zur SPD. iwwergetreten un jetzt hat mer mich zur Provinziallandtagswahl doch nich widder uffgestellt ... Doch ... ooch ..."

Ich: „Beruhige Dich man, Kleener. Du brauchst doch nich ze heil'n. Du hast doch jenug Diäten weck. Du hast Dei Brot un hast Dei Heischen. Nu laß doch die annern ooch erscht ämal so weit sinn ..."

„Wie Gott erschaffen wurde und wie er starb"

Vortrag der GPZ., Ortsgruppe Halle.

Gestern abend sprach im großen Saale des „Volkspark" vor etwa 650 Besuchern der Vorsitzende der Freidenker-Internationale, Professor Hartwig-Brünn (Oesterreich) über das Thema „Wie Gott erschaffen wurde und wie er starb". Der Redner verstand es, den Erschienenen die schwierigsten Probleme in durchaus populärer Weise vorzutragen, ohne dabei in irgendeiner Weise von dem klaren, wissenschaftlich-marxistischen, auf historisch-materialistischer Grundlage basierenden Standpunkt der Internationale der proletarischen Freidenker abzuweichen. Der Vortragende bewies eindeutig an Hand der jeweiligen Kulturstufe und Lebensweise der Menschen **die Entstehung, die fortwährende Wandlung und schließlich die Verflüchtigung des Gottesbegriffes,** um im Schluß seiner Ausführungen besonders die durchaus **politisch-reaktionäre Rolle der Kirche** als eines Mittels für die herrschende Klasse, das Proletariat nur um so besser ausbeuten zu können, daß — mit einem Wort gesagt — die Staatskirche eine politische Machtorganisation im Dienste der herrschenden Klasse ist. Starker Beifall lohnte den Redner.

Im Anschluß an den Vortrag fand eine längere interessante **Diskussion** statt, an der sich auch ein Pfarrer beteiligte. Nach dem **Schlußwort** des Referenten fand die interessante Versammlung kurz nach 12 Uhr ihr Ende.

Urlaub für die Kandidaten

In einem zugleich im Namen des preußischen Finanzministers ergangenen Runderlaß des Ministers des Innern werden die Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung angewiesen, für die bevorstehenden Provinziallandtagswahlen am 29. November d. J. den unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeitern, die sich um einen Sitz im Provinziallandtag bewerben, den für die Vorbereitung ihrer Wahl erforderlichen Urlaub zu erteilen, soweit es die dienstlichen Interessen gestatten. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst hierzu mitteilt, macht der Erlaß die Kommunalbehörden auf diese Weisung mit dem Ersuchen aufmerksam, hinsichtlich der im Kommunaldienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter nach demselben Grundsatz zu verfahren.

Ein mißhandelnder Lehrer und ein verständnisvoller Staatsanwalt

Wir berichteten im Juli von dem Fall Deparade aus Lettin, der den Proteststurm der gesamten Lettiner Arbeiterschaft hervorgerufen hatte. Dort war ein Schulknabe von seinem Lehrer derart geschlagen und mißhandelt worden, daß ihm der Arm gebrochen wurde und er auch sonst nur mit vielen Beulen und Quetschungen davonkam.

Die Eltern des Kindes haben selbstverständlich Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt, in der Annahme, daß der Herr Lehrer, der eine treudeutsche Gesinnung aufweist, seine eigenartige Erziehungsmethoden mit einer gerichtlichen Strafe ausgetrieben bekommt. Aber es hieße einen deutschen Staatsanwalt zu hoch einschätzen, wenn man glaubte, daß eine Verurteilung des Lehrers erfolgen würde. Aber nicht einmal die Festsetzung eines Termins geschah, sondern die Klage wurde von der Staatsanwaltschaft abgewiesen unter einer Begründung, die die ganze Prügelideologie unserer Justizmänner zeigt. Wir veröffentlichen infolgedessen den gesamten Wortlaut dieser Begründung, nach der es feststeht, **daß in Zukunft jeder Lehrer das Recht hat, Arbeiterkindern den Arm zu brechen,** sie zu ohrfeigen und sonst etwas mit ihnen anzustellen. Die Begründung lautet:

Der Oberstaatsanwalt.
2/5 J. 1055/25.

Halle (Saale), den 29. September 1925.
Fernsprecher 6847.

Zur Anzeige vom 7. Juli 1925

Ich habe das Verfahren gegen den Lehrer Röber wegen Körperverletzung eingestellt.

Die Ermittlungen haben folgenden Sachverhalt ergeben:

Der Beschuldigte hatte die Kinder angewiesen, sich auf ihren Plätzen ruhig zu verhalten. Gleichwohl entfernte sich Stellmacher von seinem Platze und erhielt deshalb von dem Lehrer zwei Ohrfeigen. Bald darauf verließ Ihr Sohn seinen Platz. Er sollte daher bestraft werden. Der Beschuldigte faßte ihn hinten am Rockkragen und schob ihn vor sich her nach dem Katheder zu. Schon hierbei widersetzte sich der Junge und schrie laut. Der Beschuldigte versuchte nun, ihn über die Bank zu legen, wobei er sich mit Händen und Füßen wehrte. Infolge des Sträubens rutschte er nach der Darstellung seines Mitschülers Thielemann von der Bank herunter auf die Sitzplätze. Nunmehr nahm der Beschuldigte Ihren Sohn zwischen seine Beine und versetzte ihm einige Stockschläge über das Gesäß. Sodann führte er ihn auf seinen Platz zurück, indem er ihn am Nacken faßte. Da inzwischen der Regen aufgehört hatte, sollte auf dem Hofe wieder gespielt werden. Ihr Sohn stellte sich abseits. Der Lehrer fragte ihn, ob er nicht mitspielen wolle. Ihr Sohn antwortete „Nein", deshalb erhielt er ein paar Ohrfeigen. Ihr Junge äußerte nun, daß er es Ihnen sagen würde. Bevor der Beschuldigte ihn schlagen konnte, lief er fort, dem Hofausgange zu, und Röber hinter ihm her. Als Ihr Junge im Begriff war, die Tür zu öffnen, faßte ihn der Beschuldigte am Kragen. Dabei fiel Röber hin und riß den Jungen mit sich. Sodann führte er ihn in das Schulzimmer.

Nach diesem Sachverhalt ist es unrichtig, daß der Beschuldigte Ihren Sohn in „bestialischer Weise geschlagen, gestoßen, getreten und gegen die Tür sowie zwischen die Bänke geworfen hat". Der Junge ist vielmehr infolge seines Sträubens von der Bank gerutscht. Ob er sich bei diesem Fall oder bei dem gemeinsamen Sturz mit dem Lehrer den Armbruch zugezogen hat, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Nach den Bekundungen einiger Mitschüler hat Ihr Sohn schon über den Arm geklagt, als er auf dem Hofe mitspielen sollte. Davon hat er aber nach seiner eigenen Darstellung dem Lehrer nichts gesagt, wie er überhaupt sich dahin ausgelassen hat, daß er wegen Schmerzen an der Backe und an der rechten Kopfseite nicht habe mitspielen wollen und daß er die Schmerzen am Arm zum ersten Male auf dem Wege vom Hoftor nach dem Schulzimmer gespürt habe. Es kann aber dahingestellt bleiben, wo sich der Unfall ereignet hat, denn in keinem Falle kann der Lehrer hierfür verantwortlich gemacht werden, weil es sich weder um eine vorsätzliche noch um eine fahrlässige Körperverletzung, sondern nur um einen unglücklichen Zufall handelt. Auch die Schwellungen im Gesicht und die Beule sowie die Schmerzen im Leibe können die Folgen des Sturzes sein, jedenfalls haben die Ermittlungen eine Körperverletzung in dieser Richtung durch den Beschuldigten nicht ergeben. Es konnten nur die in dem geschilderten Sachverhalt angegebenen Handlungen des Lehrers festgestellt werden. Durch diese hat er aber sein gesetzliches Züchtigungsrecht in keiner Weise überschritten, wie dem Beschuldigten überhaupt von seinem Vorgesetzten und seinem Kollegen das Zeugnis eines eher zu milden als zu strengen Lehrers ausgestellt wird. Das Verfahren war somit einzustellen.

J. A.: Bodenburg.

Aus diesem Schriftsatz geht vor allem einmal hervor, daß der „Herr Lehrer" wegen der geringfügigsten Antwort Ohrfeigen auszuteilen pflegt. Außerdem hält es der Herr Staatsanwalt Bodenburg für richtig, daß sich Schulkinder willig schlagen lassen, denn es heißt bezeichnenderweise, als der Junge äußerte, er wollte es seinem Vater sagen: „Bevor der Beschuldigte ihn schlagen konnte."

Wenn hier nicht von Klassenjustiz gesprochen werden darf, dann gibt es wohl keine Argumente dafür.

Die Arbeitereltern aber werden die Lehre ziehen, daß gegen prügelnde Schulhelden die Justiz des demokratischen Staates kein Recht gewährt, daß ihre Kinder schutzlos der Willkür hakenkreuzlerischer Schulmänner und höhnender Staatsanwälte preisgegeben sind und daß in dieser Gesellschaftsordnung, wo die schwarzweißrote Gesinnung herrscht, dem Arbeiter und seinen Kindern niemals Recht werden wird. Darum weg mit dieser Schule und mit dieser Justiz.

Am 29. November aber denkt an all das, Ihr Saalkreis-Proleten, was man Euch zugefügt hat, und wählt einstimmig Kommunisten!

Boykott!

In der letzten Woche sind aus unserm Leserkreise zahlreiche Anfragen eingegangen: Warum über die CT.- und Ufa-Lichtspiele der Boykott verhängt worden sei?

Daraus geht hervor, daß nicht alle „Klassenkampf"-Leser unsere Aufforderung hierzu in der Ausgabe vom 14. November gelesen haben. Wir geben diese deshalb nachstehend nochmals bekannt. Die Lichtspieltheater haben über den „Klassenkampf" den Boykott verhängt, weil:

1. der „Klassenkampf" als einzige Zeitung es wagt, die nationalistischen Filme, die mit besonderer Vorliebe die Direktion der CT.-Lichtspiele bringt, dementsprechend unter die Lupe zu nehmen;
2. der „Klassenkampf" in seiner Ausgabe vom 9. d. M. eine Notiz aus Berlin wiedergegeben hat: „Das Filmunternehmen der Ufa vor dem Bankrott".

Unsere Aufgabe ist es nun, diesen Schlag der hochmütigen Direktionen kräftig zu parieren. **Wie kann dies geschehen? Nur dadurch, daß wir mit gleicher Münze zahlen.**

In allen jetzt stattfindenden Veranstaltungen der KPD. muß auf diesen Boykott hingewiesen werden. In den Betriebsbelegschaften, Gewerkschafts- und RFB.-Versammlungen usw. muß die kategorische Aufforderung erfolgen, diesen Boykott strengstens zur Durchführung

Heute Koenen-Versammlung!

Thema: Weshalb muß Sachsen eine rote Provinz werden?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0010

zu bringen. Nur dann, wenn wir demgemäß verfahren, wenn die gesamte hallische Arbeiterschaft, mit Unterstützung der aus der Provinz, geschlossen hier handelt, wird es uns gelingen, den reaktionären Herrenstandpunkt dieser Direktionen, die zum Teil ihre Standesherkunft längst vergessen haben, zu brechen. Die Anzeichen dafür sind bereits da, man operiert in der übrigen hallischen Presse mit dem Schwindel, daß das Haus stets ausverkauft sei! Dem ist selbstverständlich nicht so, sondern man merkt bereits im Geldbeutel unsere Boykott-Erwiderung.

Deshalb: Wer mit uns der Meinung ist, daß sich der „Klassenkampf" nicht vorschreiben lassen darf, wie er über monarchistische Filme und ähnlichen Kitsch denkt oder es ihm verboten sein soll, eine allgemeine Mitteilung über ein Filmgesellschaft wiederzugeben, **der meide die C.T.-Lichtspiele** auf dem Riebeckplatz und Große Ulrichstraße, **wie die Ufas,** Leipziger Straße und Alte Promenade.

Keinen Groschen diesen Unternehmungen!

Hallische Tageschronik

Proletarische Kultur-Vereinigung Halle

Am 27. November, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" die Uraufführung des Schauspiels „Material Mensch" statt. Der Verfasser wurde 1915 deutscher Soldat, trieb sich dann auf Allerhöchsten Befehl in Frankreich, Rußland, Italien herum, 1916 wurde er nach Palästina kommandiert und mußte, 11 000 Meilen der Heimat entfert, die deutschen Grenzen verteidigen. Er wurde als Arbeitstier des internationalen Kapitals beim Bagdadbahnbau beschäftigt. In welch raffiniert abscheulicher Art das geschah, ist wahrheitsgemäß in „Material Mensch" niedergelegt. Ort der Handlung ist die Ansiedlung Kora-Punar.

Programme sind im Vorverkauf in sämtlichen Filialen des Allgemeinen Konsum-Vereins, im Verbandsbureau der Zimmerer, Harz 42/44, Zimmer 10, und bei allen Mitgliedern der Vereinigung zu haben.

Schüsse und Steinwürfe auf fahrende Züge

In der letzten Zeit wird wieder häufiger auf fahrende Personen- und Schnellzüge geschossen oder mit Steinen geworfen. Von der Reichsbahn wird dieser Unfug, durch den nicht nur Eisenbahnfahrzeuge beschädigt, sondern auch Reisende verletzt werden können, mit allen Mitteln bekämpft. Es wird u. a. jeder Fall unverzüglich der Polizei gemeldet und jede Maßnahme zur Verfolgung und Ermittlung der Täter ergriffen. Das Interesse der Verkehrssicherung erfordert es, daß auch das Publikum das Bestreben der Reichsbahn, dem Unfug zu steuern, nach Möglichkeit selbst unterstützt. Die Schulleitungen und Eltern werden gebeten, die Kinder auf das Verwerfliche derartiger Handlungen hinzuweisen, ihnen das Werfen mit Steinen und Bällen und den Gebrauch von Schleudern und Luftbüchsen in der Nähe des Bahnkörpers zu verbieten und etwa ermittelte Täter zu bestrafen.

Ein neuer Flughafen?

Es ist das Gerücht aufgetaucht, daß Halle in Reideburg einen neuen Flughafen erhalten solle. Der Magistrat teilt hierzu mit, daß diese Meldung „noch verfrüht sei", da Beschlüsse der städtischen Körperschaften darüber noch nicht vorliegen.

Merkwürdig bleibt bei alledem, daß die Absicht, einen neuen Flugplatz zu bauen, immerhin besteht, und daß dafür auch Geld vorhanden zu sein scheint, während für den Bau von Arbeiterwohnungen nach wie vor nichts übrig ist.

Städtische Säuglings- und Kleinkinderberatungsstunden

finden jeden Wochentag, vormittags ½9 bis 10 Uhr, statt, und zwar: Montags in der Schule, Freiimfelderstraße; Dienstags im Kinderhort, Lauchstädter Straße 28; Mittwochs im Gesundheitsamt, Schmeerstraße 11; Donnerstags im Kinderhort, Böllberger Weg; Freitags im Kinderhort Bürgerpark, Seebener Straße; Sonnabends in der Kinder-Poliklinik, Franzosenweg.

Eine amtliche Viehzählung

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, findet am 1. Dezember d. J. im Deutschen Reich eine amtliche Viehzählung statt, die sich auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenstöcke (Bienenvölker) erstreckt. Die Zählungen dienen nicht irgendwelchen steuerlichen, sondern lediglich statistischen und volkswirtschaftlichen Zwecken, insbesondere zur Erkenntnis der Lage der Landwirtschaft und der Viehzucht. Es ist unbedingte Notwendigkeit, daß den ehrenamtlich tätigen Zählern erschöpfende Angaben über die vorhandenen Viehbestände gemacht werden. Wissentlich falsche oder unvollständige Angaben werden gerichtlich verfolgt. Eine Erhebung der Hausschlachtungen, wie sie im vergangenen Jahre vorgenommen wurde, findet bei der diesjährigen Zählung nicht statt.

* **Arbeiter-Samariter!** Am Freitagabend pünktlich 8 Uhr haben alle Mitglieder in der alten Volksschule zwecks Weihnachtsbesprechung zu erscheinen. Erscheinen der Kassierer ist Pflicht.

Kriegsbeschädigte und Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag

Aus Hohenleipisch wird uns von einem Kriegsbeschädigten geschrieben:

Kürzlich fand hier die **Hauptversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen** statt. Kamerad **Philipp** (Kreisverbandsvorsitzender und Mitglied der SPD.) hielt in kurzen Zügen ein Referat über die **Bedeutung der am 29. Novbr. stattfindenden Kreistags- und Provinziallandtagswahlen.** Nach Ansicht Philipps hat der bisherige Kreistag ein sehr warmes Herz für die Opfer des Krieges gehabt, ganz besonders zu der Zeit, als die Stimme des Landrats Vogl ausschlaggebend war. Ph. meinte, daß man über Landrat Vogl urteilen möge wie man wolle; er könne nur Gutes über ihn reden. Er bezweifelte, daß jemals der kommende Kreistag soviel übrig haben werde. Die Liste der Bürgerlichen enthalte eine Anzahl Gemeindevorsteher, die in manchen Orten in Fürsorgeangelegenheiten zuungunsten der Kriegsopfer entschieden haben. Es müsse ein Linksblock geschaffen werden. Kommunisten und Sozialdemokraten müßten eine Einheitsfront bilden. (Warum sagt er dann nichts zum Listenverbindungsangebot der KPD. an die SPD.? D. Red.) Er nannte die Spitzenkandidaten seiner Partei, u. a. auch einen gewissen Hugo Vogel aus Elsterwerda, der im Oktober 1923 zu feige war, unter einen Aufruf an die revolutionäre Arbeiterschaft, der nur eine Einheitsfront herstellen sollte, seine Unterschrift zu geben. Seine Partei habe auch ihn (Philipp) auf die Liste der Sozialdemokratischen Partei an sechster Stelle aufgestellt. Wenn nun die Mitglieder des Reichsbundes bei der Wahl in ihn ihr Vertrauen setzen, so werde er nur die Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen vertreten. Er wisse schon im voraus, daß er dafür von seiner Partei manche Nackenschläge bekommen werde, aber er wolle nur Sozialpolitik betreiben. Für ihn komme nur die politische Neutralität (!!) in Frage. Hierauf habe er seine Partei schon im voraus aufmerksam gemacht. (Deshalb wahrscheinlich an so „aussichtsreicher Stelle"!)

Im Grunde genommen, sollte diese Aufmachung des Referates nichts weiter bedeuten als Stimmungsmache für die SPD. In der **Diskussion** sprach der Kamerad Engelmann (KPD.), der die verwässerten Ausführungen Philipps zerpflückte. Er warnte die Mitgliedschaft, sich wieder vor den Wahlkarren der SPD. spannen zu lassen. Eine, politisch gesehen, arbeiterfeindliche Partei hat kein Recht, um die Stimme der Kriegsopfer zu werben. Es ist bedauerlich, daß der Kamerad Philipp, wenn er es ehrlich meint mit den Kriegsopfern, seinen Namen von einer **korrupten Partei mißbrauchen läßt.** Kamerad Engelmann stellte die Frage, was Ph. eigentlich unter **„politischer Neutralität"** versteht. Gerade die Kriegsopfer betreiben viel zu wenig Politik; darum ist auch eine gewisse politische Rückständigkeit zu verzeichnen. In welcher Beziehung der vergangene Kreistag, besonders aber der Landrat Vogl in politischer Hinsicht sein „warmes Herz" hat schlagen lassen — darüber konnte Kamerad Philipp keine Aufklärung bringen. Kamerad Engelmann hat Dokumente in Händen, wo er persönlich um ein geringes Darlehn nachsuchte. Da hat die „Fürsorgestelle", besonders aber der Landrat Vogl, seine „Milbtätigkeit" walten lassen. Landrat Vogl sah wohl ein, daß Rente und Lohn zusammen viel zu niedrig sind, so daß in diesem Falle eine Bedürftigkeit vorliegt. Jedoch handelte er nach dem Grundsatz: Willst Du „Gottes Sohn" sein, so hilf Dir selber. Obwohl Kamerad E. seine Rente verpfänden wollte, konnte man ihm kein Darlehn gewähren, weil nach Ansicht Vogls keine Gewähr vorhanden gewesen sei, daß er dieses Darlehn wieder zurückzahlen könnte. Der **Kreissparkassenskandal in Liebenwerda** hat den Kameraden Engelmann eines Besseren belehrt; **da konnte der Herr Landrat in großen Mengen Gelder verleihen.** Diese Darlehnsangelegenheit des Kameraden Engelmann sieht nicht vereinzelt da. Vielen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ist unter derselben Ausrede die Tür gewiesen worden. Vom März bis September hat es gedauert, ehe E. ein geringes Darlehn von 250 Mark erhalten konnte. Es sei ein harter Kampf gewesen, den er mit der Fürsorgestelle bzw. mit dem Herrn Landrat zu führen hatte. Erst nachdem der Kamerad Engelmann keinen Ausweg mehr wußte, hat er seine Angelegenheit der kommunistischen Kreistagsfraktion unterbreitet. **Hier ist es ganz besonders der Spitzenkandidat der kommunistischen Kreistagsliste (Naumann-Mühlberg) gewesen, der die Notlage des Kameraden Engelmann einzuschätzen wußte und auch dementsprechend im Kreisausschuß vertreten hat.**

Hiergegen machte Kamerad Philipp belanglose Einwendungen, als wenn es unstatthaft sei, einem Kreisausschußmitglied, zu dem man Vertrauen hat, seine Notlage zu unterbreiten. Naumann, als Kreisausschußmitglied, sei ein Beamter des Kreises, und es sei „unschön", in diesem Falle seinen Namen zu nennen. Hiermit glaubte Philipp, die Ausführungen des Kameraden Engelmann abschwächen zu können, was ihm jedoch nicht gelang. Kamerad Engelmann kam dann noch auf das Angebot der KPD., betr. Listenverbindung mit der SPD., zu sprechen. Die Führer der SPD. wollen ja gar keine Einheitsfront. Das beweist ihre Stellungnahme zur Listenverbindung.

Bei der diesmaligen Wahl müssen die Kriegsopfer ganz besonders ihre Werbekraft einsetzen, um nur solche Vertreter in das Parlament hineinzubekommen, die sich nicht scheuen, für ihre Ueberzeugung auch in das Gefängnis geworfen zu werden. **Auf der Liste der Kommunisten steht an zweiter Stelle der Schwerbeschädigte Kamerad Paulik (Mückenberg), an dritter Stelle der Kriegsinvalide Kamerad Prüser (Prösen). Beide sind Mitglieder des Reichsbundes und stehen an aussichtsreicher Stelle, um die Interessen der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen, sowie der gesamten Arbeiterschaft vertreten zu können.**

Alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen geben daher am 29. November ihre Stimme der Liste der Kommunisten!

So muß der Stimmzettel zur Provinziallandtagswahl aussehen!

Nr.	Parteikennwort	Gruppenkennwort	Nr.	
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	—	1	○
2	Kommunistische Partei Deutschlands Lüttich — Holzweißig — Koenen — Bentwitz	—	2	⊗
3	Deutsche Demokratische Partei	—	3	○
4	Zentrumspartei	—	4	○
13	Nationaler Ordnungsblock	Sachliche Arbeit	13	○
14	Sparer und Rentner	—	14	○
15	Völkische Liste d. Deutsch-Sozialen Partei	Völkischer Block	15	○

Amtsbezirk Dieskau

Wahldemonstration. Am Sonntag, dem 29. November, findet eine Wahldemonstration durch den gesamten Bezirk statt. Pflicht aller klassenbewußten Arbeiter ist es, sich hieran zu beteiligen. Die Demonstration beginnt mittags 1 Uhr in Canena. Alles hat zur Stelle zu sein.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute abend 8 Uhr in der Jugendherberge Weingärten Musikübungsstunde.
Freitag, ½8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft gemeinsamer Gruppenabend.
Sonntag vormittag 8 Uhr Treffen in der Produktiv-Genossenschaft. Der Grosse muß erscheinen. Am Abend Unterhaltungsabend und Bekanntgabe der Wahlresultate.

Sportgenossen! Werbt eifrig für den „Klassenkampf"

Verantwortlich: Max Ledemann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Willy Bornack, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Achtung! Die hallische Arbeiterschaft boykottiert die C.T.- u. Ufa-Lichtspiele!

Helden an Rhein und Ruhr

Momentbilder und Bruchstücke aus dem Leben und den Kämpfen der Ruhrarbeiterschaft im Jahre 1923

15]

Von Peter Potter

Weitere Streikepisoden

Verschiedene andere Vorkommnisse, die besonders für das Verhalten und die Methoden der staatlichen „legenannten" Sicherheitsorgane gegen die streikenden „Helden an Rhein und Ruhr" bezeichnend sind, sollen hier nicht vergessen werden.

Da der Schauplatz des nachstehenden Vorfalls der Sitz der Streikleitung war, sei vorher eine Beschreibung eingefügt, die das Leben und Treiben in einem Streiklokal veranschaulichen soll.

*

Diese richtigen, räucherigen Parteilokale!

Abgesessene Holzbänke und wurmstichige Tische. Ein ständiger Bier- und Schnapsgeruch, der sich durch Jahrzehnte erhält. Immer gefüllt in den Abendstunden, überfüllt an den Sonntagen.

Ein Ort, an dem das Elend des einen den anderen noch interessiert. Wo die arbeitenden Menschen Erholung suchen. Wo manche sich betrinken . . .

Wo die Mehrzahl eine Arbeit leistet, die der Bürger nie verstehen wird. Der Bürger, der nicht die Mühseligkeiten der Organisationsarbeit im Proletariat kennt. Der nie begriffen hat, daß die Hauptarbeit der Arbeiterbewegung in der Diskussion von Mann zu Mann in der Einzelaufklärung, in der Beratung in tausenderlei Fraktionen, Verbänden und Vereinen vonstatten geht.

Hier sanden sie sich zusammen, die Funktionäre der Parteien. Tausendmal drückten sie sich die schwieligen Hände, saßen lange Stunden auf den harten Bänken, diskutierten über die Taktik, über die Tagespolitik, über Bildungs- und Organisationsfragen.

Können diese Bänke, diese paar engen, armseligen Räume nicht ein ganzes Stück Weltgeschichte erzählen?

Sie sahen die ersten Spartakusleute im Krieg.
Sie sahen die ersten Arbeiter- und Soldatenräte.
Sie sahen die Notgardisten des Kapp-Putsches.
Es klirrten die Gewehre in ihnen. Unzählige Sitzungen über kleine und große Fragen des Arbeiterlebens wurden hier abgehalten. In ihnen wurden die Grundsteine zu den großen Entschlüssen der Partei gelegt, die das bürgerliche Polizeisystem in seinen Wurzeln erschütterten.

Sie bargen Verwundete und Tote. Reichswehr tobte in ihnen wie Vandalen.

Sie wurden Faktoren der Erziehung auch der Kindergruppen, der revolutionären Jugend. Frauen berieten in ihnen, wie sie die Masse ihrer Klassengenossinnen erfassen konnten.

Mancher 1. Mai wurde hier im stolzen Bewußtsein revolutionärer Zukunftshoffnungen gefeiert. Manche Totenfeier hat das revolutionäre Proletariat hier abgehalten . . .

*

Da war z. B. die Wirtschaft Y, der Sitz der Streikleitung.

Sie glich in den ersten Tagen einem Heerlager.

Die ersten Aufrufe wurden hier verfaßt. Die ersten Direktiven zur Bildung der Kampfleitung gingen von hier in die Streikbezirke. Hunderte von Arbeitern drängten sich im Laufe des Tages in ihren Räumen. Kleinbürger, die etwas „erfahren" wollten, Frauen, die ihren Männern Essen brachten und andere mehr.

Zahllose Kuriere gingen aus und ein. Hier schlang schnell einer einen Topf Wassersuppe herunter, während die andere Hand schon wieder die Lenkstange des Fahrrades umspannte. Dort schlief ein Uebermüdeter fest auf einer Holzbank

Niemand kam ohne Ausweis in das Sitzungszimmer. Ununterbrochen ging das Telephon. Die Meldungen von den Schachtanlagen häuften sich. Die war in den Streik getreten, jene hatte Zusammenstöße mit der Polizei gehabt.

Hier schlug das Gehirn der Bewegung. Von hier gingen strahlenförmig Befehle, Direktiven und Anweisungen heraus. Hier strömten die Berichte zusammen.

Eine stets in Bereitschaft liegende Hundertschaft der streikenden Arbeiter sorgte für mustergültige Ruhe und Ordnung. Ihre Mitglieder durften laut strengem Befehl keinen Tropfen Alkohol zu sich nehmen.

Und das wurde durchgeführt.

Sehr selten wurde überhaupt ein Betrunkener gesehen. Wenn dann Zureden nichts half, wurde er an die frische Luft gesetzt. Die proletarische Bewegung duldet in Tagen des Kampfes keine Disziplinlosigkeiten.

So fiel es fast stets auf, wenn unter den streikenden Arbeitern an der Theke irgendeine Person auftrat, die besonders viel Bier oder Schnaps zum Besten gab. Die revolutionären Arbeiter hatten eine feine Nase und merkten schnell, was los war.

Lange wurde der verdächtige Kunde beobachtet und plötzlich sah er sich von einer Anzahl Kumpels umgeben, die ihn höflichst ersuchten, den Inhalt seiner Taschen vorzuzeigen. Fand sich etwas, und die Arbeiter täuschten sich nur selten, dann ging es dem elenden Schächer unsanft.

So fand man einmal einen Schupomann in Zivil, der sehr radikale Töne spuckte und sich gerade dadurch selbst zum Verräter wurde. Nichts macht den wirklichen Revolutionär mißtrauischer, als diktatorische Redensarten. Der Arbeiter wehrt sich aus logischer Erkenntnis. Er geht mit seinen Feinden hart um, weil sonst sie es wären, die mit ihm viehisch gemein umgehen würden. Jede Grausamkeit aber, jede nutzlose Kraft und Blutvergeudung ist dem denkenden Revolutionär unsympathisch. Er führt seinen Krieg, den Bürgerkrieg, um den Krieg an sich zu vernichten, nicht wie der Bürger, um ihn zu verewigen. So machen sich schon die meisten Polizeiagenten durch ihr völliges Unverständnis für die politische Ideologie des proletarischen Freiheitskampfes, die sie nur mit der Metzgerideologie der sie besoldenden Klasse in Vergleich ziehen können, sofort dem klassenbewußten Proletarier verdächtig.

Dieser Schupomann hatte ein Rad vor der Tür der Wirtschaft stehen und übte, wie sich herausstellte, die Funktion eines Polizeimeldefahrers aus. In seiner Tasche fand man eine Browningpistole, einen Polizeiausweis und eine Fesselkette.

Er verlor im Nu einige Zähne und diese Utensilien dazu. Das Rad hat gute Dienste in der Verbindungsarbeit der Schachtanlagen untereinander getan, diesem schwierigsten Problem während eines Streiks, von dem die natürliche Verbindungstruppe des kämpfenden Proletariats, die Eisenbahner, nicht erfaßt waren.

*

Eines Abends nun, gegen Anbruch der Dunkelheit, sollte eine Sitzung der Streikleitung stattfinden. Die Lage dieser Wirtschaft war nicht ungünstig. Sie bildete den Schnittpunkt mehrerer Straßen, die in einem kleinen Platz zusammenliefen, und lag im Echaus einer breiten Hauptstraße.

Der kleine Sitzungssaal war gedrängt voller Delegierter. Er besaß nur eine Zugangstür, die zum Vorzimmer führte, das wiederum in einen Korridor zur Straße mündete. Hier befand sich der Aufenthaltsort der Mitglieder der Hundertschaft, während in dem Vorzimmer nur eine Kontrolle für Auskunftholende und Konferenzteilnehmer postiert war. Zwei große Fenster führten vom Sitzungszimmer auf den Hof.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0011

Viele Tausende

zählt meine Fabrik, die ich verteile, zu ihren Kunden. Ein glänzender Beweis der Leistungsfähigkeit sowie Preiswürdigkeit und Güte der Waren. Ich lade Sie ein, mein Fabriklager zu besuchen. Sie werden erstaunt sein über das, was Ihnen geboten wird. Es wird nur zu Preisen verkauft, die mir von der Fabrik vorgeschrieben sind, daher strengste Reellität. Mit den Zahlungsbedingungen kann ich Ihnen weitgehend entgegenkommen. Zur weiteren Einführung gewähre ich bei Barzahlung trotz der niedrigen Preise am Freitag, Sonnabend, Montag, Dienstag u. Mittwoch

10 Prozent Rabatt

1 Holzbettstelle
1 Stahlmatratze
1 Auflegematratze
zusammen **48.—** ℳ
bei 10 Mk. Anzahlung und 5 Mk. wöchentl. Abzahlung

1 Metallbett
1 Auflegematratze, 3-teilig
zus. **48,—** ℳ
bei 10 Mk. Anzahlung und 5 Mk. wöchentl. Teilzahlung

Holzbettstellen in Eiche, Birke, Nußbaum gestr. v. 27 Mark
Metallbetten, Ia weißlackiert . . . . . v. 27 Mark
Kinderbetten in Holz und Metall . . . . v. 30 Mark
Stahldrahtmatratzen v. 11 Mark
Auflegematratzen jede gewünscht Maß v. 13 Mark
Chaiselongues . . . . . v. 40 Mark

Kleider- und Wäscheschränke, Küchen, Kompl. Schlafzimmer, Puppenwagen in jeder Preislage. Alles gegen geringe Anzahlung und bequeme Zeitzahlung

Vertreter: Bernhard Schormann
Fabrikniederlage: Halle (S.), Leipziger Str. 18

Kaufen Sie auf bequeme

TEILZAHLUNG

Herren-Bekleidung
Damen-Bekleidung
Leib- und Bettwäsche // Möbel // Bilder // Korbmöbel
Kleine Anzahlung ☆ Leichte Ratenzahlung
Neu angekommen: Pelzkragen

Karl Klingler

11 Leipziger Straße **11** Erste Etage
Kein Laden Eingang Sandberg
Vertr. für Merseburg u. Umg.: Hugo Dies, Merseburg, Annenstr. 14

WALHALLA

Direktion: Paul Hepner Tel. 8385

Die glänzende Welt-Revue
100 000 Dollar
gastiert nur noch
4 Abende 4
in Halle

Kassenöffnung a. 11 Uhr ununterbrochen. Karten sind bis Sonntag, d. 29. Nov. bereits erhältlich

---

Burg-Theater
Ab heute, Donnerstag:
Tom Mix
(5-Akter)
im Unter den Wölfen von Alaska
Außerdem: 4013
Dodo als Jockey
(2-Akter)
Ali kommt in die Stadt
(2-Akter)

Vogels Restaurant
Halle-Trotha
Sonnabend, 28. Nov., abends 7½ Uhr:
Gr. Preisskat
(Geflügel) 3994
Es ladet freundl. ein Wilh. Vogel

Musik erfreut das Menschenherz

darum wähle man als Hausmusik einen guten **Musikapparat** hervorragend im Klang, Ausführung und ohne Nebengeräusch. Solche Apparate, von dem ein achten bis zu dem verwöhntesten Geschmack, erhalten Sie preiswert im

Standard-Musikhaus
Krukenbergstraße 1 (an der Magdeburger Str.)
Zahlungserleichterungen
Schallplatten in gro er Auswahl

Für

Weihnachts-Geschenke

empfehle ich in großer Auswahl:

Kleider u. Blusen / Sportwesten
Herren-, Damen- u. Kinderwäsche
Trikotagen / Selbstbinder / Oberhemden / Bettbezüge / Handtücher
Wischtücher / Bettücher / Schlafdecken / Tischwäsche / Strümpfe
Handschuhe / Schürzen / Taschentücher

Fritz Mösenthin
Burgstraße 1 Fernruf 3450

Was ist denn heute mit euch los?
Ihr wascht und lacht, wo sonst doch bloß
wenn ich die viele Müh' bestaune,
bei euch bemerke schlechteste Laune?

Und dann seid ihr auch schon so weit.
Soll ich mal raten, wie gescheit
ihr's diesmal wohl habt angefangen?
Zur Lösung werd' ich bald gelangen.

Ja, liebe Tante, hast gut scherzen,
dein Mahnen ging uns nicht zu Herzen,
wir kauften wohl Waschmittel ein,
doch das **„Famos"** hätt's müssen sein.

Heut' war's nun **„GEG-Famos"**,
das warf ich Mutter in den Schoß,
als sie verzweifelt hin sich setzte,
den Wäscheberg mit Tränen netzte.

Ganz anders jetzt als obenhin
erfassen wir des Verses Sinn:
das **„GEG-Famos"** beweist
tagtäglich, daß es recht so heißt.

„FAMOS"
Ist das selbsttätige Waschmittel der GEG.
Zu haben in allen Konsumvereinen

Stadt-Theater
Heute
Donnerstag 7½ Uhr:
Die Verschwörung d. Fiesko z. Genua
Ende 10½ Uhr
Freitag 7½ Uhr:
Glöckchen des Eremitas
Ende 10½ Uhr
Sonnabend 7½ Uhr
„Intermezzo"

Der verwöhnte Raucher erhält eine preiswerte
Zigarre
in der Zigarrenfabrik
nur Sternweg 54

Auf Kredit
von
1 Mark!
wöchentlicher Teilzahlung an fertige elegante
Herren Damen u. Kinder-Garderobe
Manufaktur-Waren, Kleiderstoffe, Lein.- u. Baumwollwaren
Leib u. Bettwäsche, Gardinen
Schuhwaren
Kert. Federbetten
Möbel, Spiegel
Polsterwaren
:: Bilder ::
Carl Rasemann
Alte Promenade 35 l.
(an d. Hauptpost)
Kredit auch nach auswärts

Hasen, Kaninchen, Geflügel
diese Woche billiger 4017
Erdm. Riemer,
Merseburger Str. 101 und Wochenmarkt

Backartikel
in anerkannt nur besten Qualitäten und reicher Auswahl stets preiswert bei 4008
Otto Bornschein
Halle a. d. S., Mittelstraße 21

Hausfrauen!
Bei Einkauf von 1 ℔ Mark Eigenart 2 ℔ ½ ℔ Mark Eigenart gratis!
Jeden Freitag **Schlachtefest**
Früh 8 Uhr: Wellfleischm. Sauerkohl
A. Fox, Glaucharerstraße 59

Billiger Trikotagen-Verkauf

Winter-Hemden mit Doppelbrust 2,75
Winter-Hemden extra dick 4,00
Winter-Hosen bewährte Qual. 2,50
Winter-Einsatz-Hemd 3,75 u. 2,75
Handschuh 1,10 u. 2,00, Socken 1,35
Jagdwesten 7,50

Wer Dauerwäsche trägt — spart Geld
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 21

Warum
kaufen Sie nicht bei uns
Auf Teilzahlung?
Korb-Möbel — Bilder
Grammophone, Grammophon-Platten
Teppiche, Diwandecken
Steppdecken, Bettvorleger
Große Auswahl! Billige Preise!
Wochenrate:
nur 3 Mark!
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51
Eing. Schulstr.

Außergewöhnlich preiswertes **Hutangebot!**

Ein Posten **Damen-, Backfisch- u. Kinder-Filzhüte** in modernsten Farben . . . . . **Serie I** **1,95**

Ein Posten **Damen-Filz-Hüte** größere Formen mit flotter Garnitur . . . . . **Serie II** **2,95**

Ein Posten **Samt- und Tuscha-Plüschhüte** in flotteten Formen . . . . . **Serie III** **4,95**

Ein Posten **Samt- u. Stepphüte** in weichen modernen Formen . . . . . **Serie IV** **6,95**

Beachten Sie meine Schaufensterauslagen! 1929
Otto Dobkowitz, Merseburg

Restaurant Schützel
Kleine Ulrichstraße
Morgen, Freitag, 27. Nov.
Gr. Schlachtefest

Meyes Wildhandlung
Tel. 3396 Reilstraße 42
und Wochenmarkt
Diese Woche große Auswahl in
Mastgeflügel
sowie sämtliches Wild
Hasen u. Kaninchen billig

Jeden Freitag **Schlachtefest**
Von 9 Uhr an 316
Wellfleisch m. Sauerkraut
B. Kühlewind, Schweitzichestr. 28

Pfeifen
in bekannter Qualität und größter Auswahl bei 335
Johannes C. Müller
Obere Leipziger Straße 75

Ia. Kernledersohlen
Infolge günstigen Einkaufs kann ich 3995
Ia. Kernledersohlen
zu extra billigen Preisen verkaufen
Benutzen Sie diese sehr vorteilhafte Einkaufsgelegenheit
Rob. Schmeißer
Lederhandlung
Große Märkerstraße 5

Bekanntmachung

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 45 501 bis 47 705 (Monat Oktober 1924, Pfandscheine in gelbem Druck) und von 46 881 bis 54 152 (Monat März 1925, Pfandscheine in schwarzem Druck) wird von **8. Dezember 1925** von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, Brillantsachen, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Halle a. d. S., den 16. November 1925 334

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Werbt für den „Klassenkampf"

Hof-Friseur Halle Leipzigerstraße 33
— Zöpfe —
Sämtl. Erfatzteile l. moderne Frisuren
Alle Farben vorrätig 328
Versand u. Einend. einer Haarprobe
Dam.-Kopfwäsche u. Frisieren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251126-16/fragment/page=0012